

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis per Nummer 1 Pf.
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-
 abonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erste Ausgabe außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen
 oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (jetzt-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Donnerstag, den 21. September 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Essen.

Wir haben gestern schon die Zahlen mitgeteilt, die in später Nachtstunde über den Ausfall des Wahlkampfes in Essen bekannt wurden. Die neueren offiziellen Ziffern bestätigen den Erfolg unserer Partei. Ein Wolffsches Telegramm gibt an für unseren Genossen Gewehr 28 726 Stimmen, für den Zentrumskandidaten Giesberts 35 500 Stimmen und für den „nationalen“ Kandidaten Dr. Riemeyer 17 866. Die Differenz dieser Zahlen mit den gestern von uns schon mitgeteilten ist belanglos. Sie bestätigen: es hat sich Wahl zwischen unserem Genossen Gewehr und dem Zentrumskandidaten Giesberts stattgefunden. Der Kampf ist also nicht abgeschlossen, aber ein höchst erfreulicher Erfolg der Sozialdemokratie steht jetzt schon fest, mag das Resultat der Stichwahl ausfallen wie es will. Die Sozialdemokratie hat in Essen den Beweis geführt, daß ihr kein politischer Gegner, auch das Zentrum nicht, gewachsen ist.

Die Entwicklung der Verhältnisse im Essener Kreise ist beinahe typisch für die Entwicklung unserer politischen Verhältnisse überhaupt. Der Wahlkreis Essen zeigt in seiner Struktur eine allmähliche Umwandlung vom Agrarbetrieb zum Industrialismus in seiner reinsten Form, und analog damit haben die politischen Parteien im Kreise sich entwickelt.

In den sechziger Jahren war das Mandat noch in den Händen der Konservativen. Dann ging es in den siebziger Jahren über in die Hände des Zentrums, das einen mächtigen Aufschwung nahm und eine Zeitlang so gefestigt stand, daß sein Bestehen unantastbar schien. Aus dem ehemaligen Agrarbezirk wurden im Laufe der Entwicklung riesige Industriedörfer, die sich um den Mittelpunkt dieses industriellen Aufschwunges, um Essen, herum gruppierten. Damit änderte sich die soziale Struktur des Kreises und allmählich nahm auch die Parteibildung einen anderen Charakter an. In den „Landgemeinden“, die dem Wahlkreis zugehörten, mit ihren halbhunderttausend Einwohnern spielten die Konservativen alten Schlags fast gar keine Rolle mehr, dagegen begannen andere mächtige Interessengruppen sich zu regen und obwohl das Zentrum ständig in seiner Stimmenzahl wuchs — mußte es 1893 plötzlich erleben, daß der alt-eingesehene Zentrumsabgeordnete Stöbel aus dem Sattel gehoben und an seine Stelle ein Mann gewählt wurde, der seinen intellektuellen Fähigkeiten nach eine politische Null war, als Vertreter einer Klasse aber, als Vertreter des neu aufkommenden Industriefeudalismus, an erster Stelle zählte: Krupp, der Kanonenkönig!

Mit der Entwicklung der Industrie ging einher eine Entwicklung des Industrieproletariats. Unsere Partei hatte immer im Kreise eine Anzahl Stimmen erhalten. Sie konnte diese jedoch gar nicht oder nur mühsam vermehren. Die Arbeitskräfte, welche die Industrie brauchte, waren nicht dem Kreise allein entnommen. Diese mußten von weither herbeigeschafft werden. Das war ein Umstand, der unserer Partei ungünstig, dem Zentrum aber äußerst günstig lag. Die herangezogenen Arbeiter entstammten den zurückgebliebenen Gegenden, und in diesen Gegenden war „katholisch Krumpf“. So mehrte das Zentrum seine Stimmen ständig ohne Mühe; der Sozialdemokratie aber entstand unter den Zugehenden eine wahre Sisyphus-Arbeit der Aufklärung. Die stabilere Gestaltung der Verhältnisse machte später auch diese Arbeit für die Partei fruchtbarer; die Massen wurden unter den veränderten Umständen in ihren politischen Ansichten schwankend, liefen zum großen Teil statt den Zentrumskaplänen den Industriebaronen nach, und wurden nach der notwendigen Enttäuschung, die ihnen bei diesem politischen Verdegang zuteil wurde, schließlich reif für die Sozialdemokratie, der einzigen Partei, die ihre Interessen rückhaltlos vertrat.

Das politische Eintagsfliegenkrampf ging bald vorüber. Der hündische Sklavensinn, der die unaufgeklärten Arbeiter das politische Vieh der Herren fingen ließ, von deren Brot sie nach ihrer Ueberzeugung lebten, verlor mit der sich ausbreitenden Erkenntnis, daß nicht die Arbeiter das Brot der Unternehmer, sondern umgekehrt der Kapitalist das Brot der Arbeiter ist.

So ist's dem gekommen, daß die in dem Gewande einer „nationalen“ Gruppe sich gebende Industriellenpartei mit der Aufklärung der Arbeiter ebenso schnell wieder zurückging, wie sie emporgewachsen war. Nie hat ein Nachfolger der Kandidatur Krupp die Stimmenzahl wieder erreicht, mit der es diesem gelungen war, das Zentrum aus dem Felde zu schlagen. Zentrum und Sozialdemokratie aber wuchsen unangeseht weiter (das Zentrum offenbar mit Hilfe der zuziehenden Wählermassen, die Sozialdemokratie durch im Kreise neu gewonnene), so daß sich heute der politische Kampf in Essen fast ausschließlich zwischen diesen beiden Parteien abspielt.

Natürlich tritt das Bild dieser Entwicklung nicht überall klar hervor. Als im Jahre 1898 die Sozialdemokratie ohne Rücksicht auf die etwaigen Folgen in Beziehung auf die Stimmenzahl aufrechten Hauptes den im Buchhause sitzenden Genossen Schröder auf den Schild erhob, ging die Stimmenzahl für diesen um beinahe 2000 zurück. Die Mitläufer und unsicheren Kantontisten schauerten davor zurück, einem von den bürgerlichen Nichtern Versetzten ihre Stimme zu geben. Aber dieser Rückschlag bei der Wahl 1898 machte

im Jahre 1903 einem um so beispiellosen Erfolge Platz, so daß die Genossen in ganz Deutschland mit besonderer Genugung von dem Fortschritt in Essen sprachen, wenn sie sich in die Einzelheiten des Dreimillionen-Sieges versenkten.

Damals war eine beispiellose Hege gegen die Sozialdemokratie unternommen worden. Der selbige Krupp wurde aus dem Grabe zitiert. Wilhelm II. hielt in Essen seine berühmte Rede vom Tischdruck-Zerschneiden und die „Kölnische Zeitung“ verkündete aus diesem Anlaß prophetisch, in Essen sei die Sozialdemokratie mausest. Auch Herr Superintendent Klingemann, der Kandidat der sogenannten nationalen Parteien, versicherte seinen Kaiser, in Essen gebe es keinen Sozialdemokraten. Am Wahltag aber stieg die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von 4000 ungültigen, die 1898 Schröder erhalten hatte, auf 22 000; Herr Klingemann blieb um 2000 Stimmen gegen die „nicht existierende“ Sozialdemokratie zurück und verlor gegenüber der Stimmenzahl, die bei der Wahl vorher auf Krupp gefallen waren, 7000 Stimmen.

Man konnte gespannt sein, ob gegenüber diesem beispiellosen Erfolge bei der Hauptwahl ein weiterer Fortschritt bei der gegenwärtigen Nachwahl noch möglich sei. Wir hätten es allein für einen Erfolg angesehen, wenn es gelang, die Stimmenzahl von 1903 zu halten. Das ist nicht nur geschehen, sondern es gelang auch das fast unmögliche Scheinende, unsere Stimmenzahl um über 6000 zu steigern. Gewiß haben da auch lokale und zeitliche Umstände mitgewirkt: die große Bauarbeiter-Ausperrung, in der die Unternehmer die Arbeiter lehrten, was Klassenkampf heißt, und der Verrat des Zentrums an den Bergarbeitern. Aber das ist es allein nicht gewesen. Die politische Entwicklung im Kreise entspricht durchaus seiner ökonomischen. Das gibt uns die Gewißheit, daß es sich in Essen trotz des raschen Fortschrittes unserer Partei nicht um eine ungewöhnliche Entwicklung handelt, welche ebenso heftige Rückschläge erwarten läßt, sondern um eine gesunde Reaktion gegen die Hypertrophie des Kapitalismus im Kreise.

Für die Stichwahl gilt es jetzt aufs Neue zu arbeiten und zu agitieren. Noch gibt es unter der Arbeiterschaft des Kreises ein großes Terrain zu gewinnen. Darum hinein in die Aufklärungsarbeit mit demselben Feuer und mit demselben Eifer, wie bei der Hauptwahl!

Die Zentrumspresse ist im Angesichte des Essener Wahlergebnisses so bescheiden geworden, daß sie es fertig bringt, aus dem beinahe absoluten Stillstande nach so viel Erfolgen in der Vergangenheit einen Erfolg herauszubestimmen.

So schreibt die „Germania“:
 Das Zentrum in Essen hat, dank seiner vortrefflichen Organisation und Leitung durch den greisen Führer Matthias Wiese-Verden, dank auch der Popularität des Kandidaten Giesberts, nicht nur seine Position in diesem Wahlkreise glänzend behauptet, sondern auch einen Stimmenzuwachs von rund 400 Stimmen erhalten. Die Zentrumspartei hat damit die relativ größte Stimmenzahl erreicht und ist damit der zweitstärksten sozialdemokratischen Partei immer noch um rund 7000 Stimmen überlegen.

Und die „Märkische Volkszeitung“ meint:
 Das Zentrum hat also gegenüber der Wahl von 1903 um rund 300 Stimmen zugenommen, eine Tatsache, welche uns mit Befriedigung erfüllen kann, wenn man die maßlose Verhöhnung der Arbeiterschaft durch eine falsche Darstellung der Taktik der Zentrumspartei gegenüber dem Volksgesetz, sowie die enormen Anstrengungen der „vereinigten Liberalen“ in Betracht zieht. Wenn das Zentrum bei der Wahl trotzdem verhältnismäßig gut abgeschnitten hat, so verdankt es diese Tatsache vor allem der regen Aufklärungsarbeit, an der es diesmal auf unserer Seite nicht gefehlt hat, und der großen Beliebtheit, welcher sich der Kandidat des Zentrums, Herr Giesberts, unter den katholischen Arbeitern Deutschlands erfreut.

Im Gegenlag dazu konstatiert die „Volkszeitung“ eine empfindliche Niederlage der Zentrumspartei und das „Berliner Tageblatt“ meint mindestens, das Zentrum könne sich nicht verhehlen, daß ihm die Sozialdemokratie immer näher auf den Fels rücke.

Das Blatt täuscht sich freilich darin über die Einsicht im Zentrum. Bringt es doch die „Germania“ sogar fertig, von einer „Enttäuschung der Sozialdemokratie (!)“ zu schreiben. Sie macht das so:

Jetzt hat es die Sozialdemokratie, die nun einmal ohne eine große Hege und ohne Hege-Schlagwörter keine Wahl betreiben kann, mit dem angeblichen „Verrat an den Bergarbeitern“ versucht. Zwar hat die Sozialdemokratie damit einen unsehbaren Erfolg erzielt, indem sie damit einen Stimmenzuwachs von rund 6000 Stimmen erfahren hat, aber dennoch auch eine große Enttäuschung erlitten. Sie hatte erwartet, daß die der Zentrumspartei angehörigen Bergleute, welche gerade in Essen einen erheblichen Teil der Reichstagswähler bilden, auf die sozialdemokratische Leitlinie vom „Verrat an den Bergarbeitern“ gehen und zu Tausenden vom Zentrum abfallen würden; sie hatte infolgedessen sogar gehofft, nicht nur das Zentrum zurückzudrängen, sondern schon im ersten Wahlgange das Essener Mandat zu erobern. Diese sozialdemokratische Hoffnung ist gestern zunichte geworden, und es gehört schon eine starke Uebertreibung dazu, wenn Singer in der heutigen Sitzung des sozialdemokratischen Parteitag in Jena von einem „glänzenden Siege“ der Sozialdemokratie sprach.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ glauben auch noch an das Zentrum. Sie meinen:
 Essen, im Herzen des Ruhrkohlen-Gebietes gelegen, verfügt über eine starke Bergarbeiterbevölkerung, und die bedeutende Zunahme der Stimmen der Sozialdemokratie, für die sonst jede Nachwahl seit 1903 mit einer Unter-

bilanz abschloß, kann man ohne Zwang als eine Frucht der maßlosen Hege betrachten, die sie sofort gegen die Bergarbeiter-Robelle inszenierte, als diese nach vielen Fahrnissen endlich in den sicheren Hafen gelangt war. Mit Zentrum allerdings, das die volle Verantwortung für die Robelle in der Gestalt trägt, in der sie Gesetzkraft erlangte, ist jene Agitation abgefallen.

In Wirklichkeit dürfte sich die Sache so gestaltet haben, daß das Zentrum durch den Zuzug von Zentrumsarbeitern seinen Verlust ersetzen konnte.

Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt das Wachstum der Sozialdemokratie so, daß mit Krupps Tode die berühmte Wohlfaßt aufgehört habe:

„Mit seinen reichen Mitteln schuf er Wohlfaßt-Einrichtungen und gewann damit Sympathien, die die aufstrebende Sozialdemokratie bei seinen Lebzeiten nicht zu erschüttern vermochte. Ganz anders gestalteten sich die Dinge nach seinem verhängnisvollen Tode. Die lange wird es dauern, bis auch dieser industrielle Wohlfaßt eine Beute der Umsturzpartei wird.“

Schließlich noch die „Post“-Clowns, die mit komischer Grandezza in die politische Arena steigen. Sie stellen eine glatte Niederlage der Sozialdemokratie fest. Sie machen das so, daß sie in Vergleich zu den jetzigen Hauptwahlen Stimmen die Stichwahlstimmen von 1903 stellen. — Ja! Kapitaler Spaß!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. September.

Der Parteitag.

Jena, den 20. September 1905.

Mit dem Rechenschaftsbericht der Fraktion beschäftigen sich heute nur wenige Anträge, die die Wirksamkeit unserer Abgeordneten auf eine den Genossen im Lande besonders wertvolle Frage mehr als bisher hinlenten wollten. Aufsehen erregte nur die Darstellung, die Genosse Adler-Niel von der Marinierungspolitik in Nordfriesland gab. Er erzählte allgemein den Eindruck, daß das widerwärtige Treiben der Dänenfresser, die selbst vor Verrätereien und Verleitung zum Verrat nicht zurückschrecken, in der Tat in Deutschland noch nicht allgemein genug bekannt und verachtet ist. — An die gestrigen Darlegungen des Berichterstatters Genossen Förster über die Nachlosigkeit des Reichstages knüpfte die Rede an, in der Bernstein aufzichtig, wie im deutschen Reichstag im Gegensatz zu den Parlamenten wirklich konstitutioneller Staaten durch die Geschäftsordnung jede Opposition, jede wirksame Kontrolle der Regierung unmöglich gemacht ist. Dieser bedauerliche Zustand, der unserer Vertretung viel von dem Einfluß nimmt, der ihr ihrer Zahl nach zuzume, hat seinen Grund in der Beschränkung des Interpellationsrechtes und ist neuerdings durch die Zerwürfungen und die Praxis des „in Demut erstrebenden“ Reichstagspräsidenten Graf Ballestrin zur Unertlichkeit gesteigert worden. Die Resolution, in der Bernstein diesen Gedanken ausgesprochen hatte, fand nur wegen ihres Wortlautes bei den Genossen Ledebour und Stadthagen Widerpruch. Ihren Gründen konnte sich der Parteitag nicht verschließen und lehnte den Antrag Bernstein ab. Mit dem Wunsch, daß die Reichstagsabgeordneten noch zeger als bisher sich an den parlamentarischen Arbeiten beteiligen wollten, genehmigte dann der Parteitag den ihm vorgelegten Bericht.

Zur Kaiserfrage erörterte der Referent Genosse Fischer weit ausgreifend alle die Streitigkeiten, die neuerdings das gute Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft getrübt, ihre notwendige Zusammenarbeit gestört haben. An der Spitze aller Darlegungen Fischers stand der Gedanke, daß niemand angeklagt, sondern nur historisch erklärt werden solle, weshalb diese Schwierigkeiten entstehen konnten. 30 Jahre künstlicher, durch ein rückständiges Vereinsgesetz erzwingener Trennung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen haben den beiden Organen des proletarischen Emanzipationskampfes ihre Sonderregiment und ihre Eigenart gegeben. Den Zusammenhang zwischen beiden bilden nur die Personen, die in Gewerkschaft und Partei die gleichen grundlegenden Ideen vertreten, die den Kampf, wenn auch auf verschiedenen Gebieten und mit anderen Worten, so doch zum gleichen Ende führt. Heute sind beide Bewegungen, die gewerkschaftliche wie die politische, so groß und mannigfaltig geworden, daß jede die Arbeitskräfte und Energie eines Mannes voll in Anspruch nimmt, daß die übergroße Mehrzahl der für die Arbeiterschaft tätigen Genossen sich entscheiden muß, welcher von beiden sie ihre besten Kräfte, ihre Haupttätigkeit widmen wollen. Nun bringt aber die Gewerkschaftspraxis, der tägliche Kleinkampf, die Sorge um die Sonderinteressen eines einzelnen Berufes, die Gefahr der Verengung des Gesichtspunktes naturnotwendig mit sich. In schlagenden Beispielen wies Fischer die künstlichen Tendenzen, die Reigung zum reinen Klassenmenschen nach, die daraus entstehen müssen. Um so notwendiger ist die Durchdringung der Gewerkschaftsmitglieder, der Gewerkschaftsführer mit sozialistischem Geist, mit dem Bewußtsein des höchsten Zieles allen Arbeiterstrebens. Gerade die Kaiserfeier, so schloß die logische Kette in Fischers Gedankengang, ist das Kennzeichen aller Arbeiter zur Sozialdemokratie, zum Internationalismus und darum besonders geeignet, beide Arme des mächtigen Stromes der Arbeiterbewegung in das gemeinsame Bett des Klassenkampfes zu leiten. — Der Parteitag bekräftigte wiederholt seine lebhafteste Zustimmung zu Fischers Worten. Mit freudiger Genugung aber nahm er Fischers Mitteilung entgegen, daß der Kaiserfeierresolution der früheren Parteitage, die nun durch eine Prinzipienklärung erweitert, Fischer wieder vorlegte, die Generalversammlung der Gewerkschaften zugestimmt habe. Inzwischen ist bei der Beratung über den Fraktionsbericht auch ein anderer Stein des Anstoßes aus dem Wege geräumt worden, indem der Parteitag ohne jede Debatte die Fraktion aufforderte, im Reichstage künftig

Die reine Arbeiterkammer einzutreten und sich damit dem Beschluß des Kölner Gewerkschafts-Kongresses anzupassen. Den ganzen Beratungen des heutigen Vormittags leuchtete als freundlicher Stern die Mitteilung von dem großen Erfolge der Partei bei der Essener Wahl, den Singer in markigen Worten feierte.

Die Nachmittags-Sitzung fiel wegen des Ausfluges nach der Dornburg aus. Den morgigen Vormittag dürfte die Diskussion über die Waisener ausfallen. Ihr folgt Webers Referat über den politischen Massenstreik.

Möllers Rücktritt?

Der Berliner Lokalangeiger und der vom Scherl-Verlag angekauft „Hamburgische Korrespondenz“ bringen die auffallende Meldung, daß in den Kreisen der Industrie- und Bankwelt augenblicklich das Gerücht verbreitet sei, der preussische Handelsminister Möller werde demnächst zurücktreten und durch einen industriellen Parlamentarier derselben politischen Richtung ersetzt werden. „In jenen Kreisen“, heißt es dann weiter, „ist man davon überzeugt, daß, wie bei ihnen selbst, so auch bei der Regierung der Wunsch bestehe, zwischen der Staatsverwaltung und den industriellen und kommerziellen Kreisen, deren Interessen bei der Hibernia-Affäre, sowie beim westfälischen Bergarbeiterstreik berührt waren, ungetrübte Beziehungen zu schaffen. Man glaubt dort, daß ein Wechsel in der Leitung des Handelsministeriums die Herstellung eines solchen Verhältnisses fördern werde.“

Die Meldung wird von einigen Blättern als „jeder Untertage entbehrend“ bezeichnet, und tatsächlich erscheint sie in einer höchst seltsamen Form, die den Verdacht eines Intriguenspiels erweckt; aber dennoch wäre es verfehlt, sie einfach zu ignorieren.

Schon seit längerer Zeit wird von einem Teil der großen rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenbarone unter Assistenz der Berliner Bankfinanz daran gearbeitet, die guten Beziehungen, die vor der Hibernia-Affäre zwischen der Regierung und den Bergwerksindustriellen bestanden, wiederherzustellen und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß unter die gegenseitigen Friedensschlußbedingungen auch der Rücktritt der langen Erzlegung aufgenommen ist, hat doch der simple kleine Hammerwerkbesitzer Möller aus Bradweide sich in den Kreisen der großen Kohlen- und Eisenbarone nie sonderlicher Beliebtheit erfreut, und was er früher noch allenfalls an Sympathien besaß, das hat er sich gründlich verschertzt, als er die Verstaatlichung der Hibernia unternahm und dadurch die Ziele der Bergwerksbesitzer störte. So mächtig sich die rheinischen Großindustriellen fühlen, geht ihnen doch der Gegensatz, der zwischen ihnen und der Regierung durch die Hibernia-Verstaatlichungsaktion hervorgerufen und durch die von der Regierung während des Bergarbeiterstreiks eingenommene Haltung verschärft worden ist, gegen den Strich. Sie fürchten, daß bei weiterem Andauern des gespannten Verhältnisses die Regierung sich nicht nur zu geschweigerischen Maßnahmen drängen läßt, die ihnen bei der Verfolgung ihrer Monopolisierungs- und Trüsterungspläne recht unbecquem werden könnten, sondern daß auch der Fiskus vielleicht auf seinem Kohlenfelderbesitz umfassende neue Abteufungen vornimmt und in ernstlicher Konkurrenz mit den Hergengesellschaften tritt. Dazu kommt der Einfluß der mit den Jochen- und Hüttengesellschaften alliierten Großbanken, die gar zu gerne das alte intime Verhältnis zwischen dem Bergwerksbesitz und dem Fiskus wieder hergestellt sehen.

Deutlich tritt dieses Bestreben in der Haltung der von den rheinischen Großindustriellen inspirierten Presse hervor, in der seit einiger Zeit immer wieder die Forderung einer Ausöhnung zwischen dem Kohlenyndikat und der Regierung auftaucht, brachte doch erst vor etwa einer Woche die „Köln. Ztg.“ einen „Der Fiskus im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau“ überschriebenen Artikel, in dem es hieß:

„Daß das Geschrei von einer allgemeinen Verstaatlichung des Kohlenbergbaues gegenstandslos, das Vorgehen des Staates, der dem Kohlenyndikat gegenüber von jeher eine durchaus freundliche Stellung eingenommen hatte, vielmehr durch die Bildung großer Interessengemeinschaften, Verschmelzungen usw. veranlaßt war, wird heute wohl allgemein anerkannt. Trotzdem ist aus jener Zeit eine gewisse Versöhnung zwischen Kohlenbergbau und Fiskus zurückgeblieben, die sich gelegentlich des Kohlenarbeiter-Aufstandes noch verschärfte und in dem schon erwähnten Trost-Trost einen Krisis- und Krisis- und Krisis-Punkt fand. Trotzdem gewinnt die Erkenntnis, daß dieses gespannte Verhältnis für unser gesamtes Wirtschaftsleben schädlich ist, offenbar von Tag zu Tag auf beiden Seiten an Boden. Das läßt sich schon daran wahrnehmen, daß bereits vor geraumer Zeit aus den Kreisen des Kohlenbergbaues heraus angedeutet wurde, daß man wohl gern bereit sein würde, sich über die Hibernia-Frage wie auch über die Regelung der Beziehungen des Syndikats zu dem Fiskus mit diesem zu verständigen.“

Ist das (die Beteiligung des Fiskus an dem kürzlich von verschiedenen Hergengesellschaften der Internationalen Vohrgesellschaft abgetretenen Kohlenfelderbesitz) aber erst einmal geschehen, d. h. hat sich der Fiskus mit den führenden Unternehmungen des Kohlenbergbaues zu gemeinsamer Verwaltung und Ausübung von Kohlenfeldern zusammengefunden, so darf man wohl auch erwarten, daß sich auf anderen Gebieten seine Beziehungen zum Kohlenbergbau besser werden. Es liegt nahe, daran zu denken, daß man sich dann auch über die Hibernia-Frage und die Stellung zum Kohlenyndikat leichter verständigen kann.“

Eine solche Verständigung scheint jetzt tatsächlich erfolgt oder doch dem Abschluß nahe zu sein. Wie der aus den Kreisen der Bankfinanz inspirierte „Berl. Wochencourier“ versichert, hat sich der Fiskus entschlossen, die ihm angebotene Beteiligung an der zur Verwertung der rheinisch-westfälischen Grubenfelder der Internationalen Vohrgesellschaft gebildeten neuen Gesellschaft anzunehmen und gleichzeitig dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat beizutreten. Zu den Bedingungen aber, unter welchen dieser Friedensschluß erfolgt ist, gehört vielleicht auch der Rücktritt Möllers — wenn nicht sofort, dann in kurzer Zeit — und die Verzung eines Herrn auf seinen Posten, der sich den Absichten der Großindustrie und Bankfinanz besser anpassen weiß. Für das Verhältnis zwischen Großindustrie und Staat ist dieser Kampf und sein Ende höchst charakteristisch. Er zeigt, wie sehr sich die Regenten des Bergwerksbesitzes als gleichberechtigte Macht fühlen und auch als solche von der Regierung anerkannt werden.

Deutsches Reich.

Kriegsministers Sorge.

Wer treu gedient hat seine Zeit im deutschen Vaterlande oder vielmehr darüber hinaus kapituliert, der bekommt dafür als sogenannter „Militärwärter“ eine papierene Anweisung auf bestimmte untergeordnete Beamtenposten und hat dann das Recht, so lange zu hungern, bis ein solcher Posten für ihn frei wird. Bei den Leuten, die so abgepeist werden, nimmt unter solchen Umständen die früher vorhandene Verehrung für Vaterland und Militarismus schnell ab. Ein leerer Bauch ist eine schlechte Pflegestätte für den Patriotismus, der — wie Kopfschmerzen und schlechte Träume — aus dem

Magen kommt. Die Militärwärter verlangen mehr als bloße papierene Veruhigungen und da „das Vaterland“, vertreten durch seine militärischen und Verwaltungsspitzen, ihnen nicht mehr gewähren kann, so rebellieren sie.

So lange das im einzelnen geschah oder durch das ungeschickliche rednerische Kladderauer diverser Mittelstands-Kritiker in den diversen Parlamenten entweder des gesamten oder der diversen deutschen Teilverländer, hat solche Unzufriedenheit an „zuständiger Stelle“ keine allzu große Beunruhigung hervorgerufen. Aber nun haben die Militärwärter sich organisiert und versuchen — die Armees zu insizieren. Das hat dann den Kriegsminister veranlaßt, nachfolgenden Geheimereich zu veröffentlichen, der vermütlich — wie alle solche Erlasse — „ebenso gut hätte im „Reichs-Anzeiger“ stehen können“, den aber ganz wider die Ordnung zuerst die „Welt am Montag“ veröffentlichte:

„Der Verband deutscher Militärwärter ist geeignet, Unzufriedenheit zu wecken und die Beamten-Disziplin zu untergraben. Die Regierung hat bisher eine abwartende Haltung eingenommen und sich darauf beschränkt, den Verband auf seine Eingaben, mochten sie sich auf Beschwerden einzelner Militärwärter oder auf allgemeine Wünsche beziehen, ohne sachlichen Bescheid zu lassen. Jetzt aber erscheint es notwendig, die Aufmerksamkeit der königlichen Generalkommandos auf die nicht unbedenkliche Erscheinung, daß die Militärwärter-Vereine neuerer Zeit Verbindung mit den Truppen anstreben, hinzuwenden.“

Selbst wenn sich die Persönlichkeiten, die an der Spitze des Vereins stehen, von einer gebührenden Agitation fernhalten sollten, so würde es doch angebracht sein, die aktiven Unteroffiziere nicht in die Gefahr zu bringen, in die Bewegung der Militärwärter-Vereine hineingezogen zu werden. Es ist wohl anzunehmen, daß die Schreiber bei den Kommandobehörden, bei den Truppen, bei den Bezirkskommandos usw. eher Zeit und Gelegenheit haben, sich mit solchen Bestrebungen zu befassen als die Unteroffiziere im Frontdienst. Die Behandlung dieser Sache wird deshalb zweckmäßig nur Offizieren anzuvertrauen sein, und in Rücksicht auf die auch anderwärts im Gange befindlichen Ermittlungen wird es sich empfehlen, bei den Erhebungen nur so viel Personen als unbedingt notwendig zu beteiligen und die Angelegenheit so lange geheim zu halten, bis das königliche Generalkommando zu einem Einschreiten gezwungen ist; insbesondere würden es die Aufgaben der Militärwärter sein, ihre Beziehungen zum Militärwärterverein rechtzeitig und mit Umsicht so zu führen, daß daraus kein Auffsehen erregendes Ereignis wird.“

Dem Kriegsministerium ist eine Auskunft darüber erwünscht, ob seitgeleitet worden ist, daß aktive Unteroffiziere Verbindung mit dem Militärwärterverein haben oder gehabt haben.

geg. v. Einem.

Die übliche hausbackene Ministerweisheit! — Nicht die Zustände haben bei den Militärwärtern Unzufriedenheit erzeugt, sondern: „Der Verband deutscher Militärwärter ist geeignet, Unzufriedenheit zu wecken“. Man geht deswegen auch nicht den Klagen der Militärwärter auf den Grund und stinkt auf Abhilfe, sondern man geht ihrer Organisation zu Leibe und natürlich — wie könnte ein preussischer Minister anders! — mit den untauglichsten Mitteln: Leutnant und Militärkapitän sollen den Drachen der Unzufriedenheit töten. — Wir fürchten nur, daß auch diese beiden Krampen zu falschen Mitteln greifen werden. Ursache der Unzufriedenheit ist nämlich das Wachstum des Militarismus, der eine Ueberproduktion an Militärwärtern schafft. Und Leutnant und Militärkapitän können doch den Mist nicht absägen, auf dem sie stehen! —

In einer Notiz mit der Stichmarke Geschworenensjustiz — Klassenjustiz hatte der verantwortliche Redakteur der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, Genosse Jvers, einige Glossen des „Hamburger Echo“ wiedergegeben zu dem wohl noch in allgemeiner Erinnerung stehenden, freisprechenden Urteil des Altonaer Schwurgerichts gegen vier Blankenfelder Burichen aus den „besseren“ Ständen, die ein 15-jähriges, unbescholtenes Dienstmädchen unter den scheußlichsten Begleitumständen genötigt hatten. In der Notiz war erklärt worden, daß das Urteil bloß als Ausfluß krasser Klassenjustiz zu erklären sei, und zum Beweis, daß diese Annahme gerechtfertigt sei, war das namentliche Verzeichnis der Geschworenen, die sämtlich den bürgerlichen Mittelschichten angehörten, beigefügt worden. Am Schlusse der Notiz war die Frage aufgeworfen worden, ob diese „Volksrichter“ wohl auch das Nichtschuldige ausgesprochen haben würden, wenn vier Arbeiter in gleich bestialischer Weise eine Kaufmanns- oder Fabrikantentochter vergewaltigt hätten. Durch den Vorwurf der Klassenjustiz hatte sich ein Geschworener, der Kaufmann Wendel aus Elmshorn, beleidigt gefühlt und Strafantrag gegen Jvers gestellt. Bekanntlich sind wegen derselben Notiz bereits zwei sozialdemokratische Redakteure, Genosse Waberski vom „Hamb. Echo“ und Genosse Kiedlinger vom „Volksblatt für Harburg“, strafrechtlich zur Strafe gebracht worden. Der Hamburger Redakteur war zu hoher Geldstrafe, der Harburger gar zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Die Verhandlung gegen den Genossen Jvers, die am Dienstag vor der Kieler Strafkammer stattfand, nahm einen verhältnismäßig „glatten“ Verlauf. Es waren bloß zwei Zeugen geladen, der Leiter jener Altonaer Schwurgerichtssitzung, Landgerichtsdirektor Mensching, und das genötigte Mädchen. Das Mädchen gab von den scheußlichen Vorgängen die bekante Darstellung. Sie wiederholte auch in dieser Verhandlung, daß sie gegen ihren Willen und trotz heftiger Abwehr von den vier Burichen geschlechtlich gebraucht worden, daß sie darüber bewußlos geworden sei und sich deshalb an Einzelheiten nicht mehr erinnern könne, und daß sie seit jener Zeit an Krampfanfällen leide. Der Zeuge Mensching vertat auch diesmal wieder die Auffassung, es sei ja sehr bedauerlich, daß die Burichen wegen ihrer auch vom Gericht als außerordentlich brutal und gemein charakterisierten Handlung nicht bestraft worden wären, aber die Verhandlung vor dem Schwurgericht habe im Gegensatz zu der Vorunteruchung ergeben, daß die juristischen Kriterien der Notzucht nicht vorlagen. Auch Berufsrichter hätten die Angeklagten freisprechen müssen. Der Staatsanwalt erklärte in dem Vorwurf der Klassenjustiz ohne weiteres eine schwere Beleidigung für die Geschworenen, wollte aber mit Rücksicht auf das Hamburger Urteil von einer Freiheitsstrafe absehen und beantragte „nur“ 400 M. Geldstrafe.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Spiegel, wies überzeugend nach, daß der Vorwurf der Klassenjustiz für die Geschworenen unsofortiger eine Beleidigung involviere, als sie durch diese Erklärung ihres mit dem Rechtsempfinden weitester Kreise im Klassen Gegensatz stehenden Spruches geradezu persönlich entlastet werden sollten und ihr Urteil ihrem Klassenmilieu, aus dem der einzelne eben nicht herauskomme, zugeschoben wurde. Außerdem operierten ja selbst Juristen in fast jeder Schwurgerichtssitzung mit dem Vergriffe der Klassenjustiz, wenn sie — Staatsanwälte wie Verteidiger — Geschworene mit Rücksicht auf deren soziale Stellung ablehnten. Schließlich selbst angenommen, daß der Vorwurf der Klassenjustiz eine Beleidigung einschloffe, so sei durchaus noch nicht ausgemacht, daß nun auch gerade Herr Wendel aus Elmshorn getroffen sei, denn Geschworenenerurteile seien Majoritätsurteile. Die angeblende Beleidigung könne Herr Wendel bloß dann auf sich beziehen, wenn feststände, daß er auch wirklich zur freisprechenden Majorität gehörte, die allein durch den Vorwurf beleidigt werden könnte. Die Abstimmung der Geschworenen werde aber bekanntlich streng geheim gehalten, und so konnte der Angeklagte auch Herrn Wendel, dessen Verdikt er nicht kannte, nicht beleidigen.

Das Urteil schloß sich trotz der berechneten Ausführungen der Verteidigung der Auffassung der Anklage an, Durch den Ausspruch

Klassenjustiz werde den Geschworenen der Vorwurf gemacht, daß sie, zwar nicht absichtlich und wider besseres Wissen, aber fahrlässig, weil befangen, falsch geurteilt hätten. Das sei eine schwere Beleidigung. Das Geschworenenerurteil sei freilich befreiend und akterlosend gewesen, aber nur deshalb, weil in der Presse über die Verhandlung entstellende Berichte veröffentlicht worden wären. Die Geschworenen treffe auch nicht der Schatten eines Vorwurfs, sie hätten durchaus richtig geurteilt. Einzig aus dem vom Staatsanwalt angeführten Grunde sei nicht auf Freiheitsstrafe erkannt worden, sondern antragsgemäß auf 400 M. Geldstrafe, weil es eine Ungerechtigkeitsstrafe wäre, wenn der Angeklagte härter bestraft würde, als sein Hamburger Kollege, der ursprüngliche Urheber der Beleidigung.

Von Rechts wegen wird unter dem schriftlich ausgefertigten Urteil stehen. Von Rechts wegen nimmt die Blankenfelder Notzucht-Affäre über die alle Menschen, mit normalem fittlichen Empfinden aufs höchste empört waren, den Ausgang, den Figura zeigt: ein sozialdemokratischer Redakteur auf lange Monate ins Gefängnis, zwei seiner Kollegen zu hohen Geldstrafen verurteilt — und die Schandbuben frei.

Die beleidigte königliche Bergverwaltung.

Wegen Beleidigung der Bergbehörde und des Bergrats Schöpfer stand am Montag Genosse Thomaser, Redakteur des „Volksblattes“ in Hannover, vor der Strafkammer. In zwei Artikeln hatte er die Zustände im königlichen Bergwerk zu Varsinghausen und das Verhalten des Bergrats während des Streiks der königlichen Bergleute in Varsinghausen einer scharfen Kritik unterzogen. Ueber den Streik, der Ende Juli ausbrach, hat der „Vorwärts“ sehr eingehend berichtet und es werden unseren Lesern die Vorgänge noch in Erinnerung sein. Die Verhandlung vor der Strafkammer förderte durch Vernehmung des Bergrats Schöpfer selbst, noch Tatsachen aus das Tageslicht, die auf den „sozialen Staat“ ganz bedenkliche Streiflichter werfen. Bergrat Schöpfer kam 1896 in seine jetzige Stellung in Varsinghausen. Damals arbeitete das Bergwerk mit Defizit, aber bald begann die Uebersehungsindustrie zu florieren. 1899 wirtschafte man schon 200 000 M. heraus und dieser Gewinn steigerte sich jedes Jahr um 100 000 M., einmal um 200 000 M., so daß im letzten Jahre der Reingehalt 800 000 M. betrug. Die Löhne der Bergarbeiter haben diesen Rekord nicht mitgemacht, sie betragen pro Jahr im Durchschnitt: 1896: 790 M., 97: 833 M., 98: 987 M., 99: 1026 M., 1900: 960 M., 01: 930 M., 02: 952 M. und 03: 982 M. Davon gehen die Abzüge ab. Als besonderen Beweis seiner Fürsorge für die Bergarbeiter gab der Bergrat in diesem Jahre die Anordnung, die Löhne nicht herabzusetzen! Die Schwanlungen in den Löhnen erklärte er mit dem Hinweis auf die Nachfrage nach Kohlen. Sie werden aber erst treffend illustriert neben den hohen Gewinnen noch durch die vom Bergrat ebenfalls als Fürsorge für die Arbeiter hingestellte Tatsache, daß im Jahre 1898 Feiertage eingelegt waren. Jetzt würden seitdem Ueberständen nur 982 M., während bei Feiertagen noch 700 M. verdient worden sind. Seit 1896 ist eine Zuschlagklasse für die Bergleute begründet, in die die Bergleute Geld eingahlen. Und zum Beweis, daß die Löhne gut sind, führte der Bergrat an, daß in diese Klasse einige Bergleute bereits 500 M. eingezahlt hätten! Deshalb sei auch kein Grund zum Streiken vorhanden gewesen. Das sagte er, obgleich er zugeben mußte, daß Haver auch bloß 65 M. pro Monat verdient haben.

Im Bergwerk zu Varsinghausen bestand auch schon ein Arbeiterausschuß, der die Rolle zum Vergleiche geschaffen wurde, und Minister Möller bildete sich bei den Beratungen im preussischen Abgeordnetenhaus ganz besonders etwas darauf ein. Der Bergrat hat aber, wie er selbst bekundete, diesen Arbeiterausschuß nicht beachtet, sondern die Lage des Streiks mit den Anspassungskäsefen und seinen Beamten besprochen. Er hatte auch vier Leute, die in die Kommission gewählt wurden, um mit ihm zu verhandeln, zurückgewiesen und auf der Stelle entlassen. Das entschuldigte er mit einer von ihm erlassenen Bekanntmachung, wonach diejenigen, die am Montag früh die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, entlassen seien. Die vier waren zur Frühsschicht nicht eingefahren. Der Bergrat hat endlich auch zugeben müssen, daß die langausgedehnten Streiken des Bergwerks oft sehr schmutzig sind. Schließlich führte er zum Beweis seiner Arbeiterfürsorge noch an, daß er bei Ausbruch des Streiks sofort seinen Urlaub unterbrochen habe und alle Beschwerden genau unterfuche. Die Forderung auf höhere Löhne habe er aber sofort zurückgewiesen.

Das Gericht verurteilte den Genossen Thomaser wegen Beleidigung, begangen durch zwei selbständige Handlungen, zu 400 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt verlangte die Bestrafung jeder Beleidigung mit 3 Monaten Gefängnis und zog die 6 Monate zu 4 zusammen. Das Gericht attestierte dem Bergrat, daß er durchaus loyal gehandelt habe und behauptete außerdem, daß kein Grund zum Streiken vorlag. Für die Arbeiter ist in solchen Sachen das Gericht selbstverständlich nicht sachverständiger Beurteiler. Schon die obengenannten Zahlen des Bergrats sind allzu triftige Gründe zum Streik.

Ueber eins konnte aber das Gericht nicht einig werden. Der Bergrat hatte zu der Kommission der Bergleute, als sie während des Streiks mit ihm verhandeln wollten, gesagt: Ihr seid Nullen, Ihr wartet gestern in der Versammlung Nullen, seid es heute und in Zukunft auch. Ein als Zeuge vernommener Bergmann deutete diese Aeußerung so, daß der Bergrat gemeint habe, die Bergleute seien vor ihm Nullen, während der Bergrat gemeint haben will, sie seien, weil sie sich vom Bergarbeiterverband haben leiten lassen, die sie in gegenüber Nullen gewesen. Das Gericht erklärte, daß es wohl wahrscheinlich sei, daß der Bergrat gemeint habe: „Ihr seid den Hechern (!) gegenüber, die Euch zur sozialdemokratischen Partei und in den Streik treiben wollen, Nullen“. Recht niedlich ausgefallen können. Ob solche Worte überhaupt gegenüber Arbeitern auch loyal zu nennen waren, sagte das Gericht nicht; es hielt nur die Tatsache, daß so geredet ist, für den Angeklagten als strafmindernd.

Den Jwed der Artikel kennzeichnete das Gericht dahin, daß die „königstreuen Bergleute“ zur Sozialdemokratie und zu sozialdemokratischen Wahlen gewonnen werden sollen. Das Mittel, die Kritik, habe aber das straflose Maß weit überschritten. Wie wenig sonst aber gelehrte Richter mit den tatsächlichen Zuständen vertraut sind, bewies eine Bemerkung des Gerichtsvorsitzenden. Als ein Zeuge sagte, er habe schon 4 M. pro Tag in Varsinghausen verdient, meinte der Vorsitzende: Das ist ja ein kolossaler Verdienst! — Das war kein Hohn, sondern blutiger Ernst für ihn. —

Zur Landtagswahl in Sachsen. Ueber die Ergebnisse der sächsischen Landtagswahlen ist auch heute ein völliger Ueberblick nicht möglich; vielleicht verschiebt sich das Verhältnis in der Zweiten Kammer infoloren etwas, als die Konservativen nicht mehr unumfängliche Herrscher der Verfassung bleiben, indem die Zweidrittelmehrheit derselben durch die wenn auch mäßigen Erfolge der Nationalliberalen gebrochen wird. Ob die Fokkung der Nationalliberalen stimmt, muß der Wahltag erweisen. Besonders bemerkenswert ist die Wahl im 37. Wahlkreis (Hartenstein-Wildenfels-Pläthenstein). Nach unserem Jwldauer Parteiblatt wären bisher bei einer Gesamtzahl von 101 Wählern 49 sozialdemokratische Wähler zu verzeichnen. Gelangt es, in den noch erforderlichen Nachwahlen die zur Majorität noch fehlenden Wähler durchzubringen, so würde Genosse Sobstein trotz der Uebermacht der Gegner der Reaktion monate bittere Stunde bereiten. Die Genossen des Kreises werden alles daran setzen, die Nachwahlen zu gewinnen.

Zum Stand der Marokko-Verhandlungen. Der deutschen Regierung liegt allem Anschein nach daran, die Deuntlichung der französischen Politiker über die in den Verhandlungen bezüglich Marokkos eingetretene Verlangsamung zu beschleunigen. Dr. Rosen erklärte einem Redakteur des „Journal des Debats“: Es handelt sich darum, die zukünftigen Verhältnisse zu regeln, ohne daß irgend eine Zweideutigkeit oder ein Mißverständnis möglich ist. Unter solchen Umständen kann man die zutreffende Entscheidung nicht genug überlegen, und es ist besser, das Uebernehmen um einige

Stunden zu verzögern, als ein hinlängliches Abkommen zu improvisieren, welches eine Quelle für künftige Zwistigkeiten sein würde, anstatt eine endgültige Bürgschaft zu sein. Wir suchen ein billiges, für beide Länder ehrenvolles Abkommen zu erreichen, welches ihre natürlichen gegenseitigen Interessen respektieren und ihre gerechtfertigte Eigenliebe nicht verletzen soll; ein dauerhaftes, keine Hintergedanken zulassendes Abkommen. Man überhätet keine Lösung, wenn es sich um so ernste Fragen im Leben zweier Völker handelt.

Schutz der heimischen Viehzucht. Die schon gestern gemeldet wurde, hat der Vorstand des Rheinischen Bauernvereins die Absendung einer Petition an den Reichskanzler und den Landwirtschaftsminister beschloffen, worin namens 53 000 rheinischer Bauern dringend gebeten wird, den Schutz der heimischen Viehzucht in vollem Umfange aufrecht zu erhalten, insbesondere aber die Deffnung der holländischen Grenze unter keinen Umständen zu bewilligen.

Dazu wird uns aus dem Rheinland geschrieben: Der katholisch-agrarische Bauernverein hat sich die denkbar schlechteste Gelegenheit zu seiner Petition erwählt; denn von Holland kann die heimische Viehzucht nur gewinnen. Der „Vorwärts“ hat kürzlich noch festgestellt, daß nach amtlichem Material zeitweise in ganz Holland nicht soviel Seuchenfälle herrschten als in dem einzigen Regierungsbezirk Aachen, der an der holländischen Grenze liegt, vor dem ausländischen Vieh aber seit mehr als zehn Jahren durch die totale Grenzsperrung „geschützt“ ist. Im August dieses Jahres waren im Regierungsbezirk Aachen 25 Geschäfte in 24 Gemeinden von der Schweinepeste oder Schweinepest befallen. Und es ist bis heute nicht bestritten worden, was der „Vorwärts“ vor zwei Wochen berichtet hat, nämlich daß im verfloffenen Jahre in Holland überhaupt keine Seuche zu verzeichnen gewesen ist. Holland gegenüber von „Schutz der heimischen Viehzucht“ zu reden, ist eine Unverschämtheit. Von Holland droht allerdings eine Gefahr; aber weder für das nationale Vieh noch für das nationale Wohl, sondern nur für den „christlichen“ Fleischt- und Lebensmittel-Wucher, denn jenseits der holländischen Grenze sind die Vieh- und Fleischpreise bedeutend niedriger.

Einem Ausbruch der Rinderpest jenseits der russischen Grenze in Wirballein melden die „Ostdeutschen Grenzboten“. Das ehrwürdige amtliche Organ der Gemeindebehörden von Stallupönen und Eydtsbaken hat zwar nicht selbst etwas von einer Rinderpest wahrgenommen, aber es hat einen Brief erhalten, in welchem erzählt wird, daß russische Grenzbesitzer behauptet haben sollen, vor ungefähr zehn Tagen seien in Wirballein die ersten Bestfälle konstatiert worden und bald darauf an einem Tage 35 Rinder gefallen. Ob etwas Wahres an der Sache ist, wird hoffentlich die nach der Meldung des Blättchens von dortigen Landratsamt eingeleitete Untersuchung ergeben; man kann sich jedoch nicht des Einbruchs erwehren, daß die Meldung, die sofort vom Intelligenzblatt der Landstädter, der „Deutschen Tageszeitung“, übernommen worden ist und von diesem wahrscheinlich in den nächsten Tagen seinen Weg in die kleine konservative Antipresse finden wird, nur den Zweck verfolgt darzutun, wie gefährlich eine Deffnung der Grenzen für die Vieheinfuhr aus Rußland in der jetzigen Zeit der Fleischveruerung ist.

Zu dem Zeugniszwangsverfahren gegen den Genossen Zielowsky wird uns aus Hanau geschrieben: Hier in Hanau ist dank der sozialdemokratischen Agitation in den letzten Jahren ein allerdings sehr bescheidenes Anfang mit der Errichtung guter Arbeiterwohnhäuser durch die Stadt gemacht worden. Zwei alte, sehr baufällige Häuser wurden von der Stadt gekauft, niedrigergekauft und an deren Stelle neue Häuser mit verhältnismäßig gut eingerichteten Arbeiterwohnungen, die zu den ortsblichen Mietten abgegeben werden, gebaut. Für die nächsten Jahre sind noch einige derartige Bauten geplant. Hieron befürchtete ein Teil der Hausbesitzer eine Schädigung und erhob Einspruch gegen diese Konkurrenz durch die Stadt. Daraufhin veranstaltete der Magistrat eine Erhebung, deren Ergebnis bewies, daß hier in der Tat ein Mangel an gesunden Arbeiterwohnungen besteht. Recht richtig ist die Gut seiner Hausbesitzer gegen den städtischen Vortrat, der die Erhebung geleitet und den Bericht darüber abgefaßt hat. Die Stadtverordnetenversammlung nahm mit 11 gegen 10 Stimmen einen Antrag an, nach welchem sie eine Petition des hiesigen Hausbesitzervereins in dieser Sache u. a. dahin beantwortete, daß die Verunruhigung der Hausbesitzer nicht begründet, aber durch das Ergebnis der Erhebung und die daran geknüpften Bemerkungen verschuldet sei, die aber nur „persönliche Meinungsäußerungen“ seien und auch nur als solche Bedeutung haben. Dieser Beschluß wurde gefaßt trotz dem unmittelbaren Vorher der Oberbürgermeister die Erklärung abgegeben hatte, daß der Bericht des Stadtbaurats nicht dessen persönliche Meinungsäußerung sei, sondern eine offizielle Vorlage des Magistrats. Der Vortrat hat bald darauf seinen Austritt aus der städtischen Verwaltung auf den 1. Oktober angezeigt. In der nächsten Sitzung erhob der Oberbürgermeister Einspruch gegen jenen Beschluß. Daran schloß sich eine Debatte, und in dieser soll Genosse Hoch die 11 bürgerlichen Stadtverordneten, die für den Antrag gestimmt hatten, verkleumderlich beleidigt haben. Die Herren stellen bei der Staatsanwaltschaft einen Strafantrag gegen Hoch, aber nicht nur wegen seiner Rede in der Stadtverordnetenversammlung, sondern auch wegen zweier Berichte in der Frankfurter „Vollstimme“. Der Staatsanwalt erhob denn auch öffentliche Klage. Genosse Hoch räumte bereits im ersten Termin, der vor vierzehn Tagen stattfand, ein, daß er die in den Berichten den „Vollstimme“ beanstandeten Ausführungen in seiner Rede in der Stadtverordnetenversammlung gemacht habe, und erbot sich, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Er bestritt aber, der Verfasser der Berichte zu sein. Der Vertreter der Nebenklage wollte jedoch vom dem Wahrheitsbeweis nichts wissen, bevor nicht der Verfasser der Berichte ermittelt sei. Auf seinen Antrag wurde die Verhandlung vertagt, um den verantwortlichen Redakteur der „Vollstimme“, Zielowsky, aus Frankfurt als Zeugen zu laden. So kam es zu dem zweiten Termin, in dem Genosse Zielowsky selbstverständlich das Zeugnis verweigerte. Er bezieht sich darauf, daß es seine Ehrenpflicht als Redakteur sei, über den Verfasser der Berichte die Aussage zu verweigern. Das Gericht legte dem Genossen Zielowsky eine Geldstrafe von 200 M. auf und ließ ihn verhaften, um das Zeugnis zu erzwingen. Dann wurde die Sache wiederum, und zwar auf unbestimmte Zeit, vertagt.

Bezeichnend ist es übrigens, daß unter den elf Klägern sich auch der Führer der hiesigen Freisinnigen befindet. Wann endlich wird mit einer Bestimmung ausgeräumt werden, die einem anständigen Menschen eine mehrfachen Handlung zumutet oder ihn einem inquisitorischen Verfahren preisgibt!

Ruhstrat als Sachverständiger. Gegen den Cafetier Hans Fortner „Zum Hans Sachs“ in München ist ein Strafverfahren wegen Dubens gewerbetreibender Mißspiel eingeleitet worden. Im „Hans Sachs“ geben sich jahraus jahrein hadsblammi Münchener Spielarten ein Remdespons. Es handelt sich um die Frage, ob „Polern“ als Mißspiel zu betrachten sei oder nicht. Der belagte Restaurateur beantragt nun durch seinen Rechtsbeistand, wie bereits gemeldet, über die vielumstrittene Frage den oldenburger Justizminister Kuhstrat für den demnächst stattfindenden Termin als Zeugen und Sachverständigen zu laden. Diesem Antrage wurde insofern stattgegeben, als das Münchener Gericht beschloß, Justizminister Kuhstrat kommissarisch vernehmen zu lassen.

Sie sind nicht im geringsten im Zweifel, daß das „Sachverständigen“-Gutachten zugunsten des Restaurateurs ausfallen wird, womit nicht gesagt sein soll, daß Minister Kuhstrat etwa auf Eid nicht seiner Ueberzeugung nach bestem Wissen und Gewissen Ausdruck geben würde.

Verluste aus Südwestafrika. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Am 5. September dieses Jahres auf Parouille bei Osombo-Druijindo gefallen: Unteroffizier Johann Bree, geboren am 2. 12. 81 zu Kaldau, früher im Kaiserregiment Nr. 5, Kopfschuß. — Am 11. September dieses Jahres auf Parouille bei Harusha gefallen: Gefreiter Karl Bühr, geboren am 26. 11. 72 zu Neurube, früher im Kaiserregiment Nr. 35; Gefreiter Gustav Wetzig, geboren am 17. 2. 82 zu Halberstadt, früher im Dragonerregiment Nr. 16. Am 15. September dieses Jahres beim Ueberfall der Pferdeboade östlich der großen Karasberge verwundet: Reiter Wilhelm Rütche, geboren am 28. 11. 81 zu Rottebendorf, früher im königlich sächsischen 2. Feldartillerieregiment Nr. 28, jäw. Schutz linke Brust. Gefreiter Otto Kleisch, geboren am 30. 12. 79 zu Rothenne, früher im 3. Seebataillon leicht, Kleischschuß rechter Unterarm. Reiter Gerhard Habebant, geboren am 12. 11. 84 zu Essen, früher im Lehrregiment der Feldartillerieschule, leicht, Kleischschuß rechten Ellenbogen. — Sanitätsunteroffizier Karl Scholz, früher im Grenadierregiment Nr. 10, welcher im Gefecht bei Rujib westlich Darasgas vermißt wurde, hat sich wieder eingefunden.

Beichtigung. In der gestern unter den letzten Telegrammen enthaltenen Meldung über die Ursache der Unruhen in Kamerun ist irrtümlich vom Kongosantengebiete die Rede, während es richtig heißen muß im Kongosantengebiete (der Gesellschaft Süd-Kamerun).

Druckfehlerberichtigung. Am Schluß des gestrigen Berichts über den Steuerstreit des Kronprinzen muß es heißen Staats-einkommensteuer, nicht Kreis-einkommensteuer.

Ausland.

Frankreich.

Der gewerkschaftliche Kampf der Postbediensteten. Paris, 18. September. (Fig. Ver.) Herr Dubief hat mit unschuldiger Miene versichert, daß er nicht die Absicht habe, den Postbediensteten die gewerkschaftliche Organisation zu verbieten. Die ständige Bescheidenheit des Ministers zeigt sich darin, daß er seinen Zorn auf heimtückliche Art erreichen will, indem er die Bediensteten durch politische Schikanen in ihren Bestrebungen stören läßt. Das Agitationskomitee der Postbediensteten hatte um die Ueberlassung des großen Saales der Arbeitsbörse für eine Versammlung erlucht. Die provisorische Verwaltungskommission, die bekanntlich vom Präfekten ernannt worden ist, hat das Gesuch zurückgewiesen unter dem Vorwand, daß der große Saal nur den der Arbeitsbörse angehörenden Gewerkschaften vorbehalten sei. Die frühere gewählte Kommission hat den Saal sowohl den Vereinen der Postbediensteten als der Lehrervereinigung, die gleichfalls keine Gewerkschaften sind, wiederholt überlassen. Es ist wohl auch sinnwidrig, den den Gewerkschaften reservierten Raum für die Konstituierung einer Gewerkschaft nicht herzugeben. Aber freilich, Vernunft und Gerechtigkeitssinn haben mit dieser Entscheidung nichts zu schaffen. Der Seine-Präfekt wird mit Vergnügen die Gelegenheit ergreifen haben, zugleich den Wunsch des Ministers und seinen eigenen alten Haß gegen die Gewerkschaftsbewegung zu befriedigen. Dadurch aber ist jetzt die Frage der Postbediensteten mit dem allgemeinen Problem der Autonomie der Arbeitsbörse verknüpft worden und man bekommt einen Vorgeschmack von der „Autonomie“, die der Präfekt, auf das neue Statut gestützt, künftig den Organisationen der Arbeitsbörse und ihrer legalen Vertretung besetzen wird.

Die Postbediensteten lassen sich durch diese Polizeimaßnahmen ebensowenig wie durch die verdeckten Drohungen des Ministers einschüchtern. Besonders in der Provinz macht die gewerkschaftliche Agitation große Fortschritte sowohl in den Städten als auf dem flachen Lande. In Lyon und Rouen haben die Bediensteten Versammlungen in den Arbeitsbörsen abgehalten, die ihnen von den dortigen Verwaltungskommissionen zur Verfügung gestellt worden waren, und sich mit dem Aktionskomitee solidarisch erklärten. Die in Rouen beschlossene Resolution schließt mit einem Hoch auf die Gewerkschaft und die soziale Republik.

Italien.

Gegen das Ende des Prozesses Modugno. Rom, den 17. September. (Fig. Ver.) Die seit dem Monat März währenden Verhandlungen des Prozesses Modugno gehen ihrem Ende entgegen. Wenn nicht Unvorhergesehenes eintritt, ist der Wahrspruch im Laufe dieser Woche zu erwarten. Vielleicht ist selten in einem Prozesse ein so schwieriges Dilemma zu lösen gewesen, wie im Prozesse Modugno. Von der Anklage wie von der Verteidigung sind große Anstrengungen gemacht worden, um die eigene Version plausibel erscheinen zu lassen, aber eigentlich kann man sagen, daß man mag den Tod der jungen Frau Modugno auf Selbstmord oder auf Mord zurückführen, viel Unklärliches in der Sache und ihren Nebenumständen bleibt.

Die Sachverständigen, von denen man billigerweise eine unparteiische Beurteilung verlangen sollte, teilen sich in Italien in Sachverständige, die von der Verteidigung, und in solche, die von der Zivilpartei oder der Anklage ernannt werden. Demgemäß finden wir, daß das Befinden der Sachverständigen für Schupswaffen, je nach dem Standpunkte der „Arbeitgeber“, den Selbstmord oder den Mord für das Wahrscheinlichere hält. Aber kein Parere schließt unbedingt die Möglichkeit des Mordes oder des Selbstmordes aus, so daß man am Ende so klug ist wie zuvor. Die Gutachten über die Handchrift des Abschiedsbriefes schienen anfangs eine eindeutige Antwort zu ergeben. Das erste Sachverständigenkollegium schloß es aus, daß Genzina Modugno die Abschiedsworte selbst geschrieben hatte und schrieb die Nachnahme dem Angeklagten zu. Nachher kamen andere Sachverständige, die die Möglichkeit einräumten, die Schriftzüge führten von der Verfälschung her. Was über die Lage der Pistole, über die Stellung des Hahns bei der Auffindung festgestellt wurde, ist zu wenig sicher, am als Material für oder wider in Betracht zu kommen. Auch das Alibi Modugno, den ein mit dem Vorprossen von Bäumen beschäftigter Landarbeiter im Moment des Schusses im Alibi gesehen haben will, kann nicht als überzeugend gelten, wie ja wohl jede Aussage, die sich auf ein 2 1/2 Jahre zurückliegendes Ereignis bezieht, an Ueberzeugungskraft verliert.

So sieht sich die Jury vom Tatsachenbehind in Stich gelassen. Man hat von beiden Seiten viel psychologische Elemente herbeigeschleppt, sei es, um Modugno als des Mordes schuldig zu zeigen, sei es um Genzina als zum Selbstmord neigend darzustellen.

Wegen Modugno fallen ins Gewicht: seine Rohheiten und Verbrechen in China, sein brutales Verhalten gegen eine frühere Geliebte, der Umstand, daß ihm am Tage vor dem Tode Genzinas ein Robia unterzeichnetes Telegramm irrtümlich zugestellt wurde und so die Verdächtigungen konnte.

Was Genzina betrifft, so hat sie mütterlicherseits mehrere Selbstmörder und Irre in der Familie, einige Diensthofen gaben an, ihr Charakter sei ungemein wechselnd gewesen. Sie soll zweimal um Vaganten Selbstmordversuche gemacht haben. Man muß hinzufügen, daß sowohl das Belastende als das Entlastende von den Geschworenen sehr verschieden bewertet werden kann, da die Auffassung über Glaubhaftigkeit der betreffenden Zeugen recht abweichend ist.

Entschieden gegen Modugno spricht sein Verhalten während der letzten Stunden seiner Frau. Er trat nicht an ihre Sterbebett, sondern schloß sich in seinem Arbeitszimmer ein. Als der Brief unter dem Kissen der Verwundeten gefunden wurde, übergab ihn der Vater Modugno nicht zunächst seinem Sohn, sondern erst dem Arzt! Schließlich sei daran erinnert, daß das Papier, auf dem der Abschiedsbrief geschrieben war, aus dem Vorrat des alten Modugno stammte, der Genzina nicht zugänglich war.

Es ist klar, daß den Geschworenen kein Mittelweg bleibt zwischen den beiden Extremen: entweder Modugno freisprechend

oder ihn wegen Mordes zu lebenslänglichem Zuchthaus — allenfalls im Falle der kaum verständlichen Jubiläum milderender Umstände — zu 30 Jahren Zuchthaus zu verurteilen.

Das Beendigung dieses Prozesses wird der Prozeß vor den Militärbehörden wegen der chinesischen Gelbentaten beginnen. Hier handelt es sich um 30 verschiedene Verbrechen, von denen für 20 der Tod durch Erschießen vorgesehen ist. So wie wir die Militärjustiz kennen, glauben wir nicht, daß sie Modugno gefällig sein wird, weil seine Kulturfähigkeit in China zu wenig von der einer großen Zahl seiner Kameraden abhah und ganz dem Geiste jener Majorität angepaßt war.

Holland.

Große Wahlrechtsmanifestation.

Amsterdam, den 18. September. (Fig. Ver.)

In Utrecht fand am Sonntag, den 17. September, eine große Manifestation für das allgemeine Wahlrecht statt. Beinahe 600 Vereine, Abteilungen der sozialdemokratischen Partei, der Freisinnig-Demokraten und eine Anzahl der Frauenrechtlerinnen waren vertreten. An der Versammlung nahmen mehr als 15 000 Personen teil. Nach der Versammlung fand ein Umzug statt, der wohl aus 25 000 Teilnehmern bestand. Unter großem Enthusiasmus wurde folgende Resolution angenommen:

„Die große nationale Manifestation, am 17. September 1906 in Utrecht einberufen vom Komitee des allgemeinen Wahlrechtes, konstatiert, daß ungefähr eine halbe Million Männer über 25 Jahre und alle Frauen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind und also Artikel 78 der niederländischen Verfassung, der besagt, daß die Generallstaaten das ganze Volk vertreten, eine Unwahrheit ist. In der Erwägung, daß es ungerechtfertigt und erniedrigend für die Arbeiter und Frauen ist, daß nur ein Teil des Volkes Gesetze und Verordnungen macht, denen das ganze Volk sich unterwerfen muß; erachtet die Versammlung es als eine nationale Schande, daß dieses parlamentarische System besteht und spricht als ihre Ueberzeugung aus, daß die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes eine Waffe sein wird gegen diese Klasse und gegen ihre Herrschaft, unter der der größte Teil des Volkes als Unterdrückte lebt. Sie ruft das niederländische Volk auf, in den nächsten Jahren den Wahlrechtskampf mit solcher Kraft zu führen, daß die Verfassungsrevision und das allgemeine Wahlrecht nicht mehr abzuweisen sind.“

Die Freisinnig-Demokraten protestierten gegen „Ton und Inhalt“ der Resolution. Der Protest fand aber in der überwiegend sozialdemokratischen Versammlung keinen Widerhall. Es war ein schöner Tag für die niederländische Arbeiterbewegung.

Amsterdam. (Eigener Bericht.) In der Thronrede, mit der die Zweite Kammer eröffnet wurde, werden derselben eine Anzahl Gesetzentwürfe angekündigt, von denen wir die folgenden hervorheben: Gesetz den Arbeitsvertrag betreffend, Einführung der bedingten Verurteilung, Förderung des Unterrichtswezens, besonders des Hochschullehrers, Änderung des Armengesetzes und des eben vom Ministerium Stuyver abgeänderten Gesetzes gegen die Trunksucht, militärische Vorübung der Jugend zum Zweck der Verfürgung der Dienstzeit und Erhöhung des Militärkontingents, obligatorische Krankenversicherung in Verbindung mit einer Änderung der Unfallversicherung, Ausdehnung der letzteren auf die Landwirtschaft, Seefischerei und Seeleute der Handelsflotte, obligatorische Alters- und Invalidenversicherung, Abschaffung der Zehnten. Schließlich wird eine Verfassungsrevision angekündigt, um dem gewöhnlichen Gesetzgeber bei der Regelung der Wahlberechtigung Freiheit zu verschaffen. Hierbei will jedoch die Regierung zunächst untersuchen, inwieweit sonstige Änderungen der Verfassung erwünscht sind.

Dieses Regierungsprogramm enthält also den „Planlo-Artikel“ der Verfassung, der allgemeines Wahlrecht ermöglichen soll, allein der Umstand, daß das Ministerium untersuchen soll, ob noch andere Verfassungsänderungen erwünscht sind, birgt die Gefahr in sich, daß das Ministerium die ganze Verfassungsänderung bis zum Ende der vierjährigen Legislaturperiode hinausschiebt. Ob ihr allerdings ein solch langes Leben beschieden ist, ist bei der Zusammenlegung der Zweiten und der gänzlich kerischen Mehrheit der Ersten Kammer sehr zweifelhaft. Das holländische Proletariat wird seine energische Agitation für das allgemeine Wahlrecht ununterbrochen weiterführen müssen, will es nicht mit dem „guten Willen“ dieser schwachen Regierung wiederum auf Jahre hinaus um die Früchte seiner jahrelangen Tätigkeit um Erzielung des ersten Bürgerrechtes betrogen werden. Uebrigens trachtet das Ministerium unabweislich, mit diesem Programm sowohl von rechts wie von links Freunde zu gewinnen, um sein Leben zu erhalten. Ihrem kerischen Vorgänger folgt die Regierung, um auf freisinnige Weise die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, ohne die halbe Million vom Wahlrecht ausgesparten mitsprechen zu lassen. Zuerst bringt sie die sozialen Gesetze unter Dach und Fach zur Vermeidung einer Schädigung des Kapitalismus. Zugleich stellt sie „Unterstützungen“ an betreffs der Verfassung. Es bleibt also Zeit übrig, daß die Kammermehrheit von Kapitalismus Gnaden sie bezeiten Straußeln lassen kann, bevor sie eigentlich aus ihrem „Planlo“ hervortreten und das Unrecht der Wahlentziehung ansassen kann.

Das Budget für Niederländisch-Indien weist bei einem Gesamtbetrag von 160 Millionen einen Fehlbetrag von 10 Millionen Gulden auf, doch wird ein großer Teil der Kredite zu Ausgaben produktiver Art dienen. Für die Marine sind infolge der Streichung einiger Schiffe und ihrer Entsetzung durch Torpedoboote eine halbe Million Gulden weniger angelegt. Für den öffentlichen Unterricht ist eine Mehrausgabe nötig wegen der neuen Subventionierung von Privatschulen. Beabsichtigt ist die Einführung einer Zuckersteuer und eine progressive Steigerung der Gewerbesteuer.

Die Verhaftung von Nieuwenhuis. Frau Domela Nieuwenhuis macht im liberalen „Handelsblad“ bekannt, daß sie seit der Verhaftung ihres Ehegatten in Köln, die schon vor einer Woche stattfand, weder von ihm selbst noch von der Polizei oder einer anderen Behörde Nachricht erhalten hat. Die Sache singt an, in Holland Aufmerksamkeit zu erregen, denn es ist doch etwas stark, daß man jemanden, den man arretiert, nicht einmal bekannt gibt, warum er verhaftet ist und seine Verwandten vollständig ohne Nachricht läßt, auch ihm nicht zu schreiben gestattet. Aus Paris wird gemeldet, daß Nieuwenhuis der Aufenthalt in Deutschland wegen früherer Ausweisung verboten war und er darum erst eine Strafe abzuhängen haben wird; aber auch dann kann man ihn nicht verbieten, seine Familie zu beruhigen.

Rußland.

Der Verlust der russischen Marine. Nach den von der russischen Marineverwaltung angestellten genauen Berechnungen kann der direkte Totalschaden der russischen Marine in folgenden Zahlen ausgedrückt werden: Port Arthur und Wladiwostok 108 217 266 Rubel und in der Koreastraße 120 718 932 Rubel, insgesamt also 228 936 198 Rubel. Außerdem kommen noch die Kosten für Schiffreparaturen in Port Arthur, Wladiwostok und in den neutralen Häfen in Betracht, so daß der Gesamtverlust der russischen Marine etwa 300 000 000 Rubel beträgt.

Türkei.

Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Konstantinopel von gestern: In einem im Zentrum des Pera-Viertels in unmittelbarer Nähe der Wohnung des deutschen Generalkonsuls gelegenen Hause, das einem Engländer namens Jones gehört, entdeckte die Polizei heute eine große Menge Bomben und Dynamit sowie zur Herstellung von Bomben nötige Chemikalien.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Jena, 20. September 1905.
Dritter Verhandlungstag.
Vormittags-Sitzung.
9 1/2 Uhr.

Leber-Jena eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß die Leitung der Karl Reich-Stiftung sich bereit erklärt hat, 60 Mitgliedern des Parteitagess die Beschaffung der Werke zu gestatten.

Singer:

Ich bin in der Lage, Ihnen über den Ausgang der Essener Wahl Mitteilung zu machen. Nach einem mir zugegangenen Telegramm sind abgegeben bei der gestrigen Hauptwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten Gewehr 28 500 Stimmen (Bravo!), für den Freisinnig-Nationalliberalen 17 800 Stimmen, für das Zentrum 35 500, für den Christlichsozialen 2200, für den Polen 1700. Es wird also eine Stichwahl zwischen dem Zentrum und dem Sozialdemokraten stattfinden. Es werden Sie die Zahlen von der letzten Wahl ebenfalls interessieren. Bei der vorigen Wahl hat der sozialdemokratische Kandidat erhalten 22 773, die Nationalliberalen und Christlichsozialen, die damals zusammengingen, 20 890, der Zentrumslandtagskandidat damals 35 157 und der polnische Kandidat 1589. Während also die bürgerlichen Parteien sich auf der Stimmenzahl, die sie das vorige Mal bekommen haben, gehalten haben, haben wir eine Zunahme von 6000 Stimmen zu verzeichnen. (Bravo!) Wir sind also die einzige Partei in diesem Wahlkreise, die an Stimmen gewonnen hat; unsere Stimmen sind um 30 Proz. gegen die vorige Wahl gestiegen. — Ich weiß mich einzig mit dem gesamten Parteitag und der gesamten Partei Deutschlands, wenn ich unseren braven Genossen in Jena für die mühevolle, opfervolle und rastlose Arbeit, die zu einem so glänzenden Erfolge die Partei geführt hat, unseren wärmsten Dank und unsere herzlichste Anerkennung ausspreche. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Genossen in Jena haben gezeigt, was von dem Gerede zu halten ist, daß die sozialdemokratische Partei im Rückgange befindlich ist. Die 6000 Stimmen Zunahme im Essener Wahlkreise, in einem Wahlkreise, der unstritten war wie kein anderer, in einem Wahlkreise, wo noch am letzten Sonntag 200 Kapläne vom Zentrum hingeschickt worden sind (hört! hört!), um die Massen zu bearbeiten — bedeutet einen glänzenden Sieg, wie wir ihn uns schöner nicht wünschen können. Und diesen Sieg der tapferen Arbeit unserer dortigen Genossen verdanken wir können, das muß nicht nur unseren Dank hervorgerufen, sondern das muß auch die anderen Wahlkreise anspornen, das gleiche zu tun, dem Beispiele zu folgen, welches die Essener Genossen uns gegeben haben. Parteigenossen! Dieser Sieg in einer Zeit wie der jetzigen, wo man auf allen Seiten der bürgerlichen Parteien sich der Hoffnung hingibt, daß die Sozialdemokratie ins Wanken kommt, dieser Sieg ist mehr wie eine gewonnene Schlacht. Die Sozialdemokratie hat bewiesen, daß sie fest entschlossen ist, nicht nur an dem Ertragnisse festzuhalten, sondern weiter zu streichen von Sieg zu Sieg unter der alten Profetiarie in dem alten revolutionären Kampfe der darin gipfelt: die bürgerliche Gesellschaft wird zerstört. . . Wir danken unseren Essener Genossen, daß sie in einer Zeit, wo von allen Seiten schicksalhaft gewartet wird auf die kleinste Abnahme unserer Stimmen in irgend einem Wahlkreise — wir danken unseren Genossen, daß sie so die Fahne hochgehalten haben und die Ehre der Partei gewahrt haben. Parteigenossen! Dieser Sieg bedeutet mehr wie andere Erfolge. In einem Wahlkreise wie dem Essener, wo das Zentrum mit seiner kompakten Masse alles ausbietet, um die vorwärtsstrebende Arbeiterklasse niederzuhalten, in einem Wahlkreise, wo das großindustrielle Kapital derartig erstarkt ist wie in keinem anderen — in einem solchen Wahlkreise eine sozialdemokratische Stimmenzunahme in dieser Höhe, das meine ich soll auch für die bürgerlichen Parteien ein Zeichen sein, daß niemand, sei es auch wer es sei, mit uns fertig wird. Unsere Genossen im Essener Wahlkreis gehen jetzt in den Stichwahlkampf: an Hülfe dazu soll es ihnen seitens der Partei nicht fehlen. (Stürmischer Beifall.)

Krüger-Dresden:

Der Bericht von Förster hat die Tätigkeit der Fraktion in recht günstigen Licht erscheinen lassen, wir zweifeln ja auch nicht daran, daß unsere Genossen alles getan haben, was in ihren Kräften steht, aber es bedarf doch immer wieder neuer Anregungen. Geht der Antrag Dresden-Altsiedel ist nichts Neues, aber bei aller Anerkennung der Arbeit unserer Genossen, besonders des Genossen Gradnauer, sind doch noch immer Fälle einer schneidenden Militärjustiz zu verzeichnen. Ich erinnere nur an die horrenden Strafen, die über Landwehrleute verhängt wurden. Noch schlimmer steht es um den Vollzug der Strafen. Wir erziehen unsere Kinder doch nicht zu dem Zwecke, daß sie Viehischen Leuten zum Opfer fallen. Ich bitte Sie deshalb, unseren Antrag anzunehmen, er entspringt unserer gemeinsamen Ueberzeugung.

Gras-Panau

Kommt auf die Abwesenheit eines Teiles der Fraktion bei wichtigen Abstimmungen zurück. Volkensbühne hat die Sache zu leicht genommen. Wenn bei wichtigen Abstimmungen 28 Abgeordnete unserer Fraktion fehlen, so ist das ein Skandal, der zur Sprache gebracht werden muß. Wenn die Abgeordneten sich verspätet haben, so ist das keine Entschuldigung. Wir halten unseren Tadel aufrecht.

Adler-Kiel:

Auch ich muß der Fraktion einen kleinen Vorwurf machen, weil ich ein stärkeres Frontmachen gegen die Zwangspolitik gegen die Dänen vermisse habe. Das Vorgehen der dänischen Abgeordneten ist ja von unserer Seite unterstützt worden, die Fraktion hätte aber auch selbständig sich der Dänen annehmen müssen. Der König von Preußen hat neulich ein paar Worte aus einem dänischen Liede zitiert; in Schleswig ist es verboten, das Lied zu singen! Personen, die jahrelang in Schleswig gewohnt und nicht begangen haben, werden plötzlich ohne Grund ausgewiesen und von den Universitäten zurückgewiesen. Die Fälle Scherrebek und Winter werden Ihnen im Gedächtnis sein, desgleichen der Fall Rimmann, der wiederholt ausgewiesen wurde, bis schließlich das Oberlandesgericht ihn für einen Deutschen erklärte. Dann nahm man sich den Sohn vor, der in allen Instanzen als Däne erklärt wurde, weil der Vater Däne sei! Auch das Oberlandesgericht hat das Urteil bestätigt, woraus man ihm keinen Vortour machen kann, weil es an die tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanz gebunden und dadurch gezwungen war, sich selbst zu widersprechen. Als zu einer dieser Prozeßverhandlungen der in Dänemark weilende Rimmann vom Verteidiger als Zeuge geladen wurde, wurden vorher alle Bände aus Dänemark von der Polizei abgeholt, um Rimmann zu fangen und sofort wieder abzuschieben. Während dem ging aber Rimmann mit mir durch Kiel spazieren. Es handelt sich ja um eine preussische Angelegenheit, aber es müssen Handhaben gefunden werden, um sie auch in Reichstagen zur Sprache zu bringen. Damit, daß es sich um nationalpolitische Tendenzen handelte, kann man meiner Forderung nicht entgegen treten. Es handelt sich vielmehr um einen Kampf gegen unerhörte nationale Unterdrückung, deren Unterdrückung die Sozialdemokratie stets auf ihre Fahne geschrieben hat.

Bernstein-Berlin:

Das Fehlen unserer Abgeordneten bei Abstimmungen ist gewiß ein Uebelstand, der bekämpft werden muß. Es ist aber ein Irrtum anzunehmen, daß ein Abgeordneter, der nicht auf der Abstimmungs-

liste steht, nicht im Reichstage gewesen ist. Er kann durch eine Konferenz, eine Verteilung zurückgehalten sein und die Abstimmung vermissen. Vielleicht empfiehlt es sich, in unserer Fraktion die englische Institution des Einpeiters einzuführen. Adlers Ausführungen kann ich nicht beantworten. Ich glaube nicht, daß die Fraktion eine passende Gelegenheit vermissen hat, um die Beschwerden der Dänen zur Sprache zu bringen. Darin sind wir alle einig, daß es notwendig ist, mit äußerster Energie das Selbstbestimmungsrecht jeder Völkerschaft, und sei sie auch klein, zu verteidigen. Hindernis tritt uns aber hier die steigende Ohnmacht des Reichstages in den Weg. Ueber den Mangel an Kompetenz des Reichstages herrscht ziemlich Unkenntnis in den Kreisen der Parteigenossen, besonders aber in der auswärtigen Sozialdemokratie. Die Folge ist große Enttäuschung und Mißstimmung im Auslande. Zwar bewundert man die Organisation, die Opferwilligkeit und die Größe der deutschen Sozialdemokratie, aber man ist sehr enttäuscht über das, was bei unserer Fraktion im Reichstage geschieht. Wie anders ist es in Frankreich! Da folgte bei der Marollesfrage Interpellation auf Interpellation, bis Delcassé über die Klinge mußte. Was geschieht aber im Reichstage? Fast gar nichts! Wen trifft die Schuld? Im Reichstage ist das Interpellationsrecht, ein wichtiges Recht des Volkes außerordentlich jämmerlich beschaffen. Während im englischen Parlament die Minister im Jahre 1903 4668 Fragen beantwortet haben, davon 2554 mündlich, brauchen die Minister im Reichstage überhaupt nicht zu antworten, oder wenn sie antworten, dann kommt heraus, was Herr v. Nitschoten sagte: „Wer uns nicht paßt, den weisen wir aus.“ Diese Ohnmacht des Reichstages nimmt zu, teilweise unter dem Einfluß des derzeitigen Reichspräsidenten. Ich unterschreibe nicht alles, was über den Grafen Valfreem geschrieben wird, aber er ist der gefährlichste Präsident für die Rechte des Reichstages, den wir je gehabt haben. In jocularer Weise, die schon bestechend wirkt, versteht er es, den Reichstag herabzudrücken. Es handelt sich scheinbar um Kleinigkeiten. Das Recht der Unterbrechung ist außerordentlich vergrößert, wenn nicht aufgehoben. Kechnlich sieht es mit den Korrekturen im Stenogramm. (Die Redezeit ist abgelaufen.)

Bender-Magdeburg

beantwortet den Antrag 86. Die Erhebungen der Kommission für Arbeiterstatistik haben ergeben, daß bei den Handels- und Transportarbeitern eine überaus lange Arbeitszeit besteht. Da wäre es sehr gut, wenn unsere Fraktion mal im Reichstage die traurigen Verhältnisse dieser Arbeiter, die infolge ihrer kolossal langen Arbeitszeit zu förmlichen Arbeitsstieren herabgedrückt sind, schildern würde. Wird die Arbeitszeit vergrößert, dann wird es auch leichter sein, diese Arbeiter zu organisieren. Es wäre also notwendig, daß unsere Vertreter im Reichstage auf eine Verkürzung der Arbeitszeit für die Handels- und Transportarbeiter hinwirken.

Volkensbühne:

Der Antrag 84 enthält eine alte, sehr populäre und in der Agitation leicht anwendbare Forderung, die bei vielen Leuten großen Anklang findet. Aber sieht man die Forderung näher an, dann wird man zu der Ueberzeugung kommen, daß es keine unglücklichere Forderung beim Alters- und Invalidenversicherungsgesetz geben kann als gerade diese. Mit ihrer Verwirklichung würde den Industriearbeitern der denkbar schlechteste Dienst erwiesen werden. Ist ein Arbeiter arbeitsfähig, dann kann er Invalidenrente erhalten, und diese Rente wird er auch persönlich verbrauchen können. Ist er aber noch arbeitsfähig und verdient gerade so viel wie jeder Arbeiter auf derselben Stelle, so wird ihm, falls er dann Rente erhält, diese Rente durch Kürzung des Arbeitslohns vielfach wieder abgezogen. Darin gehen Reich und Bundesstaaten voran. Die in den königlichen Eisenbahnwerkstätten beschäftigten Leute, welche Altersrente erhalten, kommen gewöhnlich mit demselben Tage, wo ihnen die Altersrente zugesprochen wird, in eine niedrigere Lohnklasse, und es ist nicht selten, daß ihnen ein Mehr an Lohn abgezogen wird, als sie in Form von Renten erhalten. Die Landarbeiter würde zur Folge haben, daß ungefähr drei Landarbeiter Rente erhalten und ein Industriearbeiter. Die Landarbeiter haben nun aber bekanntlich kein Koalitionsrecht, die Bauern werden dem alten Mann leicht seinen Lohn kürzen, und würde die Erfüllung der Forderung auf eine Unterstüpfung der Grundbesitzer hinauslaufen. Sobald die Altersrente herabgesetzt wird, wird der Zuwachs an Altersrentnern so groß sein, daß die Beiträge erheblich erhöht werden müssen; die Durchführung dieser Forderung wäre also nichts anderes als eine Belastung der Industriearbeiter zugunsten der Grundbesitzer. Das ist auch der Grund, weshalb die Sozialdemokraten diese Forderung nicht mehr erheben, sie ist zuletzt erhoben worden von dem bekannten Führer des Bundes der Landwirte v. Floey, der sich sagte, daß dadurch den Grundbesitzern eine erhebliche Erparnis an Lohn zugesührt würde. Ich sehe also nicht ein, weshalb wir mit einer solchen Forderung kommen sollen. Wollen wir an dem Gesetz etwas ändern, so haben wir dafür zu sorgen, daß die Leute leichter in den Bezug der Jubilantenrente kommen können; nicht die Altersrente gewährt werden, wenn die Arbeitsfähigkeit auf die Hälfte oder zwei Drittel herabgemindert ist. Dabon hätten Landarbeiter und Industriearbeiter gleichmäßig Vorteil.

Was den Antrag 88 betrifft, so fordern wir ja einen allgemeinen Maximalarbeitszeit, und wir gehen dabei weiter als die Transportarbeiter. Es haben zwei Erhebungen für die Transportarbeiter stattgefunden, einmal über die Arbeitszeit im gewerblichen Fuhrwerksgewerbe und zweitens über die Arbeitszeit der im Handelsgewerbe beschäftigten Personen. Aber leider sind bei den mündlichen Erhebungen über die Arbeitszeit im Fuhrwerksgewerbe gerade von den Arbeitern so bescheidene Forderungen gestellt, daß selbst wenn diese Forderungen in der Bundesratsverordnung, die ja wahrscheinlich kommen wird, Anerkennung finden, doch noch eine überaus lange Arbeitszeit für diese Kategorie übrig bleiben wird. Wenn wir einen allgemeinen Maximalarbeitszeit durchsetzen, dann sind wir erheblich weiter. Die Transportarbeiter haben vereinzelt geradezu übertrieben bescheidene Forderungen erhoben, einzelne waren schon mit acht bis neun Stunden Anheize zufrieden. Das Transportgewerbe weist die allerhöchste Unfallziffer auf, denn merkwürdigerweise ist das Fahren auf dem Lande weit gefährlicher als das Fahren auf See. Diese hohe Unfallziffer ist wesentlich auf die übermäßig lange Arbeitszeit zurückzuführen. Es ist ja eine bekannte Tatsache, daß die Unfälle meist eintreten, wenn die Leute übermüdet und infolgedessen weniger vorsichtig geworden sind. Aber trotzdem können wir nicht im Interesse der Transportarbeiter Forderungen stellen, die hinter unseren allgemeinen Forderungen zurückbleiben. Die Bundesratsverordnung wird, sobald sie kommt, dem Reichstage zur Kenntnisnahme mitgeteilt werden, und dann kann ja die ganze Frage einer gründlichen Kritik unterzogen werden. Vorläufig schiebt die Sache noch, aber da die Verhandlungen bis auf den Bericht an den Bundesrat abgeschlossen sind, wird ja in aller nächster Zeit auf diesem Gebiet etwas geschehen.

Lipinski-Leipzig:

Was die Abstimmung über die Handelsverträge anlangt, so ist es doch bekannt, daß die Tagesordnung jeder Sitzung erst am Abend vorher festgesetzt wird. So erklärt es sich, daß manche Abgeordnete erst mit den Frühzügen nach Berlin fahren und zu spät ankommen. In den Ausführungen Adlers möchte ich den Wunsch ausdrücken, daß den Abgeordneten etwas mehr das Einzelmaterial über solche Fragen zugeführt wird. Selbst können sie unmöglich all dieses Material sammeln. Die Verhältnisse der Handelshilfsarbeiter sind im Reichstage wiederholt zur Sprache gebracht worden. Den Antrag 88 halte ich für überflüssig, weil er eigentlich nur etwas Selbstverständliches enthält.

Bernstein-Berlin

seht seine Ausführungen von vornhin fort. Das Recht der Unterbrechung, das in anderen Parlamenten sehr entwickelt ist, wird bei uns, namentlich seit Valfreem Präsident ist, immer mehr beschränkt. Zwischenrufe, die oft sehr wichtig sind, werden einfach nicht stenographiert. Durch alles das werden die Rechte der Minderheit vergrößert. Wie ungeheuer sind die Rechte des Reichstages durch die Leg. Gröber vergrößert, monach der Präsident jedem das Wort zur Geschäftsordnung verweigern kann. Eine solche Geschäftsordnung ist eine Geschäftsordnung für den Staatsstreich. Dafür haben aber die wenigsten Verständnis. Das Parlament muß die Möglichkeit haben, bei jeder Gelegenheit die Regierung zu stellen. Zu Beginn des ostasiatischen Krieges wurde das Wort gesprochen, daß russische Trauer deutsche Trauer sei. Das widersprach ebenso wie frühere ähnliche Aussprüche der Gesinnung des Volkes. Der Reichstag aber hat sich in allen Fragen der äußeren Politik seiner Rechte begeben. Wenn nicht das Gefühl allgemein verbreitet wäre, daß wir hier vollkommen rechtlos sind — „Hunde sind wir ja doch!“ wie Bamberger einmal gesagt hat —, so würde auch das Interesse an diesen Fragen größer sein. So aber müssen wir mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen. Ich bitte Sie, unsere Resolution anzunehmen, namentlich auch mit Rücksicht auf unsere ausländischen Genossen, damit diese sehen, daß wir, soviel an uns liegt, alles tun, um diesen unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen.

Lebebour-Berlin:

Mit den allgemeinen Beschlüssen über den Mangel an Rechten des Reichstages sind wir ja alle einverstanden. Nur hat Bernstein bei der Erörterung des Interpellationsrechts im deutschen Reichstage einen Punkt übersehen, durch den in der perfidesten Weise das Interpellationsrecht zunichte gemacht werden kann. Wenn nämlich eine Interpellation eingebracht ist, so hat die Regierung das Recht, zu erklären: Wir antworten nicht. Das ist noch nicht das schlimmste, denn wenn sie nicht antwortet, dann kann wenigstens durch Mehrheitsbeschluß eine Befragung der Interpellation erzwungen werden, und bei solchen Gelegenheiten kann die moralische Wirkung der Befragung unter Umständen durch das Stillschweigen der Minister noch verstärkt werden. Wir können darauf hinweisen: Die Regierung schweigt, weil sie nichts antworten kann, weil sie nicht zu antworten magt. Aber die Regierung hat noch ein ganz anderes Mittel, das Interpellationsrecht zunichte zu machen: sie erklärt einfach, sie wolle die Interpellation beantworten zu gelegener Zeit, wenn die Umstände es ermöglichen, und dann wird die Interpellation nicht eher auf die Tagesordnung gesetzt, bis die Regierung den Zeitpunkt für gekommen erachtet, und da ist es immer eine wunderbare Fügung des Schicksals, daß dieser Zeitpunkt nie eintritt. Wichtig ist, daß die Rechte des englischen Parlaments viel weiter gehen als die des deutschen Reichstages. Nur wird bei uns jede Interpellation als Dampf- und Staatsaktion betrachtet, während in England die etwa 2000 Interpellationen jährlich nicht eigentlich Interpellationen in unserem technischen Sinne sind, sondern jeder Abgeordnete kann in England dem Minister mitteilen: morgen oder übermorgen werde ich an Dich die und die Frage richten; bei Beginn jeder Sitzung ist eine gewisse Zeit für derartige Fragen und Antworten reserviert. Das ist ein außerordentlich wichtiges und nützlich Recht, weil es Gelegenheit gibt, jede alte Frage ohne weiteres zur Erörterung zu bringen. — Bernstein meinte dann, wenn in uns allen ein stärkeres Bewußtsein der Macht und des Einflusses lebte, würden wir auch anders agieren und gebrauche da in Anlehnung an ein Wort des verstorbenen nationalliberalen Abg. Bamberger: Hunde sind wir ja doch. Ein so deplaziertes Zitat ist wohl noch nie auf einem Parteitage gebraucht worden. Dieses Wort stammt doch nicht aus dem Gefühl des Mangels an Macht, sondern aus dem Gefühl des Mangels an Mut und ich glaube in Ihrer aller Namen es zurückweisen zu können, daß ein solches Gefühl des Mangels an Mut in uns lebt. Das Bewußtsein der Rechtlosigkeit bedeutet noch nicht das Bewußtsein, daß man nicht wagt, gegen die Rechtlosigkeit vorzugehen. Dieses Bewußtsein ist lebendig nur bei uns, sondern auch bei den Sozialdemokraten aller Länder, zum Beispiel Rußlands, die noch viel weniger Rechte haben. Hunde sind vielmehr nur die Schergen des Absolutismus. (Sehr richtig!) Gegen die Resolution Bernsteins, was ihren Inhalt anlangt, habe ich nichts einzuwenden. Ich bedauere nur, daß Bernstein unter den Hinweisen auf die Fragen der Weltpolitik, die uns hier angehen, neben Marolles und dem russisch-japanischen Konflikt nicht auch die Befragung von Kiautschou mit erwähnt hat. Das ist durch den russisch-japanischen Krieg für uns eine sehr alte Frage geworden. Gegenüber der aufstrebenden japanischen Macht können wir durch diese Befragung von Kiautschou in Zukunft in eine ähnliche Situation kommen wie Rußland durch die Befragung von Port Arthur. Trotz der Weltpolitik Deutschlands in Europa kann für uns diese Befragung noch recht unheimliche Folgen haben, wenn wir nicht klug genug sind, vorher diese Erwerbung aufzugeben. Allerdings begreife ich die Unterlassung Bernsteins, denn unter den deutschen Parteigenossen war Bernstein der einzige, der die Befragung Kiautschous gefordert hat. Er schrieb damals: Das war nicht der schlechteste Streich der deutschen Politik. Der Reichslangler Willow hat das mit einem gewissen Gefühl gelegentlich im Reichstage bemerkt und gesagt: Ihr bekämpft die Befragung, aber der hervorragende Theoretiker Bernstein hat ja diese Befragung gebilligt. Wir müssen dagegen protestieren, daß hier durch die Weglassung Kiautschous der Ansehen etwas werden könnte, als wenn die deutsche Sozialdemokratie mit dieser Anschauung Bernsteins einverstanden wäre. Wir müssen scharf betonen, daß wir die Befragung Kiautschous für den wichtigsten Streich halten, den die deutsche Politik in der sogenannten Weltpolitik sich überhaupt leisten hat. (Bravo!)

Reimling-Dresden:

Daß die Fraktion immer für die Trennung von Staat und Kirche eingetreten ist, ist richtig. Damit darf es aber nicht sein Bewenden haben; wir müssen auch Anträge in dieser Richtung stellen, wozu der jetzige Augenblick besonders günstig ist, nachdem es eben der Energie unserer französischen Genossen gelungen ist, in Frankreich die Trennung durchzuführen. Der Toleranzantrag des Zentrums ist nur eine Halbheit, diesem Antrage, der z. B. nur die anerkannten Religionsgemeinschaften berücksichtigt, müssen wir unsere Anträge gegenüberstellen.

Sartmann-Höchst:

Der Zweck unseres Antrages ist, den Abgeordneten aufzugeben, daß sie in Zukunft dafür sorgen, daß sie bei wichtigen Abstimmungen antwändig sind. Es genügt ja, daß sie im Hause sind. Wenn sie sich dann auch nicht gerade im Saale befinden, so werden vor jeder Abstimmung ja Glockenzeichen gegeben, die ein rechtzeitiges Erscheinen ermöglichen. Der im vorigen Jahre angenommene Antrag, in jedem Jahre ein Flugblatt über die Tätigkeit der Fraktion herauszugeben, ist leider in diesem Jahre noch nicht ausgeführt worden. Ich möchte die Fraktion bitten, das in nächsten Jahre nachzuholen.

Bischof-Niederbarnim:

Die Grenze für die Invalidität ist unseres Erachtens viel zu hoch. Wer nur zu einem Drittel erwerbsfähig ist, findet überhaupt keine Arbeit mehr. Eine Verringerung der Feststellung des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes der Landarbeiter ist dringend geboten; der Fraktion möchte ich ein Vorgehen in dieser Richtung empfehlen. In nächster Nähe von Berlin ist z. B. vorgekommen, daß das durchschnittliche Arbeitsverkommen von Landarbeitern nur auf 300 M. festgesetzt wurde! Eine Frau, deren Erwerbsfähigkeit auf 40 Proz. herabgesetzt war, erhielt eine Rente von 8 M.!

Kreiwald-Panlow:

Der Bescheid der Kantauer Genossen stimme ich durchaus zu. Die Entschuldigung, die Bernstein anführte, war so hinsichtlich, daß

er selbst daran nicht glaubt. Auch Genosse Pollenbühne wollte die Sache mit einer Handbewegung abtun. Ich möchte ihn aber daran erinnern, daß im letzten Winter bei einer sehr wichtigen Frage von den Konservativen künstlich die Beschlußfähigkeit herbeigeführt wurde, und daß ihnen das damals nicht gelungen wäre, wenn nur 18 Genossen mehr antworfend gewesen wären. Es fehlten aber z. B. 40 von unseren Abgeordneten! Gerade die Gewerkschaftsführer mühten bei so wichtigen Angelegenheiten tollkühnig anwesend sein. Bernstein hat dann eine Schilderung von der Dummheit des Reichstages gegeben, wie sie schlimmer sein Anarchosozialist geben kann. Trotzdem stimme ich ihm zu, finde aber, daß der Reichstag selbst schuld an den Zuständen ist, weil sich die bürgerlichen Parteien darin fügen, daß man sie lediglich zu Handlangerdiensten benützt. Auf dem Parteitag in St. Gallen wurde gesagt, unsere Abgeordneten müssen ruppiger auftreten. Ich möchte diese Aufforderung jetzt wiederholen. Unsere Abgeordneten müssen bedenken, daß auf einen großen Sieg ein großer Scheitern folgt. Wenn man sich unsere heutigen Minister ansieht, so muß man wirklich sagen, daß sie nicht auf ihren Platz gehören und am besten zu ihren Regimentern zurückversetzt würden. Da würden sie weniger Schaden wie als Minister.

Stadthagen-Berlin:

Was die inneren Angelegenheiten des Reichstages betrifft, so wäre es mir lieb gewesen, wenn seitens der Reichstages nicht angehörenden Genossen etwas schärfer die Notwendigkeit der Erweiterung des Arbeiterkammern betont worden wäre, damit klar wird, daß wir bei unseren Bemühungen in dieser Richtung die Partei hinter uns haben. Wenn Freiwaldt meint, wir sollten ruppiger auftreten, so würde ich mich gern bemühen, das zu versuchen. (Heiterkeit.) Aber damit allein ist es doch nicht getan. Der Genosse vertuscht dabei die Stellung der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie zum Reichstage. Diefelbe Verwechslung liegt meines Erachtens der Resolution Bernstein zugrunde. So gut die Resolution gemeint ist, so verstehe ich in der Tat nicht, wie ein Sozialdemokrat eine solche Resolution begründen kann. Die Resolution will die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf die nichtachtende Behandlung des Reichstages durch die Regierung lenken. Zunächst kann man nicht die Aufmerksamkeit auf etwas lenken, was bereits bekannt ist. Außerdem liegt gar nicht eine nichtachtende Behandlung des Reichstages durch die Regierung, sondern lediglich diejenige Behandlung vor, die die bürgerliche Klasse dem Reichstage angedeihen lassen will. Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß die bürgerliche Klasse den Reichstag, den sie als Instrument für ihre Interessen zu benutzen beabsichtigt, in dem Moment ad acta legt, wo das Proletariat sich seiner bedient. Auf die persönliche Stellung eines Herrn Wälow oder der anderen Minister kommt es dabei gar nicht an. Wichtiger als die in der Resolution angeführten Fragen der auswärtigen Politik scheint mir ferner die Trodenlegung des Reichstages durch Verhinderung der Verhandlungen über Landarbeiter-, Bergarbeiter- und Wollen-Fragen, die in immer größerem Umfange der Zuständigkeit des Reichstages entzogen werden. Ganz und gar muß ich aber dem zweiten Teil der Resolution widersprechen. Die „nichtachtende Behandlung der gewählten Vertreter des Deutschen Reiches“ ist ungleichgültig; denn es kommt uns nicht auf die Personen, sondern darauf an, daß die Rechte des Volkes mißachtet werden, und zwar durch die bürgerlichen Parteien, nicht durch die Regierung. Diese Nichtachtung ist ferner nicht „nur die naturgemäße Folge der schwächlichen Haltung fast aller nichtsozialistischen Parteien“, sondern die natürliche Folge der kapitalistischen Entwicklung und Interessen. Und welches sind denn die Parteien, die Bernstein von seinem Bortwurf ausnehmen will? Die Konservativen oder die Rationalliberalen oder das Zentrum? (Wiederholt.) Die Rationalsozialen meint er! Er kann doch nicht von Parteien sprechen, wenn er hier und da eine Person ansprechen möchte. Man sieht hier wieder, wie wenig es nützt, wenn man allein die idealen Faktoren anruft. In einer seiner ersten Reichstagsreden wies Bernstein auf die armenischen Gesellen hin, schlug mit großer Erregung auf den Tisch und rief die Hilfe Europas an! Trotzdem hat Europa bislang noch nicht geholfen. Es kommt für uns darauf an, die Ursachen der jetzigen Zustände zu ergründen; mit solchen schwächlichen Resolutionen wird aber nichts erreicht. Wir wenden uns nicht gegen die Regierung, sondern gegen die kapitalistische Klasse, deren Werkzeug die Regierung ist. Ich bin auch ganz und gar nicht damit einverstanden, daß die bürgerlichen Parteien die Rückkehr zum persönlichen Regiment herbeiführen. Ich bitte Sie, die Resolution abzulehnen, weil sie schwächlich und überflüssig ist. (Beifall.)

Damit schließt die Debatte.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Bernstein:

Dem Genossen Stadthagen erwidere ich, daß ich den Reichstag nicht für eine akademische Versammlung, sondern für eine politische Vertretung halte, die politische Fragen zu erörtern hat. Freiwaldt sagt, daß meine Ausführungen an Anarchosozialismus erinnern, aber ich gehe doch von einer ganz anderen Auffassung aus, ich weende mich gerade gegen eine Schwächung des Parlaments. Ledebour hat mit einem Vorwurf gemacht, daß ich an das Wort Lambergers erinnert habe; selbstverständlich bezog sich das Wort nicht auf unsere Partei. Ich habe nur gesagt, daß das Gefühl an diesen Ausdruck erinnert, der der Machtlosigkeit der nationalliberalen Partei entspreche. Was die Quantitätsfrage betrifft, so bemerke ich, daß das, was ich darüber geschrieben habe, mit den gleichen Worten, nur noch schärfer gesagt ist in einem angesehenen österreichischen Partei-Organ. Mein Vorschlag bedeutete einen Gegensatz gegen die Interessen Aufstands in Oskan.

Das Schlusswort erhält

Fürher:

Den Genossen Adler möchte ich bitten, wenn er der Meinung ist, daß unsere Fraktion nichts Genügendes leistet in der Bekämpfung der Unterdrückungspolitik in Nordschleswig, und in der Folge sein Material zuzuschicken. Es ist falsch, daß wir auf Anregungen der Gegner warten, um im Reichstage vorzugehen. Unsere Anträge, Interpellationen und Resolutionen beweisen das Gegenteil. Ich glaube, die Fraktion befindet sich in voller Uebereinstimmung mit der Partei. Ein grundsätzlicher Gegensatz ist nirgends zutage getreten. Wenn der eine oder andere wünscht, daß wir aggressiver vorgehen sollen, um so ist das Meinungsache. Jedenfalls steht die Fraktion innerhalb der Partei, ist ein Glied von ihr. Die Ansicht, daß unsere Abgeordneten nur eine moluskenartige Masse hinter sich haben, ist vollkommen unrichtig. Ich hoffe, daß wir weiter gemeinsam im Interesse der Arbeiterklasse und ihres Emanzipationskampfes unsere Tätigkeit nach allen Seiten hin entwickeln werden. (Bravo.)

Es folgt die Abstimmung über die vorliegenden Anträge.

Antrag 81 war nicht genügend unterstützt.

Die Anträge 82, 83, 85, 86, 125*), 130 und 139 werden angenommen; die Anträge 84 und 144**) (Resolution Bernstein) werden abgelehnt.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

*) 125. Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Die Kreis-Parteiversammlung des 18. hessischen Kreises ersucht die Fraktion im Reichstage für Arbeiterkammern einzutreten.

130. (Punkt 3 der Tagesordnung.)

Der in Jena tagende Parteitag verpflichtet die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages, bei entscheidenden Abstimmungen im Reichstage vollständig zu erscheinen.

**) 144. Resolution zu: Parlamentarische Tätigkeit. Punkt 4 der Tagesordnung.

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes auf die nichtachtende Behandlung des Reichstages durch die Reichsregierung, wie sie sich in neuerer Zeit immer deutlicher zeigt und insbesondere bei Fragen der auswärtigen Politik, wie der Karoliner-Handel und die Stellungnahme zu russisch-japanischen Konflikt, jetzt wieder mit all ihren Schäden und Gefahren zutage getreten ist. Der Parteitag verurteilt

Es folgt Punkt 5 der Tagesordnung:

Die Maiseier.

Hierzu liegen die Anträge 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 118, 127, 143 und 147 (Resolution Fischer) vor.

Das Wort erhält der Referent

Richard Fischer-Berlin:

Parteienoffizinen und Genossen! Unsere diesjährige Maiseier-Debatte hängt naturgemäß zusammen mit der Debatte auf dem Kölner Gewerkschaftskongress. Wäre die Diskussion in Köln nicht gewesen, dann würden wir wahrscheinlich ein ganz kurzes Referat und vielleicht gar keine Diskussion haben und uns einfach damit begnügen, die vorjährige Resolution von neuem anzunehmen. In Köln ist — darüber brauchen wir uns nicht zu streiten — ein gewisser Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften zutage getreten, ein Gegensatz, den man nicht so formulieren darf, die Gewerkschaftsbewegung, die Beschlässe des Kölner Kongresses stehen im Gegensatz zu der Partei und ihren Beschläffen, sondern den man höchstens dahin präzisieren darf, daß man sagt, von seiten einzelner Gewerkschaftsführer und Gewerkschaftsmitglieder sind in Köln Auffassungen und Meinungen vorgebracht worden, die in einem gewissen Widerspruch zu den Auffassungen der Partei-Genossen über die Art und Weise stehen, wie die Partei die Sache geregelt hat. Auch auf dem Gewerkschaftskongress, ebenso wie auf unseren Parteitag, traten verschiedene Meinungen zutage. Die förmliche Lektüre der Holzarbeiter hatte beantragt, auf den Järscher Beschluß zurückzugehen und den Gewerkschaften die Pflicht aufzuerlegen, jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten von zentralorganisierten Arbeitern zur Durchführung der Arbeitsruhe gemacht wird. Ein anderer Antrag ging dahin, soviel als möglich die Maiseier durch Arbeitsruhe zu begeben. Die Vorstände der Wiesbadener Gewerkschaften haben die Forderung aufgestellt, daß die Zentralverbände in ihren Grundforderungen auch die der Freigabe des ersten Mai aufnehmen sollten. Die Zigarbeiter von Berlin und Erfurt wollten ausdrücklich, daß gegen jede Abschwächung der Maiseier eingeschritten wird. Dann kam die eigentliche Debatte beherrschende Resolution Schmidt, die den Standpunkt der Generalkommission vertrat und darin gipfelte, daß der Gedanke an Arbeitsruhe seitens der Gewerkschaften überhaupt aufgegeben werde, daß die Maiseier stattfinden solle als eine Demonstration der Arbeiterklasse in Form einer Abendfeier und daß der Wert dieser Demonstration in dem einheitlichen Charakter der Feier liegen solle. Demgegenüber erklärt die Resolution Glode den Standpunkt der Partei, wie er in Bremen und Amsterdam zum Ausdruck gekommen ist, auch für die Gewerkschaften als maßgebend mit dem ausdrücklichen Wegweiser, mehr als bisher für die strikte Durchführung der Arbeitsruhe Sorge zu tragen. Die Resolution von Götting endlich verlangte, daß eine Konferenz mit der Parteileitung einberufen werden solle, um auf dem Boden der Parteitagsschlußbeschlüsse eine einheitliche Forderung der Maiseier gemeinsam zu bewerkstelligen.

Eine Beschlußfassung ist nicht erfolgt, alle Resolutionen wurden zurückgezogen, und zwar zurückgezogen, wie Glode ausdrücklich erklärte, weil nach seiner Auffassung einerseits schon die Aussprache genügt, um den einzelnen Verbänden die Rücksicht zu geben, und andererseits zurückgezogen in der ausdrücklichen Absicht, daß die gegnerische Presse und die gegnerischen Parteien keinen Anlaß haben sollten, aus dem Abstimmungsverhältnis die eventuelle Schlussfolgerung zu ziehen, als ob ein Gegensatz gegen die Partei bestünde, der tatsächlich nicht beabsichtigt war. Und der Vorsitzende Bömelburg hat ausdrücklich als Schlussfolgerung aus der Debatte als Auffassung des Kongresses konstatiert, daß die Gewerkschaften die Verpflichtung anerkennen, die Maiseier auf Grund der von den Parteitagsschlußbeschlüssen Form zu begeben, und zwar auch in der Weise, daß das Eintreten der Gewerkschaften für die Arbeitsruhe größer sein soll als bisher; zugleich müsse aber als Meinung des Kongresses die Auffassung betont werden, daß vor dem nächsten internationalen Kongress Partei und Gewerkschaften sich über eine bestimmte gemeinsame Stellung zur Maiseier verständigen sollten, so daß man auf dem nächsten internationalen Kongress die Meinung der deutschen Delegation als die Meinung der deutschen Arbeiterklasse auffassen könne. Anzeichen war also das Ergebnis der Kölner Debatten eine völlige Uebereinstimmung zwischen Partei und Gewerkschaften, und auch in bezug auf eine Reihe anderer Punkte hat der Gewerkschaftskongress wiederholt Gelegenheit genommen, das gemeinsame Fühlen und Denken mit der politischen Partei zu betonen.

Aber dennoch wäre es ein Fehler, wenn wir uns verhehlen wollten, daß das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften nicht überall so ist, wie es im Interesse beider Bewegungen sein sollte (Sehr richtig!), und es ist eine Hauptaufgabe dieses Parteitages, sich zu fragen, was müssen wir tun, um in Partei und Gewerkschaften sowohl in der speziellen Frage der Maiseier, wie in der allgemeinen Auffassung der Grundfragen eine völlige Einheitlichkeit herbeizuführen. Es wäre ein großer Fehler, wenn wir uns darüber täuschen wollten, daß in Köln seitens einiger Gewerkschaftsführer Ausführungen gemacht sind, die mit einer gewissen erschreckenden Klarheit und vor Augen führen, daß in den Gewerkschaften da und dort — ich möchte sagen — der sozialistische Geist etwas verloren gegangen ist. (Sehr richtig!) Ich sehe dabei selbstverständlich von allen rhetorischen Entgegnungen und gewissen geschmacklosen Uebertreibungen ab, wie sie z. B. die von den eigenen Verwesenen bereits zurückgewiesenen bekannten Äußerungen Leinpeeters darstellen. Auch die viel zitierte Äußerung Bömelburgs, „um die Gewerkschaften auszubauen, dazu bedürfen wir der Ruhe“, ist sehr mißverständlich worden. Aus der Persönlichkeit von Bömelburg, aus der Stellung seiner Gewerkschaft in all den Jahren kann man nicht den Schluss ziehen, daß er damit hat sagen wollen: wir haben jetzt auf gewerkschaftlichem Gebiete soviel erreicht, daß wir große Kämpfe nicht mehr führen, sondern uns mit der Festhaltung des Erreichten begnügen müssen. Diese Folgerung kann man nicht ziehen, wenn man nicht ein Unrecht begehen will. Man braucht bloß die Kampftätigkeit seiner Gewerkschaft ins Auge zu fassen. In demselben Maße wie der Maurerverband gewachsen ist, mit dem allgemeinen Aufsteigen der Arbeiterklasse, ist auch seine Kampftätigkeit gewachsen, denn schließlich hängt ja die Kampftätigkeit nicht ab von dem Willen der Mitglieder, sondern der Kampf wird ihnen von den Gegnern aufgegeben. Genau dasselbe wie für die Maurer, trifft zu für die Holzarbeiter, Metallarbeiter und andere Verbände, wie Deinhardt in der „Neuen Gesellschaft“ auf Grund von Zahlen nachgewiesen hat. Also, solche Aussprüche können nicht die Grundlage der Diskussion bilden, wenn wir uns darüber unterhalten, ob und welche Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaften bestehen.

Aber wir haben doch die Verpflichtung, und gewisse andere Äußerungen vor Augen zu halten und uns zu fragen, wie es möglich ist, daß von Gewerkschaftsführern, die aus der Partei herausgewachsen sind und in der Partei ihre volle Pflicht getan haben, solche Äußerungen fallen können. So sagt z. B. der Vertreter des Zimmererverbandes Genosse Bringsmann mit bezug auf die Maiseier: „Als Selbstzweck mag die Maiseier der Teufel holen. Wir als Gewerkschaftler haben alle Ursache, vom rein gewerkschaftlichen Standpunkte die Frage aufzuwerfen, was hat die Maiseier den Gewerkschaften bisher genutzt? Man hat behauptet, die Maiseier sei ein wirksames Agitationsmittel für die Gewerkschaften. . . . Alle, die das behaupten, möchte ich erfragen, einen einzigen Gewerkschaftler auf den Tisch des Hauses niederzulegen, der durch die Maiseier für die Gewerkschaften gewonnen worden ist. Nach meinen Erfahrungen hat die Arbeitsruhe am 1. Mai in den Gewerkschaften gewirkt wie ein Fremdkörper im

diese nichtachtende Behandlung der gewählten Vertreter des Deutschen Reiches auf das schärfste, indem er zugleich betont, daß sie nur die naturgemäße Folge der schwächlichen Haltung fast aller nichtsozialistischen Parteien im Reichstag ist, die damit die Hauptverantwortung für die Rückkehr zum persönlichen Regiment im Deutschen Reich tragen.

Ed. Bernstein und 22 Genossen.

menschen Organismus“. Weiter sagt er: „Wir müssen gegen die Beschlässe der internationalen Kongresse und der sozialdemokratischen Parteitage (die uns auffordern, und unumwunden und konsequent erklären, die Maiseier, in welcher Form sie auch gefeiert werden möge, ist kein gewerkschaftliches Aktionsmittel, die Arbeitsruhe am 1. Mai als Programmpunkt der Gewerkschaften ist aber ein Mittel, die Gewerkschaften ganz außerordentlich zu schädigen.“ Und in einer Berliner Rede, die er gleichsam als Rechtfertigung seines Verhaltens auf dem Gewerkschaftskongress gehalten hat und die als Broschüre unter dem Titel „Der fünfte Gewerkschaftskongress und der Klassenkampf in Deutschland“ erschienen ist, hat er dieselben Gedanken weiter ausgeführt und sie wiederholt, und u. a. auch Stellung genommen gegen die Partei, wie man es von einem Parteigenossen nicht erwarten dürfte. Er spricht die Meinung aus, daß die Partei selber der Maiseier gegenüber einen Standpunkt einnehme, der nicht von dem Gedanken diktiert sei, als ob es uns ernst wäre mit dem Bestreben. Er geht völlig irre in der Begründung, er fährt erstens an, daß ich auf dem Parteitag 1902 gesagt habe: „Zu einer Kraftprobe zwischen wirtschaftlicher Macht der Unternehmer und der Arbeiterklasse wollen wir die Maiseier nicht werden lassen.“ Daraus schließt er, vom Parteistandpunkt aus solle demnach die Arbeitsruhe nicht den Zweck haben, die Klassenforderungen des Proletariats und den Weltfrieden durchzuführen. Tatsächlich habe ich doch nur den allgemein in der Partei gültigen Standpunkt vertreten: in der Zeit der wirtschaftlichen Depression wäre es ein Wahnsinn von uns als Partei, das zu tun, was die Gegner von uns verlangen, nämlich die Arbeitsruhe zu proklamieren. Weiter heißt es, Gerich habe denselben Gedanken ausgesprochen, er habe gesagt: „Wir sind in der Lage, unsere Wünsche, Anschauungen und Grundzüge in ganz anderer Weise zum Ausdruck zu bringen als durch die Maiseier.“ Diese Tatsache, meint Bringsmann, beweise unumstößlich, daß unsere Partei der Maiseier keine große Bedeutung beimißt, weder als Propagandamittel, noch als Aktionsmittel. Gerich hat einfach gegenüber den damaligen Einwendungen aus Oesterreich — die Oesterreicher haben von Anfang an den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert und das Gleiche von uns verlangt, wir aber haben gesagt, in Oesterreich gelten andere historische und politische Momente, historisch, weil da von Anfang an der 1. Mai ein Volkstag war, politisch, weil da das allgemeine Wahlrecht nicht vorhanden ist und die Arbeiter auf andere Weise ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen haben — Gerich hat also diesen Einwendungen gegenüber erklärt, daß wir die Maiseier nicht als einziges Mittel brauchen, sondern daß wir auch andere Mittel haben und in Zeiten wirtschaftlicher Depression auf dieses Mittel verzichten können. Bringsmann sagt auf Seite 12 der Broschüre — und da kommen wir auf eine Auffassung, die mit der allgemeinen Parteiauffassung im Widerspruch steht: „Die Gewerkschaft ist unter den gegebenen Verhältnissen das einzige Mittel (hört! hört!), um die Lage der Arbeiterklasse zu verbessern.“ Diese Äußerung erklärt sich daraus, daß er vorher ausgesprochen hat, auf dem Wege der Gesetzgebung sei in absehbarer Zeit für die Verbesserung der Lage der Arbeiter nichts zu erreichen. Die Maschinen der Arbeiterschaft-Gesetzgebung sei in Deutschland seit Jahren eingetroffen, das Interesse der Arbeiter an der Gesetzgebung sei im Abnehmen begriffen und daher fürchte man in Parteitagen, daß damit auch das Interesse an der politischen Bewegung unter den Arbeitern schwinde. Daraus zieht dann Bringsmann den Schluss, daß heute nur noch durch die gewerkschaftliche Organisation und Aktion Erfolge für die Arbeiterklasse erzielt werden können. Das ist eine Schlussfolgerung, gegen die die Partei allen Anlaß hat, sich mit aller Macht zu wenden, und von der ich überhaupt nicht verstehe, daß sie gerade heute gezogen werden kann, wo die Volksgesetzgebung gezeigt hat, wie durch einen einzigen gesetzgeberischen Akt jahrzehntelange Kämpfe und Opfer, jahrzehntelange Erfolge der Gewerkschaftsbewegung mit einem Schlage hinweggerafft werden können. (Sehr richtig!) Gegen eine solche Auffassung der Gewerkschaftsbewegung Stellung zu nehmen, haben wir allen Anlaß.

Nun gebe ich zu, man braucht solche Uebertreibungen nicht tragisch zu nehmen. Gewiß, aber es wäre auch fehlerhaft, achlos an ihnen vorüberzugehen, denn sie sind Symptome einer Krankheit, die vorläufig im Körper der deutschen Arbeiterbewegung erst latent vorhanden ist. Es ist deshalb unsere Aufgabe, Heilung für diese Krankheit zu suchen, um sie zu kurieren, ehe alle übrigen Erscheinungen auf der Oberfläche des Körpers aufgetreten sind.

Nun ich glaube, wir brauchen keine besondere Sorge zu haben, wenn wir uns den Verlauf der Gewerkschaftsveranstaltungen vor Augen führen, die unmittelbar nach Schluß des Gewerkschaftskongresses stattgefunden haben. Wenn wir den Verlauf des Bergarbeiter-Kongresses, der Generalversammlung der Metallarbeiter in Leipzig uns vor Augen führen, haben wir allen Anlaß, anzunehmen, daß Gefahren schwerwiegender Natur nicht vorhanden sind; aber Aufgabe der Partei muß es sein, die Gewerkschaftsmitglieder, die bereits gegen diese Auffassung in den eigenen Reihen Protest erhoben haben, von unserer Seite zu unterstützen. (Sehr richtig!) Man tut am besten, glaube ich, man spricht hier seine Sorgen ganz offen aus und da habe ich — ich weiß nicht, ob es absolut richtig ist, aber in weiten Kreisen wird diese Meinung geteilt — die Auffassung, daß namentlich von einzelnen Verbänden — ich will mal den Metallarbeiterverband als Beispiel nehmen — darin sehr gestützt wird, daß die bisherigen Bestrebungen, die Gewerkschaften im sozialistischen Geiste zu lenken und zu leiten, sehr stark in den Hintergrund getreten sind. (Sehr richtig!) Es ist gewiß kein feindlicher Gegensatz gegen die Partei in dieser Gewerkschaft zu konstatieren, aber immerhin ist den Gewerkschaftsbeamten die Pflicht anzulegen, ihre gesamte Arbeitskraft nur in den Dienst der Gewerkschaft zu stellen, und soweit sie Zeit haben zur Agitation, diese Agitation für die Gewerkschaften zu treiben und nicht für die Partei. Wir haben auf dem Gewerkschaftskongress auch aus den Reihen der Metallarbeiter heraus die Klagen gehört, daß es die Verbandsfunktionäre wären, die namentlich in bezug auf die Arbeitsruhe immer abgewiegelt hätten. Unser Vorsitzender Genosse Leber war es ja, der in Leipzig gegen seinen Verband diesen Vorwurf erhoben hat. — Fehler und Bringsmann wenden sich gegen die Maiseier, weil sie kein brauchbares Kampfmittel sei zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Als ob das ganze Streben der Gewerkschaften damit erschöpft wäre! Gewiß, es ist die erste Aufgabe der Gewerkschaften, auf dem Boden zu wirken, gewiß, es ist die beste Agitationsmethode für die Gewerkschaften, die indifferenten Arbeiter darauf hinzuweisen, wie durch diese gewerkschaftliche Agitation augenblickliche Vorteile erreicht werden, wie es gilt den Kampf zu führen für höhere Löhne, für kürzere Arbeitszeit, für bessere Arbeitsbedingungen, weil es das erste und einzige Mittel ist, die Widerstandskraft der Arbeiter zu stärken. Aber dadurch unterscheiden wir uns von den englischen und amerikanischen Gewerkschaften, daß für uns dieser Kampf nur Mittel zum Zweck, daß er nicht Selbstzweck sein darf. (Sehr richtig!) Die Hebung der Widerstandskraft der Arbeiter, die Veranschaulichung der Unternehmung, die Reduzierung des brutalen Unternehmerrandpunktes, die Durchführung eines sozietagen konstitutionellen Verhältnisses auf dem Gebiete des Arbeitsprozesses, das sind gewiß die ersten Aufgaben der Arbeiterbewegung, aber wenn die Gewerkschaften in dem Geiste weiter geleitet werden sollen, wie sie bisher geleitet worden sind und geleitet werden müssen, dann darf darüber niemals ein Zweifel gelassen werden unter den Mitgliedern der Gewerkschaften, daß es noch weit höhere Aufgaben für die Arbeiter gibt und daß all diese Verbesserungen der augenblicklichen Lebenslage der Arbeiter sofort wieder weggeschwemmt werden können, wenn die Arbeiter es übersehen, auf politischem Gebiete genau so ihren Mann zu stellen, wie auf gewerkschaftlichem Gebiete. (Sehr richtig!) Von diesem Gedanken ging die Generalversammlung der Metallarbeiter in Leipzig aus, als sie es ausdrücklich ansprach, daß sie mit der Haltung der Vertreter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auf dem fünften deutschen Gewerkschaftskongress sowohl in der Frage der Maiseier wie der des Klassenkampfes — über den wir später reden werden — nicht einverstanden sei.

Nun hat Genosse Robert Schmidt in Wien als Grund, warum die Generalkommission die Waiseier auf die Tagesordnung der Gewerkschaftsversammlung gesetzt hatte, hauptsächlich angegeben: Die Waiseier habe allmählich einen Charakter angenommen, daß den Gewerkschaften große finanzielle Opfer auferlegt seien und sie so gezwungen seien, auch einmal selbständig ihren Standpunkt in dieser Frage zu präzisieren. Ich glaube, diese Auffassung ist nicht richtig. Wenn wir die amtliche Statistik sowie die Statistik der Generalkommission, wie sie sich auf Seite 80 ihres letzten Protokolls findet, in Betracht ziehen, so meine ich, muß man daraus, wenn man objektiv urteilt, die Schlussfolgerung ziehen, daß — man mag sonst zur Waiseier stehen wie man will — doch auf alle Fälle die Opfer, die durch die Waiseier der Gewerkschaftsbewegung auferlegt sind, nicht der Anlaß sein können, irgendwie in Gegenwart zur Partei zu treten. (Sehr richtig!) Nach der Aufstellung der Generalkommission sind im Jahre 1901 zwei Aussperrungen mit 11 Beteiligten vorgekommen, 1902: 12 Aussperrungen mit 1027 Beteiligten und 1903: vier Aussperrungen mit 629 Beteiligten. Die offizielle Statistik des Reichsamts des Innern hat viel größere Ziffern und ich glaube, wir tun gut, diese größeren Ziffern zugrunde zu legen. Nach dieser Statistik sind 1901 26 Aussperrungen vorgekommen mit 1603 Beteiligten und 6752 Aussperrungstagen; 1902 29 Aussperrungen mit 4378 Aussperrten und 1903 25 Aussperrungen mit 5710 Beteiligten. Die Gesamtziffer der Aussperrungstage in diesem Jahre beträgt 16 000, bringt eine ganz erhebliche Ziffer, und ein Opfer, das man nicht gering, wenn man es nicht muß, das man vermeidet, wenn es sein kann. Aber dennoch wird mit wohl kein Gewerkschaftler widersprechen, wenn ich sage, daß im Verhältnis zur gesamten Gewerkschaftsbewegung das keine Ziffern sind, die irgendwie es rechtfertigen, aus diesem Gesichtsstandpunkt heraus die Stellung der Gewerkschaften zur Waiseier zu ändern. (Sehr richtig!) Ich bin gewiß der letzte, der es unterläßt, welche verantwortungsvolle Aufgabe gerade in bezug auf das Klassenwesen und die finanzielle Sicherheit die Gewerkschaftsbeamten haben, erkenne vielmehr durchaus an, daß die Gewerkschaften bei allen ihren Aktionen auch den finanziellen Gesichtspunkt ins Auge zu fassen haben. Aber die letzte, entscheidende Rolle darf er nicht spielen (Sehr richtig!), darf der Geldbeutel weder für die Gewerkschaften noch für die Partei spielen. (Erneute Zustimmung.) Es kam unter Umständen die Ehre und die Selbstachtung gebieten, ohne Rücksicht auf die finanziellen Folgen einen Kampf aufzunehmen. (Sehr richtig!) Und das gilt auch für die Waiseier.

Genosse Schmidt hat sich auf dem Gewerkschaftskongress mit vollem Recht darauf berufen, daß seine Stellung wiederholt auch von der Partei eingenommen worden sei. Gewiß hat auch die Partei die Forderung schon einmal aufgestellt, die Waiseier auf den ersten Sonntag im Mai zu verlegen oder nur am Abend des ersten Mai Demonstrationen stattfinden zu lassen. Alles das zugegeben, so unterscheiden sich die Beschlüsse der Parteitage von dieser Auffassung des Genossen Robert Schmidt doch dadurch, daß sie sich, ich möchte sagen, immer in aufsteigender Linie bewegt haben. So wie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse es einigermassen gestatteten, haben die Parteitage den Standpunkt eingenommen, daß es Pflicht der deutschen Arbeiterklasse sei, im Sinne der internationalen Beschlüsse ihre Waiseier zu gestalten. Es haben dabei die Parteitage — ich möchte sagen wenn der Ausdruck nicht so oft gebraucht würde — eine immer radikalere Stellung hierin eingenommen.

Was aber R. Schmidt vorschlägt, ist geradezu ein Abbringen von der bisher erreichten Kampfeslinie, ein Zurückgehen weit hinter den Ausgangspunkt. (Sehr richtig!) — Und ich fürchte, diese freiwillige Aufgabe einer gewonnenen Position, zu der gar kein äußerer Anlaß vorliegt (Sehr richtig!), da die Waiseier gerade immer demonstrativer wird, da die Arbeiterklasse an Umfang zugenommen hat, da der Widerstand der Gegner gegen die Arbeiterklasse geringer geworden ist von Jahr zu Jahr — selbstverständlich immer je nach der wirtschaftlichen Konjunktur, ob wir uns in aufsteigender oder absteigender Geschäftskonjunktur befinden — angesichts aller dieser Umstände bedeutet ein Zurückweichen geradezu eine Aufforderung an die Gegner, die da glauben müssen, daß die Energie und Kampfeslust des Proletariats gesunken ist, ihre gesamten Kräfte zusammenzufassen, um der Arbeiterklasse eine Niederlage zu bereiten. Sie müssen sich sagen: stellen wir uns zusammen gegen die Arbeiterklasse, sie begnügt sich bereits damit, nur das Erreichte zu verteidigen, ihre Angriffslust, ihre Angriffsmacht ist gesunken — ergo: wenn wir Gegner nur eine Minute gegen die Arbeiter unternehmen, werden wir auf der ganzen Linie erfolgreich sein. Die Folge einer solchen Stellungnahme wäre also geradezu eine Aufforderung an unsere Gegner, die Arbeiterbewegung zurückzubringen. (Lebhafte Zustimmung.) Und es ist nicht bloß ein Gebot der politischen Ehre, es ist auch ein Gebot politischer Klugheit, die die eigene Kraft genau kennt und sie abwägt gegen die Kraft der Gegner, die auch genau weiß, was die Gegner wollen, nicht bloß bei den bisherigen Parteitagebeschlüssen über die Waiseier stehen zu bleiben, sondern unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der eigenen Kraft die Parole auszugeben, vorwärts zu gehen, bis wir die Waiseier erobert und die Gegner bezwungen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Ich meine, auch die Gewerkschaften müssen sich in dieser Frage vollständig der Partei anschließen. (Sehr richtig!) Schließlich ist doch die Waiseier auch ein Stück sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses, das die Gewerkschaften ablegen (Lebhafte Zustimmung.), womit sie ihre Solidarität mit dem internationalen Sozialismus bekräftigen (Sehr richtig!), daß sie mit uns, so verschieden auch die Aufgaben und der Weg sein mögen, als letztes Ziel nur das eine kennen: die Befreiung der bürgerlichen Gesellschaft, der Zusammenbruch des Lohnsystems, die Übernahme der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft. (Bravo!) Wenn sich nun solche Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften gleichwohl ergeben, müssen wir bei der Frage, wie Abhilfe zu schaffen ist, untersuchen, wie es kommt, daß gerade jetzt die Gewerkschaften eine solche Stellung einnehmen.

Man mag über die Entstehungsgeschichte des Waiseierbeschlusses denken, wie man will, das eine, daß der Gedanke der Waiseier 1890 den ein eklektischer Punkt in Deutschland gezündet hat, beweist, welche gewaltige Bedeutung, welche eminente Werkkraft der Gedanke in den Massen hat. Hunderte Jahre sind darüber vergangen, auf- und niedersteigende Geschäftskonjunktoren sind gekommen und gegangen, politisch bedrängte und kritische Momente haben uns vor schwere Aufgaben gestellt: nie aber ist der keimige Gedanke aufgetaucht, das Ziel aufzugeben, weil der Widerstand der Gegner zu groß sei. Im Gegenteil, in dem Maße, wie sich die Gegner zur Wehr setzen, ist auch bei uns der Gedanke des Widerstandes lebendig geblieben. Ohne Heberzeugung kann ich sagen: niemals seit 1800 ist in Deutschland die Waiseier in solchem Umfang und so rein im Parteicharakter begangen worden, als gerade in diesem Jahre. (Lebhafte Zustimmung.) Da wäre es ein Akt des politischen Selbstmordes (Erneute Zustimmung), gerade jetzt die Waiseier abzuschaffen.

Ich muß offen bekennen, ich verheie es nicht, wie gerade jetzt jemand als Parteigenosse, wo die Gegner nach jedem zufälligen Stimmenrückgang bei einer Radikalisierung als Beweis dafür ausgeben, daß die sozialdemokratische Bewegung verhandelt, auf dem Gebiet der Waiseier zurückgehen will.

Wie immer man sich diese Erscheinung erklären mag, jedenfalls darf sie nicht zurückgeführt werden auf den guten oder bösen Willen, auf die Intelligenz oder die Ergebenheit des Einzelnen an die Partei. Die gute Absicht, der Partei zu nähern, ist ohne weiteres dabei voranzusetzen. Unsere Aufgabe ist nicht zu tabeln, sondern zu überzeugen, daß ein anderer Weg beschritten werden muß im Interesse der Partei und der Gewerkschaften.

Ich sehe den Hauptgrund für die Differenzen in folgendem: Unsere Parteibewegung ist allmählich so gewachsen, daß jeder, der als Parteigenosse seine Pflichten erfüllt, seine ganze geistige und körperliche Energie aufbraucht im Kampfe für die Ziele der Partei. Und dieser Kampf, der von den kleinsten Alltätigkeiten befreit, bringt es mit sich, daß die Mühseligkeiten des täglichen Kleinrieges um die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter unterschätzt werden. Auf

der anderen Seite aber ist eine fortwährende Beschäftigung mit kleinen Kämpfen erforderlich, mit Bestrebungen, Branchenstreiks usw., und das erfordert eine solche Hingabe, daß der Gewerkschaftsbeamte für den politischen Kampf gar keine Zeit hat. Aber diese beständige Beschäftigung mit Gewerkschaftsfragen, das löbliche Bestreben, die Berufsinteressen der Arbeiter mit aller Energie zu vertreten, es verleitet auch dazu, den großen Kampf um politische Ziele zu unterlassen. Ja, die Schlussfolgerung wird gezogen: der ganze große Kampf, alles was ihr erreicht ist so geringfügig, so kleinlich gegenüber den Erregenschaften der Gewerkschaftsbewegung, daß eigentlich sie nur noch als wichtig für die Arbeiterklasse erscheint. Dann aber weiter: Im Wesen jeder Gewerkschaft liegt ein Stück Egoismus, liegt das Bestreben, in erster Linie die eigenen Gewerkschaftsinteressen in den Vordergrund zu schieben. (Sehr richtig!) Es liegt auch im Wesen der Gewerkschaften begründet, daß sie ihre Interessen unter Umständen auf Kosten anderer Verufe zu wahren suchen, ja daß sich hier und da ein gewisser Hang zu einer Art Zünflichkeit geltend macht. Es liegt für sie die Verhängung vor, sich abzuscheiden, wie sich im Mittelalter die Zünfte abgespalten haben. Ich mache den Gewerkschaften deswegen keinen Vorwurf; es fällt mir gar nicht ein zu behaupten, diese Gewerkschaftler seien Reaktionäre oder Egoisten. Rein, die Gewerkschaftsidee hat als natürliche Konsequenz diesen Gewerkschaftsegoismus; aber auf der anderen Seite muß neben diesen keinen Auswüchsen als korrektil die große Aufgabe der allgemeinen Arbeiterbewegung lebendig gemacht werden. Ich will mit diesen Ausführungen durchaus nicht behaupten, daß die Gewerkschaftsmitglieder persönlich Zünftler seien, aber die sozialistischen Theoretiker haben in dieser Beziehung einen weiteren Gesichtskreis als diejenigen, die mitten im Tageskampf stehen. Nehmen wir z. B. die Buchdrucker! Gewiß die geschlossenen, leistungsfähigste Organisation, die wir haben, eine Organisation, die Großartiges erreicht hat. Diese Gewerkschaft hat in der Tariffrage gewiß bahnbrechend gewirkt. Die große Mehrheit der Partei wird mit mir der Ansicht sein, daß jede Gewerkschaft das Bestreben haben muß, zu Tarifen zu gelangen. Es handelt sich nur darum, wieviel der Einfluß der Gewerkschaften bei diesen Verträgen zum Ausdruck gebracht werden kann. Die Tariffrage ist also keine Prinzipien-, sondern eine Machtfrage. Also auch die Buchdrucker haben großes geleistet. Aber man kann bereits eine ganze Reihe von zünftlerischen Anwendungen in dieser Organisation beobachten. Das Arbeitsgebiet wird nach Möglichkeit eingegrenzt und jeder Fremde ferngehalten. Zur Vermeidung unserer modernen großen Verfein z. B. würden eigentlich in erster Linie die Maschinenbauer berufen sein. Gewiß haben die Buchdrucker das Recht, dafür zu kämpfen, daß ihnen dies Arbeitsgebiet vorbehalten bleibt. Doch man über die allgemeine Entwicklung ins Auge, so muß man sagen, daß diese Forderungen den Gegebenen der modernen Gesellschaft widersprechen. Ebenso liegt es mit der Lehrlingsfrage. Vom individuellen Standpunkt der Buchdrucker aus ist es ganz richtig, daß sie gegen die Lehrlingszünfterei auftreten, weil dadurch schlechte Gehältnisse herangebildet werden, die zum Kampf untauglich sind und wegen ihrer großen Zahl lohnendend wirken. Und doch macht sich auch hier derselbe Gedanke geltend, der im Mittelalter der Abschließungspolitik der Zünfte zugrunde lag. Was würden wir als Sozialdemokraten sagen, wenn sämtliche Verufe solche Grundzüge praktizieren würden?

Mit alledem will ich nur zeigen, wie notwendig es ist, daß die Gewerkschaften im sozialistischen Sinne geleitet werden und daß bei allen Aktionen der sozialistische Gedanke im Auge behalten wird. Ganz ähnlich verhält es sich auch mit dem Kampf gegen die Maschine, die in einzelnen Verufen gefährt wird. Die Buchdrucker haben vollständig recht, wenn sie verlangen, daß die Einführung der Maschinen nicht auf ihre Kosten erfolgt. Unrecht aber ist es, wenn sie Forderungen aufstellen, die geradezu auf eine Verhinderung der Einführung der Maschinen hinauslaufen, wie es in Amerika und England an der Tagesordnung ist. Die moderne Entwicklung kann durch die Gewerkschaften nur einmal nicht aufgehoben, sondern nur in gewissen Grenzen korrigiert und den Arbeitern nutzbar gemacht werden. Daß diese Gefahr auch von gewerkschaftlicher Seite anerkannt wird, beweist ein Artikel Eins, der gewiß einer unserer überzeugtesten, opferwilligsten und beständigsten Gewerkschaftler ist, in den „Sozialistischen Monatsheften“. Es heißt da: „Nach Wien kann ich nur sagen: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung steht vor der Gefahr, in die Bahnen der englischen Gewerkschaftsbewegung hineinzuliegen. Die Führer der großen Gewerkschaften fangen an, wie in England, die Stellungnahme zu allgemeinen Fragen rein rechnerisch zu erwägen; mehr und mehr tritt das ideale Moment in den Hintergrund.“ Wenn die Gewerkschaftler ihr Gewissen erforischen, so werden sie diese Gefahr nicht mehr ableugnen können, und alle, die sozialistisch denken und fühlen, werden sich darin einig sein, daß der Entwicklung in dieser Richtung einiegel vorgehoben werden muß. Deshalb meine ich, ist es die bringende Pflicht der in den Gewerkschaften tätigen Parteigenossen, ihr Augenmerk darauf zu lenken, daß sie neben der strengen Erfüllung ihrer Pflichten gegen die Gewerkschaften auch für die Verbreitung der sozialistischen Gedankenwelt in den Gewerkschaften tätig sind. Sie müssen sich immer bewußt bleiben, daß ihre ganze Tätigkeit, so notwendig sie ist — niemand erkennt diese Notwendigkeit bereitwilliger an als ich — doch nur den Wert eines Palladiums hat. Leipzig freilich sagte in Stuttgart, man könne von den Gewerkschaftsführern nicht verlangen, daß sie sozialdemokratische Agitation treiben. Das ist Aufgabe der Partei. Bis zu einem gewissen Grade ist das richtig, aber es wäre doch ein gefährlicher Irrtum, wenn die Auffassung Platz griffe, daß zwischen Gewerkschaften und politischen Führern ein gewisser Gegensatz bestehen kann. Ich meine, nur in bezug auf das Arbeitsfeld darf eine Differenzierung der Aufgaben stattfinden; in der Erziehung der Arbeiter zu Klassenkämpfern darf aber zwischen politischen und gewerkschaftlichen Führern kein Gegensatz bestehen.

Eins steht natürlich fest, von heute auf morgen kann dieser Anschluß der Gewerkschaften an die Partei, wenn ich so sagen soll, nicht erfolgen. Wir müssen berücksichtigen, daß die Dinge mit historischer Notwendigkeit so geworden sind, wie sie jetzt sind. Unsere reaktionäre Gesetzgebung und Verwaltung hat die Gewerkschaften fortwährend zu einer gezwungenen Neutralität veranlaßt und bis zu einem gewissen Grade zu einer Verleugnung ihres sozialistischen Charakters geführt. Hätten wir diese Hemmnisse nicht gehabt, so wäre zweifellos wie in Dänemark und Österreich gewerkschaftliche und Parteibewegung ein und dasselbe geworden. Partei und Gewerkschaften müssen es als ihre gemeinsame Aufgabe betrachten, in dieser Richtung tätig zu sein. Das Wachstum der Partei und der Gewerkschaften ist dabei kein Hindernis, aber man kann allerdings nicht verlangen, daß ein Zustand, der sich in einer 30-jährigen Entwicklung herausgebildet hat, durch einen Augenblicksbeschluss beseitigt wird. Die Gemeinschaftlichkeit der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung würde jedenfalls ungemein gefördert werden, wenn alle Beteiligten ihre Pflicht ganz erfüllen und wenn auch die Gewerkschaftsführer ihre Aufgabe darin erblicken, den Geist der Zusammengehörigkeit mit der Partei mehr als bisher zu pflegen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich habe nicht mehr die Zeit, an dem Beispiel der Waiseier nachzuweisen, wie notwendig es gerade auf diesem Gebiet ist, die von mir entwickelten Grundzüge zu betätigen. Wenn die Waiseier nach den auf den internationalen Kongressen gesetzten Grundzügen gefeiert wird, so ist gerade das ein Mittel, um diese beiden Ströme in das gemeinsame Bett des Klassenkampfes überzuführen. Ich bitte Sie deshalb, unsere Resolution anzunehmen, die die Generalkommission ihre volle Zustimmung gegeben hat. Sie hat nur eine einzige Veränderung gewünscht, weil sie darin — allerdings irrtümlich — einen Stich gegen sich sah. Die Resolution entspricht meines Erachtens dem Interesse beider Teile; wenn Sie sie einstimmig annehmen, so werden Sie, glaube ich, im Sinne der Einigkeit von Partei und Gewerkschaft wirken und eine neue Garantie für die Unabsperrbarkeit der deutschen Arbeiterklasse schaffen. (Stürmischer Beifall.)

Darauf verlegt sich der Parteitag.

Nach Verlesung einiger Begrüßungsdelegatinnen und einer Postkarte aus Frankfurt, in der mitgeteilt ist, daß Genosse Bielowski wegen Zeugnisverweigerung in Zwangshaft genommen ist, schließt die Sitzung.

Die Nachmittagsitzung fällt wegen des Ausfluges aus. Schluß 12¹/₄ Uhr.

Eingegangen sind noch folgende Anträge und Resolutionen:

143. In Rücksicht auf die Mißbilligungen zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung, die nicht notwendig aus der unumgänglichen Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung folgen und sich zum Nachteil beider proletarischer Organisationen steigend bemerkbar machen, beschließt der Parteitag:

Es ist in erster Linie eine organisatorische und organische Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung anzustreben; in zweiter Linie und sofort bis zur Erzielung jener organisatorischen Verbindung ein Organ zu dem Zweck zu schaffen oder ein bestehendes Parteiorgan mit der besonderen Aufgabe zu betrauen, eine dauernde Fühlung und in allen Fragen gemeinschaftlichen Interesses eine Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung und eine gemeinschaftliche Aktion beider herbeizuführen.

Dr. R. Liebknecht, Rieger, Spandau, Staab, Poissam.

149. Resolution die Revolution in Rußland betreffend.

Der Parteitag begrüßt mit freudiger Begeisterung das größte weltgeschichtliche Ereignis der Gegenwart, die russische Revolution, als die Macht, die endlich den mit Korruption und Verbrechen beladenen Absolutismus stürzen wird und damit nicht nur den unter seiner Kautel schmachenden Völkern, die Bahnen freier, kultureller Entwicklung öffnet, sondern auch die für ihre Befreiung kämpfenden Volksmassen aller Länder, von einem ihrer bödsartigsten Feinde erlöst. Mit Stolz gedenkt er dabei der Tatsache, daß — wie mannigfaltig auch die geschichtlichen, die sozialen Kräfte sind, die zu diesem Ziele zusammenwirken — es doch heute das junge Industrieproletariat Rußlands ist, das unter sozialdemokratischer Führung die wichtigste treibende Kraft des gewaltigen Ringens mit dem Absolutismus bildet und immer wieder und wieder die heldenhaften Massen stellt, die ihren Hunger und ihre Leiber den Schergen und Henkern des Despotismus lämpfend entgegenstellen.

Der Parteitag entbietet allen Kämpfern für politische Freiheit in Rußland die Versicherung seiner tiefsten Sympathie und Bewunderung, ganz besonders aber jenen Männern und Frauen, ohne Unterscheid der Nationalität und Rasse, die auf dem Boden der sozialdemokratischen Auffassung stehen, mit und in dem Proletariat wirken und kämpfen; ihnen, deren zähe und opferwillige und gefahrenreiche Arbeit seit langen Jahren die Erhebung des Proletariats vorbereitet und seine Schulung und Organisation bis heute treu gefördert hat, wodurch das Proletariat befähigt wurde, die revolutionäre Aufgabe der Stunde in der Ueberzeugung zu erfüllen, daß der Kampf zur Niederzwingung des Absolutismus eine notwendige Etappe im Kampfe gegen den Kapitalismus ist.

Der Parteitag läßt sich aber auch verpflichtet, seiner tiefsten Empörung Ausdruck zu geben, über die barbarischen Untaten, durch welche die Schergen des Despotismus ihr schwermütiges Regiment aufrecht zu halten suchen, namentlich über die grausame Hinrichtung nicht bloß von Männern der Revolution, sondern sogar von zahllosen unschuldigen Personen, besonders Frauen und Kindern.

Der russische Despotismus hat sich durch dieses barbarische Bluten vor der ganzen Kulturwelt gerichtet und er rechtfertigt damit jedes gegen ihn angewandte Mittel, das zu seiner Vernichtung führt.

Der Parteivorstand und eine Anzahl Genossinnen und Genossen.

Gewerkschaftliches.

Justiz im Klassenstaat.

Eine Gefängnisstrafe von zehn Monaten, dazu eine Geldstrafe von 60 M. hatte das Landgericht Vöckum einem Vergarbeiter in Weimar auferlegt. In der Ausübung seiner Pflicht als Streikposten war er in die Kaschen des Reges geraten, welches Gesetz und Rechtsprechung ausspannen, um freilebende Arbeiter darin zu fangen. Verurteilt, Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung, Widerstand und Uebertretung einer gegen Streikposten gerichteten Polizeiverordnung, die den unbefugten Aufenthalt auf der Straße verbietet, waren die strafbaren Handlungen, die dem Vergarbeiter aus Anlaß des Streikpostenstreiks zum Vorwurf gemacht wurden. Gegen das Urteil ist Revision beim Reichsgericht eingelegt worden, das sich dieser Tage mit der Angelegenheit beschäftigt. Die Revision sucht unter anderem auch die Rechtsgültigkeit der Polizeiverordnung an. Es ist für den Kampf, den Polizei und Gerichte gegen streikende Arbeiter führen, recht bezeichnend, wie der Reichsanwalt es verstand, die Rechtsgültigkeit der Verordnung „nachzuweisen“. Er sagte, die Verordnung bedrohe mit Strafe denjenigen, der unbefugt auf der Straße verweile. Auf öffentlichen Wegen verweile aber doch eigentlich jeder Befugte. Nun könne allerdings die Polizei aus Gründen der Sicherheit, Reinlichkeit und Ordnung mit recht jemand den Aufenthalt auf öffentlichen Wegen verbieten. In der vorliegenden Verordnung sei zwar nicht ausdrücklich gesagt, daß sie zur Aufrechterhaltung der Ordnung bestimmt sei, aber aus dem Zusammenhange könne doch entnommen werden, daß sie bestimmt sei, die Ordnung und die Sicherheit auf den Zugangswegen zu den Arbeitsstätten aufrecht zu erhalten. Unter diesen Umständen sei die Rechtsgültigkeit der Verordnung nicht zu beanstanden. — Das Reichsgericht schloß sich dieser Auffassung an und verwarf die Revision des Angeklagten.

So findet juristischer „Scharfsinn“ immer einen Streich, mit dem der Streikposten, wenn nicht aufgehängt, so doch gefesselt werden kann.

Berlin und Umgegend.

Abteilungstreik bei der „Deutschen Telegraphengesellschaft“. In der Abteilung Kinow dieses Werks sind circa 90 Metallarbeiter in den Streik getreten, weil daselbst fortgesetzt Maßregelungen sogenannter „müßeliger“ Kollegen stattfanden. Erst jüngst wurden 12 solcher Leute entlassen, die weiter nichts verbrochen hatten, als daß sie tüchtige Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes waren und als solche in durchaus legaler Weise die Interessen ihrer Mitarbeiter zu wahren suchten. Verhandlungen mit der Direktion haben bislang keinen Erfolg gehabt. Dem Arbeiterausschuß wurde vielmehr erklärt, daß die Entlassenen auf Wiedereinstellung nicht zu rechnen hätten, ja man sich durchblicken, daß noch weitere Entlassungen „müßeliger Elemente“ erfolgen könnten. Gestern beschloß sich nun eine stark besuchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen des Gesamtwerks (Zuglostrafe) mit der Angelegenheit. In der Debatte wurde das Verhalten der Direktion von sämtlichen Rednern auf das schärfste gemißbilligt und der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß, wenn sich die Arbeiter hier nicht endlich energisch zur Wehr setzen, die Maßregelungen unbehindert ihren Fortgang nehmen würden. Aus diesen Gründen erklärte sich die Versammlung mit der Arbeitsniederlegung ihrer Kollegen der Abteilung Kinow durchaus einverstanden und beschloß, falls es erforderlich sein würde, ebenfalls in den Streik einzutreten.

Der Streik der Hefenlegergeschäftsleute ist am Montag zugunsten derselben beendet worden. — In einer am Dienstag abgehaltenen Versammlung referierte Ruttky über die Beendigung des Streiks. Noch am Sonntag habe die Firma Ende die Forderungen bewilligt. Die Firmen Koenigsfeld und Wilsdorf & Voch haben ebenfalls den Tarif unterschrieben, so daß schon Dienstag alle Beteiligten ihre alten Plätze eingenommen hätten.

Der Vorsitzende drückte seine Genugtuung darüber aus, daß diese Lohnbewegung einen so schnellen und günstigen Verlauf genommen habe, was allerdings nur durch das einmütige Verhalten aller Kollegen erreicht worden sei.

Am kommenden Sonnabend sollen vor dem Gewerbeamt die gestellten und erreichten Forderungen festgelegt werden. Danach erhalten die Hilfsarbeiter im ersten Halbjahr 50 Pf., im zweiten 52 1/2, und im dritten 55 Pf. Stundenlohn. Mit der fünftägigen Erhöhung des Lohnes der Pfleckenleger steigt auch der Lohn der Hilfsarbeiter auf 57 Pf. pro Stunde. Die Kosten des einwöchigen Streiks betragen 2450 M.

Der Tarif läuft bis September 1907. Wegen einer Stimme, der die erreichten Erhöhungen zu gering waren, erklärte die Versammlung ihre Zufriedenheit mit dem Erfolg.

Ein Werkstattstreik ist gestern bei der Firma Daumann in der Koloniestraße, Fabrik für hauswirtschaftliche Maschinen, ausgebrochen. Beteiligt sind circa 70 Metallarbeiter, denen für eine bestimmte Spezialarbeit etwa 20 Proz. Abzug gemacht wurde. Obwohl der Chef einige Zugeständnisse machte, berief er sich doch darauf, daß die Arbeit jetzt im Gegensatz zu früher leichter zu bewältigen sei und deshalb eine Reduzierung des Akkordtages gerechtfertigt erscheine. Die Arbeiter vermögten aber irgend einen nennenswerten Vorteil in der jetzigen Arbeitsmethode nicht zu erkennen; sie traten deshalb in den Ausstand. Die stattgehabten Verhandlungen führten bisher zu keinem definitiven Ergebnis.

Die Lohnbewegung der Kollifischer und Expeditionsarbeiter kann jetzt auch bei allen denjenigen Firmen als beendet angesehen werden, die dem Berliner Speditionverein nicht angehören. Bei einigen Firmen kam es allerdings erst zu Streiks, ehe sie sich zur unterschätzlichen Anerkennung des Tarifs bequamen; doch dauerte die Arbeiterüberlegung immer nur wenige Stunden bis höchstens einen Tag. Was die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen anbetrifft, so wird darauf von den Arbeitern jetzt bedeutend besser geachtet wie in früheren Jahren, so daß Tarifumgehungen, wie sie früher vielfach vorkamen, dank der guten Organisation der Expeditionsarbeiter und Arbeiter wohl nur ganz vereinzelt zu verzeichnen sein dürften. Wo sie aber dennoch vorkommen, sollen sie mit aller Energie zurückgewiesen werden.

Die Arbeiter der Straßener Glasbläse, welche in einer am Dienstag abgehaltenen Versammlung vollständig erschienen waren, beschloßen einstimmig, die von der Direktion beabsichtigte Verlängerung der Arbeitszeit nicht anzunehmen.

Zink, Zinn- und Bleigieser. Die Werkstätten von E. Stein, Hinguhwarenfabrik, Alexandrinenstr. 35, und P. Zeitlin u. Co., Nitterstr. 23, sind wegen Differenzen für Sicher gesperrt.

Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Die Pforzheimer Gasarbeiter streiken. Es handelt sich hier um einen Abwehrstreik, welchen der Oberkammerherr von Pforzheim, der Handelskammerpräsident E. W. Meier in seiner Eigenschaft als Mitglied des Stadtrates und Vorsitzender der Gaskommission den Gasarbeitern aufgezwungen hat. Sozialdemokraten sind, wie von anderen südlichen Kommunen, auch von der Gaskommission ferngehalten. Der Ausgangspunkt des Konflikts liegt in den Beschwerden der Gasarbeiter über die Mißwirtschaft in der Gasanhaltskantine. Durch den Arbeiterauschuss wurde vergeblich Beschwerde geführt. Ferner war auf Verreiben der Scharfmacher der geforderte Achtstundentag im Gaswerk abgelehnt worden. Zum Ueberflus hatte man den Obmann des Arbeiterauschusses, der gleichzeitig Vorsitzender der Verbandssitzung Pforzheim ist, entlassen. Gegen diesen Gewaltstreik protestierten die Gasarbeiter mit dem Erfolge, daß der Vorsitzende der Gaskommission die Zurücknahme der Mißregelung zusagte und versprach, die Wiedereinstellung des Gemahlregenten, allerdings in einem anderen Betriebe, in der Stadtrats-Sitzung vom 5. September beantragen und befürworten zu wollen. In dieser Sitzung erschien aber der Herr einfach nicht und der Stadtrat beschloß es bei der Entlassung bewenden zu lassen. Die von den Arbeitern beantragte Einberufung einer außerordentlichen Stadtratssitzung wurde abgelehnt, worauf nach abermaligen erfolglosen Vermittlungsversuchen der Streik ausbrach. Selbst der Herr Bürgermeister Holzparth hat den Streikenden recht gegeben und anerkannt, daß der Gemeindefacharbeiterverband das menschenwürdige getan habe, um die Differenzen friedlich beizulegen. Der Betrieb wird mit Hilfe einiger Streikbrecher, ferner von Schreibern, Beamten etc. nur notdürftig aufrecht erhalten. Verhandlungen vor dem Einigungsamt schweben. Der Streik dauert unter Aufrechterhaltung der Forderungen: Achtstundentag, Befreiung der Mißstände in der Kantine und Zurücknahme der Mißregelung weiter.

Die Straßener Arbeiter streiken in einer Lohnbewegung. Sie hatten ursprünglich die Absicht, wenn ihre Forderungen abgelehnt würden, die Lage der Anwesenheit Wilhelm II. in Koblenz zu benutzen, um die Arbeit einzustellen. Da erschien der örtliche Verband der Verkehrs- und Hilfsarbeiter auf der Bildfläche. Der Arbeiterssekretär Widmann aus Köln predigte den Leuten: Die in den christlichen Gewerkschaften organisierten Straßener Arbeiter dürfen nicht schärf vorgehen; gerade darin müßten sie sich von den Sozialdemokraten unterscheiden. — Das sagte der Mann, obwohl ihn und seine Gleichen kurz vorher der Direktor in einem Anfall am schwarzen Brett als „fremde Aufwiegler“ bezeichnet, und obwohl die Gesellschaft vier Angeordnete sofort entlassen, zwei gekündigt und vierzehn in anderer Weise gemahnt hatte, nur deshalb, weil die Leute die Versammlung besucht haben. Das „scharfe Vorgehen“ überlassen die Christlichen nicht nur „den Sozialdemokraten“, sondern, wie man sieht, auch dem Unternehmern.

Ausland.

Die Massenarbeitslosigkeit in der schwedischen Metallindustrie. Es schien in der vorigen Woche, als wollten die Arbeitgeber der schwedischen Metallindustrie der nun bereits drei Monate dauernden Aussperrung ihrer ungefähr 17 000 Arbeiter ein Ende machen. Die Organisation der Unternehmer, die „Werkstattvereinigung“, hielt in Stockholm langwierige Sitzungen ab, in denen eine Menge Regeln über Erleichterung von Arbeitsverhältnissen, Werkstattordnung, Lehrlingsausbildung und Minimallohne aufgestellt wurden. Es scheint jedoch sehr zweifelhaft, ob auf Grund dieser neuesten Beschlüsse der Unternehmer irgend eine Annäherung der kämpfenden Parteien möglich ist. Vorläufig wenigstens dauert der große Kampf in der schwedischen Metallindustrie unverändert fort.

Soziales.

Internationaler Arbeiterversicherungs-Kongress.

Ueber einen fürnischen Vorfall in der Mittwochssitzung des internationalen Arbeiterversicherungs-Kongresses in Wien meldet uns ein Privattelegramm:

Der Kongress begann heute mit der Verhandlung des Themas: Vereinfachung der Arbeiterversicherung. Das Bureau weigerte sich, den Genossen Dr. Verlauf länger als zehn Minuten reden zu lassen. Darüber entstand eine fürnische Debatte, der der Vorsitzende, preussischer Regierungsrat Werner, dadurch ein Ende machte, daß er die Sitzung eine Stunde vor der offiziellen Schlußzeit aufhob.

Der Neunstundentag in den bayerischen Eisenbahn-Werkstätten.

Der bayerische Eisenbahnarbeiter-Verband forderte seit Jahren die Einführung des Neunstundentages in den Betriebswerkstätten der bayerischen Staatsbahnen. Die sozialdemokratische Fraktion hat seit ihrem Eintritt ins Parlament diese Forderung auf das nachdrücklichste unterstützt und

wiederholt den Nachweis geliefert, daß die Einführung des Neunstundentages in keiner Weise eine Schädigung für den Fiskus im Gefolge haben und die Qualität der Erzeugnisse nicht darunter leiden würde. Der frühere Minister Graf v. Craillshelm war aber nicht zu überzeugen, und er hat sich stets mit aller Kraft gegen diese Forderung gewehrt. Sein Nachfolger, der Verkehrsminister v. Frauendorfer, ist jedoch endlich zu der Einsicht gelangt, daß die weitere Verkürzung der Arbeitszeit den staatlichen Betrieben nicht den Garaus machen wird. Er hat kürzlich eine Deputation des Eisenbahnarbeiter-Verbandes in Audienz empfangen und ihr bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, daß ab 2. Oktober der Neunstundentag im Werkstättenbetrieb eingeführt wird. Ein diesbezüglicher Anschlag ist nun auch am 19. September in den Werkstätten wirklich erfolgt. Dies bedeutet einen schönen Erfolg des auf dem Boden der modernen Gewerkschaftsorganisation stehenden Verbandes. Die Scharfmacher innerhalb der mächtigen bayerischen Metallindustrie haben bei der großen Bewegung in diesem Sommer freilich erklärt, daß es der Tod ihrer Existenz wäre, wenn diese Forderung durchgeführt würde; die staatliche Industrie teilt, wie man sieht, diese Befürchtung nicht.

Skandalen im Osten.

Folgende rein tatsächliche Schilderung der Leiden eines Landarbeiters, die uns aus zuverlässiger Quelle zugeht, mag für sich sprechen:

Im April dieses Jahres wurde der Instmann A. aus Pommern, im Kreise Labiau, und dessen Ehefrau von einem gewalttätigen Mitarbeiter arg beschimpft und mit Toisenschlag bedroht. Da der Arbeitgeber Besitzer Lindenau trotz wiederholtem Bitten nicht einschritt, ging A. am 4. April nicht in Arbeit, weil er zum Schutze seiner Frau zu Hause bleiben mußte. Schon am 5. April erhielt er vom Amtsvorsteher die erste Strafandrohung über 15 M. oder drei Tage Haft, wegen unrechtmäßigem Verlassen des Dienstes. Da er der Aufforderung, in den Dienst zu gehen, nicht folgte, erhielt er fortgesetzt weitere Strafbefehle über 15, 20, 30 und 60 M. oder zusammen 18 Tage Haft. Zwei Strafen zu 3 und 5 Tagen verbüßte A. in der Dorfkneipe. Am 18. April sollte er zur Verbüßung weiterer Strafen verhaftet werden. Er widersetzte sich dem Amtsdienner. Darauf pfändete dieser eine Nähmaschine, die der Schwiegermutter des A. gehörte. Die Beschwerde beim Landrat wegen der Pfändungen wurde zurückgewiesen, ohne den Beschwerdeführer anzuhören.

Am dritten Pfingstfeiertag wurde A. zur Vernehmung bei dem Amtsvorsteher bestellt. Damit war ihm aber nur eine Falle gestellt. Ohne Verhör wurde er auf einen bereitstehenden Wagen geladen und durch den Amtsdienner nach dem nächstgelegenen Amtsgefängnis im Dorfe Wehlanten transportiert. Das dortige Amtsgericht hat die Unterbringung der Strafgefangenen auf Submission vergeben. Ein in der Nähe wohnender Kaufmann hat eine massive Scheune zu Zellen eingerichtet und dieselben an das Amtsgericht vermietet. Er hat auch gegen Bezahlung die Verpflegung der Häftlinge übernommen. Dieser Kerkermeister ist auch Landwirt und brauchte zu der Zeit, als A. zur Verbüßung einer zehntägigen Haftstrafe bei ihm eingeliefert wurde, billige Arbeitskräfte, die in der Umgebung schwer zu haben waren. Da sagte er sich: „Warum in die Ferne schweifen, sich das Gute liegt so nahe.“ Er schloß den Kerker auf, gab dem eingesperrten Landarbeiter die Sense in die Hand und ließ sich von ihm auf seiner Wiese Gras hauen und später Heu ernten. Diese Art Strafverbüßung wäre dem A. wohl nicht unangenehm gewesen, wenn er die durchaus nicht leichte Arbeit nicht bei der vollständig ungenügenden Gefängnisloft und ohne jede Bezahlung hätte ausführen müssen. So wurde er aber tatsächlich auch noch sogar im Gefängnis angebetelt.

Wohl infolge einer Beschwerde an den Regierungspräsidenten wurde er nach zehn Tagen vorläufig vom Grassauen resp. aus der Haft entlassen. Inzwischen war zu Hause bei seiner Familie große Not eingeleitet. Denn schon vor seiner Inhaftierung war es in der ganzen Umgebung herumgesprochen, es dürfe den A. niemand beschäftigen, weil das bestraft werde. Und als nun doch ein Arbeitgeber den A. beschäftigte, erhielt er vom Gutbesitzer L. einen Zettel des Inhalts zugesandt, daß, wenn er nicht sofort den kontraktbrüchigen Instmann entlasse, er ihn bestrafen lassen werde. Nun entließ auch dieser Besitzer den A. Endlich im Juli erhielt er in einer Schneidemühle Beschäftigung. Die schwer geprüfte Familie atmete auf. Aber nach mehreren Wochen wurde er, trotzdem sein Arbeitgeber ihn als fleißigen, nichternen Arbeiter bezeugte, entlassen, angeblich, weil der Amtsvorsteher es verlangt hatte. Nun war auch noch eine Klage gegen A. wegen Widerstand gegen den Amtsdienner eingeleitet. Er erhielt hierfür zwei Tage Gefängnis, und weil die Klage durch zwei Instanzen ging, eine Kostenrechnung über 28,20 M. Der Besitzer L. pfändete das Schaf und Lamm der Familie. Und am 2. September erschien wieder der Amtsdienner, um den A. zur Verbüßung der noch fälligen 10 Tage Haft nach Wehlanten zu führen. Dieser Verhaftung entzog sich der Mann durch die Flucht. Er hat sich fern von der Familie, die sich in großer Not befindet, irgendwo nach der Provinz begeben, um, in steter Angst, verhaftet zu werden, unerkannt etwas zu verdienen.

In den 5 Monaten fortgesetzter Verfolgung ist die Familie vollständig ruiniert, zu alledem vom 1. Oktober noch ohne Wohnung. In ihrer Verzweiflung wandte sich die Frau, deren Mann sich bisher nie um Postil gestimmert hatte, an die sozialdemokratische Partei in Königsberg. Diese hat denn auch durch eine Sammlung auf ihrem Parteitag die ärmliche Not augenblicklich gelindert. Was wird aber nun weiter? Wie lange wird man einen schuldigen Arbeiter eines nachlässigen Besitzers wegen herumhelfen und Frau und Kinder zur Verzweiflung treiben? Wäre der Eifer der Behörden in der Ausübung der veralteten Strafgesetze und Verordnungen nicht einer besseren Sache würdig?

Arbeitgeber und Sonntagsruhe.

Eine wichtige Entscheidung hat das Kammergericht in Berlin getroffen. Bohn und Koppin, die Inhaber einer Expeditionsfirma in Stettin, hatten von ihren Angestellten im Kontor (Handlungsgehilfen) einen Reviers unterzeichnen lassen, durch den ihnen verboten wurde, während der gemäß § 105b der Gewerbe-Ordnung festgesetzten sonn- und feiertäglichen Feiertagen in den Geschäftsräumen zu arbeiten oder sich aufzuhalten. Es war solch Verbot auch sonst noch ausgesprochen worden. Nun mußten wohl in dem Betriebe verschiedene Angestellte sein, die in ihrer Arbeitswelt selbst das Verbot des Chefs nicht fürchteten. Es wurde nämlich behördlich festgestellt, daß verschiedene Angestellte sich danach nicht gerichtet hatten, sondern am Vortage zur verbotenen Zeit im Geschäftsbüro und zwar im Geschäftsinteresse tätig gewesen waren. Die Firmeninhaber wurden darauf wegen Uebertretung der §§ 105b und 146a der Gewerbe-Ordnung angeklagt. Das Landgericht Stettin als Berufungsinstanz sprach sie indessen frei, weil sie den Angeklagten ja jene verbotswidrige Sonntagsarbeit nochmals ausdrücklich untersagt hätten und weil anzunehmen sei, daß sich die betreffenden Angestellten am Vortage gegen Wissen und Willen der Chefs beschäftigt hätten.

Die Staatsanwaltschaft beruhigte sich nicht bei diesem Urteil, sondern legte Revision an. Der Vertreter des Oberstaatsanwalts am Kammergericht meinte auch, die angeführten Verbotsaussagen der Chefs genügen noch nicht, ihre Verantwortung für Uebertretungen der Bestimmungen über die Sonntagsruhe auszuweichen. Wirksamere Maßregeln zur Verhütung solcher Uebertretungen hätten die Arbeitgeber zu ergreifen. Es gebe ein sehr einfaches Mittel, zum Beispiel: das Kontor für die sonntägliche Zeit einfach abzusperrn. Allerdings, das wisse er ja auch: dies Geheimnis sei unseren Arbeitgebern nicht bekannt. Die Chefs seien im übrigen verpflichtet, sich selbst davon zu überzeugen, daß die Arbeiterspflichtbestimmungen eingehalten würden in ihren Betrieben. Das geht nicht, einen Reviers unterzeichnen zu lassen, noch ein paarmal zu sagen: „Ihr dürft dann und dann nicht ar-

beiten,“ sich darauf aber die Arbeiter ruhig gefallen zu lassen und, wenn es zum Klappen kommt, zu sagen: Ich habe es ja verboten! So ließe sich ja jeder Arbeiterjäger illusorisch machen.

Das Kammergericht hob denn auch am 18. September die Berufungsentscheidung auf und verwies die Sache zur anderweitigen Entscheidung an das Landgericht nicht in Stettin, sondern in Stargard. Das Kammergericht hielt die Verweisung an ein anderes Landgericht für angebracht und führte im übrigen aus: Es wäre unrichtig, anzunehmen, der Arbeitgeber habe die Angestellten nicht gegen ihren eigenen Willen schützen wollen. Er habe vielmehr seine Schutzvorschriften geradezu auch zugunsten derer getroffen, die gegen ihren eigenen Willen geschädigt werden müßten. Sehr viele nähmen gern Sonntags Verdienstmöglichkeiten mit und schädigten sich in ihrer Gesundheit, indem sie die Ruhe veräußerten, anstatt gesetzmäßig zu leben. Das Gericht sei aber auch der Ansicht, daß der Arbeitgeber nicht nur verpflichtet sei, die gesetzwidrige Sonntagsarbeit zu unterlassen, sondern sie auch zu verhindern. Das sei hier zweifellos nicht geschehen. Deshalb müsse das Urteil des Stettiner Landgerichts aufgehoben und in der Sache nochmals entschieden werden.

An diesem Falle ist weiter nichts Bemerkenswertes wie die Freisprechung der klugen Speditioneure durch das Stettiner Gericht!

Vermischtes.

Das Erdbeben in Kalabrien. Aus Rom erhalten wir vom 17. September folgende Mitteilung:

Nachdem die erste Hälfte den vom Erdbeben betroffenen Landstrichen verhältnismäßig schnell zu teil geworden ist, ist eine heftigere Störung der Hilfsaktion eingetreten. Noch heute, zehn Tage nach dem Unglück, fehlt es in den meisten Ortschaften an hinreichenden Proportionen, noch nicht der zehnte Teil der Obdachlosen ist in Zelten oder Baracken untergebracht. Man bedenke, daß viele der betroffenen Orte 500 Meter und mehr über dem Meeresspiegel liegen, daß die Nächte kalt sind und von einem Tage zum anderen Regen fallen kann. Wenn es regnet, ehe die Baracken fertig sind, so entsteht ein Unheil, gegen das alles Bisherige nur ein Kinderpiel war; dann können Tausende von Menschenleben zum Opfer fallen.

Die Langsamkeit der Hilfsaktion wird einseitig der Zentralisierung und Bürokratisierung zugeschrieben. Man hat die gesamte Hilfsleistung in Händen der Militärbehörden zentralisiert. Das gibt zur weitgehenden Unzufriedenheit Anlaß. Die Kalabresen sind sehr empfindlich, stolz und förmlich, und so kommt es vor, daß die mit dem Volksscharakter nicht vertrauten Militärpersonen durch ein rauhes Wort, durch eine „fänelbige“ Anekdote die Leute kränken; „aufhauen“ läßt man sich in Kalabrien nicht, und so müssen Arbeiter, die begonnen sind, wegen einer an sich harmlosen Grobheit eines Offiziers oder Unteroffiziers eingestellt werden. Die Folge ist, daß jetzt in den meisten Orten die Einwohner keinen Finger rühren, um den Soldaten zu helfen. Es ist schon zu ersten Demonstrationen gekommen. Man hört sogar den wahnsinnigen Vorstoß, über die unglücklichen Gegenden den Belagerungszustand zu verhängen! Erbitternd wirkt auch, daß die kümmerlichen Unterstellungen immer mit dem Gerner einlaufen: „nur an die Armen zu verzeihen“. In vielen Orten sind aber alle gleich arm, alle obdachlos und ohne Brot. Dem Geldbesitz geblieben ist, der kann nichts damit anfangen. Brot gibt es nicht zu kaufen, alles zum Barackenbau dienende Holz ist requisitiert worden. So sind die Restenden fast schlummer daran, als die Verfolgten! Wenn nicht das viele Obst, besonders Feigen und Trauben, auf den Feldern wäre, so wären die meisten längst verhungert. Und dabei hat die öffentliche Müßiggang Italiens und des Auslandes schon über 2 Millionen für Kalabrien aufgebracht!

Meldungen von gestern belagen:

Catanzaro, 20. September. In der vergangenen Nacht wurden in Sibadi zwei Häuser, die als Magazine für Mühl und anderes Eigentum von Personen dienten, die nach dem Erdbeben noch am Leben geblieben waren, durch Feuer zerstört. Zwei Personen erlitten Verletzungen. — In Catanzaro herrschte heute vormittag heftiger Sturm, der die Bevölkerung in großen Schrecken versetzte.

Rom, 20. September. Ein heftiger Sturm, der heute früh ausbrach, rief großen Schrecken unter der Bevölkerung hervor, der zur Panik anwuchs, als um 5 Uhr 35 Minuten ein leichter Erdstoß verspürt wurde.

Die verhaftete Falschmünzerbande. Aus Wien wird gemeldet: Als Haupt der Falschmünzerbande, die in den letzten Monaten in Wien, hauptsächlich in Ungarn, solche 50 Kronennoten verausgabte, wurde der gerichtsbekannt Falscher Rohen Schapira in London ermittelt. Fünf Komplizen, die 70 Falschnote im Betrage von 3500 Kronen verausgabten, wurden in Stanislaw, Lemberg und Wien verhaftet.

Waldbrand. Aus Budapest wird berichtet: Die Herkules-Had umgebenden ärarischen Wälder stehen seit Wochen in Flammen. Gestern trafen dort 800 Soldaten zur Unterstützung bei den Löscharbeiten ein. Bei diesen wurden durch herabstürzende Felsen 2 Soldaten getötet, 8 schwer und 11 leicht verletzt. Die Löscharbeiten sind mit großen Schwierigkeiten verknüpft.

Ueber die Beschädigung des Hochdruckpumpers „Bremen“ ist bis jetzt folgendes bekannt geworden: Ein Flügel der einen Schraube brach ab und geriet in die zweite Schraube, wodurch eine Schraubenwelle brach und beide Schrauben unbrauchbar wurden. Dagegen ist nach einem dem „Morning Leader“ aus Liverpool zugegangenen Telegramm die Beschädigung der Schrauben auf einen Zusammenhang mit einem unter Wasser befindlichen Waag zurückzuführen. Von den Fahrgästen und der Besatzung ist niemand verlegt.

Der im Fehmarnbelt bei Rhydt auf Saaland gestrandete englische Dampfer „Dega“ ist gestern von den Bergungsdampfern abgebracht. Das Schiff traf in Hollenau ein, wo eine Bodenbefichtigung ergab, daß es unbeschädigt geblieben war. Der Dampfer setzte darauf seine Reise nach Rotterdam fort.

Ein zehntägiger Schiffsbrand. In Dundee lief am Sonnabend der Dampfer „Gairnhan“ mit brennendem Kargo ein. Das Schiff hatte Phosphate und Esparto-Gras geladen. Am 6. September bemerkte die Mannschaft, als man vor Ray Vincent angekommen war, einen eigenartigen Geruch, wie von brennendem Gras. Da das Deck mit jedem Augenblick wärmer wurde, war nicht daran zu zweifeln, daß man es mit einem Kargobrand zu tun hatte. Die Lösung desselben erwies sich als sehr schwierig, denn sobald man die Schiffsdecks öffnete, um den Brand zu löschen, saßte die eindringende Luft das glimmende Feuer zu hochschlagenden Flammen an, sodaß man die Luken wieder schließen mußte. Man schnitt darauf kleine Löcher ins Deck, durch die man die Löscharbeiten fortsetzte. Gegen Mitternacht glaubte man, der Flammen Herr geworden zu sein, aber diese Schlugen mit ungeschwächter Stärke wieder in die Höhe, sobald man die Luken öffnete. Der Mannschaft blieb nichts weiter übrig, als jeden Luftzutritt nach Möglichkeit zu verhindern und die Waare für den äußersten Notfall bereitzubehalten. In Dundee wurde sofort nach der Ankunft das ganze Schiffslargo überflutet.

Ein flüchtiger Defraudant. Wie aus Hamburg gemeldet wird, ist der in Schaupielkreisen allbekannte Kommissar Julius Ulan von dort entflohen. Der Flüchtling, der 20 Jahre alt ist, unterschlug einem dortigen Juwelier Brillanten und Goldwaren im Werte von 300 000 M.

Freihofsständer. Wie aus Königsberg berichtet wird, meldet das „Königsberg Tagebl.“, daß nichts auf dem Freihof in Chorzow von ruheloser Hand etwa dreißig der schönsten Grabdenkmäler vollständig zerstört, sowie viele einfachere Kreuze ungeriffen wurden. Der Freihof bietet das Bild einer grauenhaften Verwüstung. Von den Fiktoren fehlt bis jetzt jede Spur.

Verbandstag deutscher Gewerbegerichte.

Im festlich dekorierten Schrammssaal begann heute die Verbandsversammlung des Verbandes deutscher Gewerbegerichte unter Teilnahme der Kaufmannsgerichte. Der Geschäftsführer des Verbandes Dr. Hiesch-Frankfurt a. M. widmete dem kürzlich verstorbenen Vorsitzenden des Verbandes Oberbürgermeister Dr. Gahner-Mainz einen warmen Nachruf.

Dem Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Verbandes ist zu entnehmen, daß im Jahre 1903 215, 1904 222 und zurzeit 230 Gewerbe- und Kaufmannsgerichte dem Verbandsverbande angeschlossen sind: Die Schaffung der Kaufmannsgerichte hat eine wesentliche Steigerung der Mitgliederzahl nicht gebracht, da zu Vorsitzenden der Kaufmannsgerichte zumeist die Vorsitzenden der Gewerbegerichte bestimmt wurden.

Die bisherigen Ausschußmitglieder wurden mit Ausnahme des Senators Hül-Dannover, an dessen Stelle Senator Dr. Grote-Dannover trat, wiedergewählt.

Die Preisliste ergab die Anwesenheit von 240 Teilnehmern. Eine lebhaft debattierte Klippe lag auf dem Punkt: Änderung der Satzungen infolge des Zutrittes der Kaufmannsgerichte zum Verbandsverband. Der Ausschuß hatte vorgeschlagen, dem Verbandsverband den Namen: Verband deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu geben, die bisherigen Satzungen bis zum nächsten Verbandstage bestehen zu lassen und den Ausschuß mit der redaktionellen Änderung der Satzungen zu beauftragen.

Bullif-Altona (stellvertretender Vorsitzender des Altonaer Gewerbegerichtes) verteidigt den bekannnten Anruf des Kaufmannsgerichtes Altona, in dem zur Gründung eines Verbandes deutscher Kaufmannsgerichte aufgefordert wird. Neue durchschlagende Gründe vermag er aber nicht anzuführen. Redner findet es bemerkenswert, daß trotzdem der Anruf an sämtliche Kaufmannsgerichte verhandelt worden ist, nur wenige Gerichte geantwortet haben und die meisten Gerichte diese Anregung ignoriert haben. Nur etwa ein Dutzend Gerichte haben sich mit dem Anrufe beschäftigt. Der Verband deutscher Gewerbegerichte habe so große Aufgaben, daß er sich nicht noch nebenbei mit den Kaufmannsgerichten beschäftigen könne.

Rechtsw. R. Enzinger-München wendet sich scharf gegen diese beabsichtigte Neugründung, die er für zweifelhaft erklärt. Die Kaufmannsgerichte haben allen Anlaß, der bestehenden erprobten Organisation sich anzuschließen und die von dieser gesammelten Erfahrungen für sich nutzbar zu machen.

Nach einigen Diskussionsreden kommt Schack-Hamburg, der Vorsitzende des Deutschen Handlungsgesellenverbandes, zum Wort. Er erklärt die Gerichte, daß der Deutschnationale Handlungsgesellenverband diese Bewegung veranlaßt habe, für sich in dem sein Verband habe mit der ganzen Sache nichts zu tun. Er trete dafür ein, daß für die Kaufmannsgerichte eine besondere Sektion gebildet wird.

W. Pfeiffenberger-Hamburg vom Zentralverband der Handlungsgesellen und Gesellsinnen Deutschlands weist nach, daß trotz der Ablehnung der Deutschnationale Verband der Räder dieser Bewegung ist. Ein stichhaltiger Grund zur Gründung eines besonderen Verbandes deutscher Kaufmannsgerichte besteht nicht. Daß sich der Landgerichtsrat Bullif-Altona über die Nichtachtung des bekannnten Anrufes wundere, ist ganz unangebracht. Der Anruf trägt weder die Unterschrift des Vorsitzenden noch sonst irgend einen amtlichen Vermerk. Die Gerichte scheinen also nicht recht in Ordnung zu sein. Dann ist auch die Frage aufzuwerfen, wer denn die Kosten dieser Agitation trägt. Das Kaufmannsgericht Altona hat keine Berechtigung, dafür Mittel auszugeben. Die Weisiger werden sie auch nicht aus ihren eigenen Taschen decken. Also auch hier müssen Hintermänner vorhanden sein und sie sind unklar in dem deutschnationalen Verbande zu entdecken. Das Wort „Schwindel“ fällt mit Recht auf die Veranstalter dieser Sache zurück.

Die Anträge des Ausschusses wurden alsdann einstimmig angenommen.

Dr. Brenner-München gab eine kurze Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des Arbeitsvertrages und im Anschluß daran eine umfassende Aufzählung der seit dem letzten Verbandstage auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages geschaffenen Gesetze und Verordnungen.

Als nächster Punkt stand die Literatur über den Arbeitsvertrag seit dem letzten Verbandstage auf der Tagesordnung.

Dr. Baum-Berlin, Archivar des Verbandes unterzog die zahlreichen Neuerscheinungen auf diesem Gebiete einer kurzen Besprechung. Das Stadthagenische „Arbeiterrecht“ ist eines der populärsten Werke, infolge gewisser politischer Tendenzen bleibt dem Werke leider die verdiente Anerkennung noch in vielen Kreisen verweigert.

Über die Erfahrungen bei den Kaufmannsgerichten berichteten Amtsrichter Vopfen-Hamburg und Dr. Gläcksman-Dreslau. Ersterer besprach die Erfahrungen speziell bei dem Hamburger Kaufmannsgericht. Die Bedürfnisfrage ist durch die kurze Praxis glänzend erwiesen. Bei einigen Fragen hat sich eine widersprechende Rechtsbehandlung durch die Kaufmannsgerichte gezeigt. Eine schwierige Frage ist die Vertretung der vom Orte abwesenden Geschäfte, bei den Kaufmannsgerichten umfomehr wie bei den Gewerbegerichten, weil der seine Stelle wechselnde Handlungsgeselle häufig auch gleichzeitig den Ort wechselt. Die Zulassung der Rechtsanwälte zu den Kaufmannsgerichten ist deshalb zu empfehlen. Die Kaufmannsgerichte betätigten sich mehr als die Gewerbegerichte mit Stellung von Anträgen. Als Einigungsamt ist noch kein Kaufmannsgericht in Tätigkeit getreten, was hoffentlich auch in Zukunft nicht eintreten wird. (Der Redner wird durch die Tatsachen sich bald in seiner Hoffnung getäuscht sehen. D. R.)

Dr. Gläcksman-Dreslau erörtert die Frage der Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte. Eine Lücke habe das G. G. O. infolgedessen, als es für Streitigkeiten zwischen Geschäften und Geschäften nicht zuständig ist. Im übrigen fordert Redner, daß der Vorsitz bei den G. G. O. nicht im Nebenamte, sondern als alleinige Tätigkeit eines Beamten ausgeführt werden soll.

Dr. Hiesch-Frankfurt wendet sich gegen die Zulassung von Rechtsanwältin zu den Kaufmannsgerichten. Was jetzt für die Kaufmannsgerichte verlangt werde, würde man dann auch für die Gewerbegerichte einzuführen suchen. Wenn gesagt werde, der Handelsangestellte wechsle bei Aufgabe der Stelle zumeist auch seinen Wohnsitz, so treffe das nicht zu. Es sei festgestellt, daß von Kaufleuten, welche Klagen anhängig machen, noch nicht 1 Proz. den Wohnsitz wechselten. Von Erfahrungen, die die Zulassung der Rechtsanwältin erforderlich machten, könne schon deshalb nicht gesprochen werden, weil die Kaufmannsgerichte erst einige Monate bestehen. Dr. Gläcksman habe darauf hingewiesen, daß in Einzelfällen von Vertretern der Kläger das Geld nicht abgeliefert wurde, damit könne gar nichts für die Zulassung der Rechtsanwältin bewiesen werden. Vertreten erst die Rechtsanwälte die Klagen vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, dann wird es sehr häufig vorkommen, daß die Kläger kein Geld erhalten, sondern in manchen Fällen noch zuzahlen müssen, um die Anwaltskosten zu decken. Die Zulassung der Rechtsanwältin birge aber auch die Gefahr in sich, daß weniger noch den Sondergesetzen als nach dem allgemeinen Recht gerichtet werde. Die Sondergesetze gelten aber im gewissen Sinne als Sozialgesetze, stellen einen gewissen Schutz der wirtschaftlich Schwächeren dar. Bis jetzt haben sich die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte gut bewährt, kommen aber erst die Rechtsanwälte hinein, dann werden die Vorteile der Gewerbegerichte vor den anderen Gerichten wieder aufgehoben.

Dr. Hiesch-Frankfurt hält das Mißtrauen gegen die Rechtsanwältin für ebenso unbegründet, wie die früher gegen die Arbeiter

als Weisiger bestandene Voreingenommenheit. Weber-Kiel bekämpfte die in einigen Gewerbegerichtsurteilen bekundete Auffassung, daß Teilmittel nicht ergehen können, bevor der ganze Schaden erwachsen ist. Dr. Luppe-Frankfurt sprach sich energisch gegen die Zulassung von Rechtsanwältin zu den Gewerbegerichten aus. „Wenn wir Rechtsanwältin zulassen, brauchen wir keine Gewerbegerichte mehr.“

Cuno-Hagen hält die bei den Wahlen zu den Kaufmannsgerichten gesammelten Erfahrungen mit der Verhältniswahl für ausreichend zur Bildung eines Urteils. Das System der „freien“ Listen ist durchaus zu verwerfen, da es der Minorität gestattet, die Majorität zu verwalten. Der Zweckmäßigkeit, Einfachheit des Wahlverfahrens entsprechen allein die gebundenen Listen unter Zulassung von Stimmenhäufung für kleinere Listen. Die Diskussionsredner stellten sich mit Ausnahme von Dr. Jastrów-Charlottenburg sämtlich auf diesen Standpunkt. Starke-Dresden erklärte, daß die Arbeiterbeisitzer auch heute noch auf dem Standpunkte stehen, der Einführung der Verhältniswahl bei den Gewerbegerichten nur dann zustimmen, wenn sie obligatorisch eingeführt wird.

In den Ausschluß wurde als Vertreter der Arbeiterbeisitzer Starke-Dresden wiedergewählt, so daß nach dem Beschlusse der Vorkonferenz der Arbeiterbeisitzer, den Zentralausschluß der Arbeiterbeisitzer und Vertreter im Ausschluß des Verbandes an einem Orte zu wählen, den Sitz des Zentralausschusses der Arbeiterbeisitzer x. nimmere nach Dresden verlegt wird. Dem Vernehmen nach soll der Sitz des Ausschusses des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte nach Berlin verlegt werden.

Zweiter Verhandlungstag.

Der zweite Verhandlungstag begann mit einem vorzüglichen Referate Dr. Singheimers-Frankfurt a. M., Rechtsanwältin, über: „Tarifverträge.“ Er zerlegte das Thema in drei Fragen: 1. Ist der Tarifvertrag ein Rechtsverhältnis oder nicht? 2. Erstreckt sich die Wirksamkeit des kollektiven Tarifvertrages auch auf Nichtorganisierte? 3. Kann der kollektive Arbeitsvertrag durch individuellen Arbeitsvertrag gebrochen werden? Die erste Frage beantwortete Redner dahin, daß jeder Vertrag, der nicht gegen das Gesetz verstößt, rechtsgültig ist. Die Vorschriften über Treu und Glauben dürfen hier nicht angewendet werden, auch der § 152 Abs. II der Gewerbe-Ordnung wird ganz zu Unrecht auf den kollektiven Arbeitsvertrag angewendet. Bei diesen Arbeitsverträgen handelt es sich nur um die Festlegung von Uebereinkommen zwischen zwei Parteien, nicht aber um jene Tätigkeit, die der § 152 im Auge hat. Was die zweite Frage anbetrifft, so hält der Referent die Ausdehnung der Tarifverträge auf Nichtorganisierte für im Interesse der beiden Parteien liegend und sei diese Ausdehnung auch deswegen erwünscht, damit die Gelegenheit für die Unternehmer mit den Unorganisierten individuelle Arbeitsverträge abzuschließen, vermindert würde. In der dritten Frage präzisiert Redner seinen Standpunkt dahin, daß der kollektive Arbeitsvertrag niemals durch individuelle Arbeitsverträge gebrochen werden kann. Ersterer ist weitergehendes Recht als letztere und gehe daher vor. Im den kollektiven Arbeitsvertrag wirksam zu gestalten und die verschiedene Rechtsauslegung aufzuheben, ist der § 152, 2 der G. O. aufzugeben und die gesetzliche Sicherstellung dieser Materie anzustreben. Zu einem Teil wird, nach der sehr zweifelhaften Anschauung des Referenten, das erreicht, wenn der in Aussicht stehende Segenwirkung über die Rechtsfähigkeit der Berufsorganisation Gesetz geworden sein wird.

Vom Gewerbegericht Ludwigshafen lag ein an den Bundesrat gerichteter Antrag vor, in dem gefordert wird, daß die Gewerbegerichte künftig auch für die Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Gewerbebetrieb der Eisenbahnunternehmungen zuständig sind. Der Verbandstag billigte diese Forderung. In bezug auf die Zulassung von Prozeßbevollmächtigten zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten trat Starke-Dresden für eine liberale Auslegung des Wortes „geschäftsmäßig“ ein.

Die weiteren Tagesordnungspunkte: „Die Gründe zur sofortigen Entlassung nach der Gewerbe-Ordnung und nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch“ sowie „Zuständigkeit bei Klagen von Rechtsnachfolgern oder gegen diese“ wurden dem Ausschuß als Material für den nächsten Verbandstag überwiesen. Das vorgelegene Referat des Stadtrat Wagner-Draunshweig mußte wegen Verhinderung des Referenten ausfallen.

Aus den umfangreichen Verhandlungen des Verbandstages sind namentlich zwei Punkte von besonderem Interesse. Einmal die energische Abweisung der Sonderbündelungen der deutschnationalen Handlungsgesellen, denen nach dieser eskalanten Niederlage wohl die Lust zu weiteren ähnlichen Taten vergangen sein wird. Was aber noch weit wichtiger ist, das sind die auf diesem Verbandstage hervorgetretenen Bestrebungen auf Zulassung der Rechtsanwältin zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten. Vorerst sind diese Bestrebungen nur ganz schüchtern hervorgetreten, zweifelsohne ist das aber ein Versuch, die Verschlechterung der gewerbegerichtlichen Rechtsprechung langsam vorzubereiten. Und deshalb haben wir alle Ursache, diesen Bestrebungen von vornherein mit aller Schärfe entgegenzutreten.

Aus der Partei.

Rom, 17. September. Ein außerordentlicher Kongreß der Arbeiterkammern tritt am 20. September im höchsten Parteilokal zusammen, um über die Maßnahmen der Arbeiterorganisationen im Falle einer neuen Niedermehelung von Proletariern durch Militär-Beschlüsse zu fassen. Man hat den 20. September zur Einberufung gewählt, da an diesem Tage der Fall der weltlichen Herrschaft des Papstes vom offiziellen Italien gefeiert wird, bei welcher Gelegenheit die Eisenbahnen eine Fahrpreisverminderung von 75 Proz. gewähren.

Arbeiter-Zamarterkolonne. Heute abend 9 Uhr: 3. Abteilung, Schöneberg, bei Uhl, Weiningerstr. 8. Vortrag des Herrn Dr. Sommerfeld über: Vergiftungen und gefährliche Krankheitszustände. Nachher praktische Übungen. — 4. Abteilung, Lichtenberg. Die Uebungsstunde findet umhändehaber erst am Freitag im Lokale von Gebr. Arnold, Franzfurter Chaussee 5 statt. Vortrag des Herrn Dr. Hirschfeld über: Vergiftungen, Ertrinken, Erstickten, Wiederbelebungsversuche. Nachher praktische Übungen. — Gäste sind willkommen. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten.

Sozialdemokratischer Zentral-Wahlverein für den Reichstags-Wahlkreis Kalau-Budan. Ortsverein Berlin. Donnerstag, den 21. September, abends 8 1/2 Uhr, findet die Monatsversammlung bei dem Genossen Wehnacht, Grünstr. 21 statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Streikgeneralversammlung (Berichterstatter Genosse Karl Hoffmann). 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, zu erscheinen. Gäste willkommen.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. Zweigverein Berlin. Versammlung am 21. September, abends 10 Uhr, Rosenhallerstr. 57. Vortrag des Genossen Stripp. Erscheinen notwendig.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. Zweigverein Rixdorf. Donnerstag, den 21. September, abends 10 Uhr, bei Doppe, Deckerstr. 14: Außerordentliche Generalversammlung.

Zentralverband der Handlungsgesellen und -Gesellsinnen Deutschlands. (Bezirk Berlin.) Donnerstag abend 9 Uhr Sitzung in den „Reinholden“, Kommandantenstr. 20. Gäste sind willkommen. Marmorarbeiter. Freitag, den 22. September, im Englischen Garten: Mitgliederversammlung. Bericht der Tarifkommission. Diskussion. Verschiedenes.

Vermischtes.

Die Cholera. Die Untersuchung seitens des hygienischen Instituts in Greifswald hat, wie aus Stettin gemeldet wird, ergeben, daß der Tod des am 17. d. M. verstorbenen Schiffers Bögle aus Jürstenberg

durch asiatische Cholera erfolgt ist. Der „Ostpreussischen Rundschau“, zufolge liegt im Bromberger Bezirk nur ein Erkrankungsfall an Cholera vor. Er betrifft den Arbeiter Kroll in Dragig, dessen Sohn schon früher an Cholera erkrankt ist. — Aus Rastenburg wird gemeldet: Die in den Choleraabenden in Rastenburg untergebrachten 20 Personen aus Warnitz sind heute von dort als gesund entlassen worden. — Die „Neuen Westpreussischen Mitteilungen“ melden: Bei Grete und Heinrich Siemens, beide aus Jeseowitz, sowie bei dem Kinde Grete Weier in Kurgabrad und bei zwei Kindern und einem Arbeiter in Graubenz sind Choleraerkrankungen festgestellt worden. Sämtliche Personen befanden sich bereits unter Beobachtung, es handelt sich also bei ihnen um keine Neuerkrankungen. — Aus Konstantinopel wird berichtet: Die sanitären Maßregeln, über die von Hamburg auf dem Seewege in Konstantinopel eintreffenden Waren sind aufgehoben worden.

Briefkasten der Redaktion.

Drei Str. 1. Gumbinnen. 2. Kartens und sein Schwager Hidel. v. 1902. — Plattfuß. Durch das Sekretariat der Gewerkschaften zu erfahren. Engel-Ufer 15, parterre. Spezial durch Herrn Simanowski. — W. G. 21. 1.—4. Die Sache ist doch sehr ernst. Deshalb sollten Sie nicht unternehmen ohne den Rat einer hervorragenden ärztlichen Autorität. — Zoflojan. Königt beantwortet. Werden Sie sich an das Berliner Polizeipräsidium, Abteilung für Debarmentenwesen. Alles Nähere von dort. — P. B. 60. Freie Volksbühne. Näheres durch Herrn G. Winkler, Rixdorf, Rixdorfstr. 46. — J. W. Wir sind auf polnischen Gebiete leider noch nicht allwissend. Wenn bei den zuständigen lokalen Postämtern nichts auszurichten ist, versuchen Sie es vielleicht mit einer Beschwerde bei der Oberpostdirektion Ihres Bezirkes. — Rekrut K. Und ist von einem späteren Termine der Einziehung etwas Offizielles oder Positives nicht bekannt. — R. 3. Tour 4. Anfragen bei der 10. Fortbildungsschule, Reichsbergerstr. 44/45. Dirigent: Kandel, Grimmstr. 1. 2. Erkundigen Sie sich zunächst in der Schule selbst bei einer geeigneten Personlichkeits. — P. 0001. 1. Im juristischen Teil. 2. Reinholdsdorf, Wiltstr. 62. — G. R. 28. Wir besitzen die Adressen solcher Firmen leider nicht. — D. R. 46. Ausland ist der am meisten verschuldete Staat. — Streitköpfe. Das macht natürlich kein Graß; lieber läßt er sich ein Regiment von Graßen auf Regimenten umfassen ernähren, als daß er die Kosten auch nur für einen einzigen Soldaten bestreite. — Graß. Fragen Sie Bebel selbst danach. Wobeser: Jena, Volkshaus, Karl Heißplatz. Warum so neugierig? — W. 10. Rein. — P. C. 1. Ja. 2. Rein. — R. B. Ja. — J. G. Eingabe an die städtische Stützungsdeputation, Poststraße 15; ohne Remnung einer bestimmten Stellung. —

Witterungsbericht vom 20. September 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 8 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. C., Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. C. Rows include Ewinemde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 21. September 1905.

Hiemlich trübe, später auflarend bei mäßigen nordöstlichen Winden und wenig veränderter Temperatur; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 19. September. Elbe bei Hulsig + 0,09 Meter, bei Dresden - 1,47 Meter, bei Magdeburg + 1,10 Meter. — Uckeritz bei Stralsund - 0,10 Meter. — Oder bei Rathow + 0,87 Meter, bei Breslau Oberpegel - 4,74 Meter, bei Breslau Unterpegel + 1,70 Meter, bei Frankfurt + 1,20 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 2,58 Meter. — Warthe bei Posen + 0,10 Meter. — Rega bei Uth - 0,10 Meter.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthaus-Direktion. Rindfleisch Ia 62-69 pr. 100 Pfund, Ha 56-60, IIIa 50-56, IVa 40-48. Kalbfleisch Ia 84-90, IIa 72-84, IIIa 60-70, Hammelfleisch Ia 68-75, IIa 58-66, Schweinefleisch 65-72. Stanchen 60-90 Pf. Rotwild, Fild 40-55 Pf. Rebhühner, Junge 0,80-1,06, alte 0,65-0,75; Hühner, alte 1,20-2,00, Junge 0,50-1,20 das Stüd. Gänse, Junge 0,48-0,54 das Pfund. Geyte 99-103 Pf. pr. 100 Pfund, Schlei 100-108, Wale 91, Karpfen 70-80, Rache 105, Egelwilde 15-23, Runder 10-13, Schottische Vollerbringe (gelassen) 30-38, Krefise, unsort., Schod 3,00. Eier, Schod 3-3,50. Butter, pr. 100 Pfund Ia 120-124, IIa 115-120, IIIa 110-115, abfallende 100-108. Karloffeln, pr. 100 Pf. rote 1,75-2,00, Welen 1,50-1,75, Blane 2,00-2,25, runde weiße 1,75-2,00, Rotkohl, Schod 3,00-6,00, Weißkohl 2,00-5,00, Wirsingkohl 2,00-5,00; neue saure Gurken, Schod 2,-.

Todes-Anzeige. Nach langem schweren Leiden entschlief am 18. d. M. unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Löhner Friedrich Kanzenbach im 65. Lebensjahre. 1800b Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde, aus statt. Die trauernden Hinterbliebenen.

Karl Becker. Am 19. Sept. verstarb plötzlich infolge Herzschlages unser Kollege, der Träger Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. Sept., nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 1842b Die Kollegen der Firma Litzauer u. Boyson.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands. Filiale Berlin. Todes-Anzeige. Am 18. September verstarb unser treues Mitglied Friedrich Kanzenbach im 65. Lebensjahre. Es sei seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 22. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 1905/14 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berl. Reichstagswahlkreise. Unser treues Mitglied, der Kaufmann Max Lindemann ist am Montag seinem langjährigen schweren Leiden erlegen. Das Andenken des früher so tätigen Genossen werden wir stets in Erinnerung behalten. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Weihenfelden aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands. Zahlstelle Berlin u. Umgegend. (Bezirk 4.) Allen Kameraden zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied Hermann Carlitscheck am Montag plötzlich am Herzschlag verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Kirchhof in Friedrichsfelde aus statt. Um rege Beteiligung bitten Der Vorstand.

Dankfagung. Für die mir anlässlich des Ablebens meiner lieben Frau in so vielem Maße erwiesene Teilnahme sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten herzlichsten Dank. Heinrich Krüger, Schandwirl, Lychnersstraße 8. 1885b Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme seitens des Verbandes der Stäffeleure sowie der Herren Kollegen der Firma Beyer u. Drechsler bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich meinen verbindlichsten Dank. Marie Lanzenberg nebst Sohn.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 21. September.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Spernhaus. Die Raubritze.
Schauspielhaus. Uffello, der Rührer von Benedig.
Neues. Ein Sommernachtsstraum.
Westen. Die neugierigen Frauen.
Alteins. Hiballa.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater).
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Der G'wissenswurm.

Zeffing. Benignens Erlebnis. —
Hanneles Himmelfahrt.
Neutral. Die Weibin.
Reibenz. Die Höhle des Löwen.
Trianon. Das Ende der Liebe.
Thalia. Bis ich um Ringe!
Carl Weiß. Der Wellumsegler wider Willen.

Belle-Alliance. Den All Beh.
Luise. Der jüngste Leutnant.
Deutsches Amerikanisches. Über, Herr Herzog!
Kassio. Der Welschnarr.
Metropol. Auf — ins Metropol!
Hyppo. Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel. — Am Hochzeitabend. — Spezialitäten.
Herrnsfeld. Die Meyerhains.
Wintergarten. Lole Fuller. Spezialitäten.

Holles Caprice. Soll und Haben.
Nach dem Nipentreich.
Passage. Soldi Augustin. Herr Taciani. Spezialitäten.
Reichshausen. Seltener Sängers.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Im Lande der Mitternachts-Sonne.
Invalidentraße 57/52. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Anfang 8 1/2 Uhr:
Lustspielhaus. Der Familientag.

Kleines Theater.

Heute abend 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug.
Vorher:
Die Laune des Verliebten.

Freitag: Nachtschl.
Sonnabend: Der zerbrochene Krug.
Vorher: Die Laune des Verliebten.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Lore.
Hierauf: Angela. Abends 8 Uhr:
Der zerbrochene Krug. Vorher: Die Laune des Verliebten.
Montag: Nachtschl.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr:
Ein Sommernachtsstraum.

Freitag u. folgende Tage:
Ein Sommernachtsstraum.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 97. Täglich 8 Uhr.
Der Adelsnarr.

Vorher: Die Zauberorgel von Offenbach.
Original Alhambra Compagnie
zum 1. Male in Berlin Duo Sordani.
Sonnt. 4 Uhr: Ein Sohn des Volkes.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Das Ende der Liebe.

Satirisches Lustspiel in vier Akten von Roberto Bracco.
Deutsch von Otto Henschel.
Anfang 8 Uhr.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Lumpengesindel.

Freitag zum erstenmal: Gastspiel H. Rattomsky: Wilhelm Tell.
Sonnabend: Kinder der Erzählung.
Sonntag nachm.: Hiesco. Abends:
Lumpengesindel.
Montag: Der jüngste Leutnant.

Apollo-Theater.

Täglich:
10 Uhr. Ein Abend in einem amerik. Tingel-Tangel

Vorh.: Hochzeitsabend, Spezialitäten.
Sonntag, den 1. Oktober cr.: Erste Nachmittags-Vorstellung mit amerik. Tingel-Tangel u. Luftballon-Grigolatto zu bedeutend ermäßigten Preisen!
Anfang 8 Uhr.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater

Frankfurter-Allee 85.
Ab 16. September
neues Programm.
Kolossaler Erfolg von
Sine Berliner Range.
Posse mit Gesang.
16 Spezialitäten-Nummern.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Lustspiel in 4 Akten v. Thilo v. Trotha.
Freitag, abends 8 Uhr:
Nora.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Leibarbe.

Schiller-Theater N.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Bauernkomödie mit Gesang in 4 Akten von Ludwig Angenieder.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.

Schwank in 3 Akten v. R. Hamequin und B. Wilhaud.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Zum 151. Male:
Die Meyerhains.

Komödie in drei Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorherf. 11-2 Uhr.
In Vorbereitung:
Der Familientag.
Eine Größtkomödie von Anton und Donat Herrnsfeld.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Direkt.: W. Reimer.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Am glänzendsten und
elektr. beleucht. Stablfestem.
Hofmanns
Norddeutsche Sängers
und Tanztruppen.
Sonntag Beginn 5 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Dienstags und Mittwoch:
Edle-Ensemble.
Die Waise aus Lowood.
Kabale und Liebe.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Lustspiel in 4 Akten v. Thilo v. Trotha.
Freitag, abends 8 Uhr:
Nora.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Leibarbe.

Schiller-Theater N.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Bauernkomödie mit Gesang in 4 Akten von Ludwig Angenieder.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.

Schwank in 3 Akten v. R. Hamequin und B. Wilhaud.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Zum 151. Male:
Die Meyerhains.

Komödie in drei Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorherf. 11-2 Uhr.
In Vorbereitung:
Der Familientag.
Eine Größtkomödie von Anton und Donat Herrnsfeld.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Direkt.: W. Reimer.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Am glänzendsten und
elektr. beleucht. Stablfestem.
Hofmanns
Norddeutsche Sängers
und Tanztruppen.
Sonntag Beginn 5 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Dienstags und Mittwoch:
Edle-Ensemble.
Die Waise aus Lowood.
Kabale und Liebe.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Lustspiel in 4 Akten v. Thilo v. Trotha.
Freitag, abends 8 Uhr:
Nora.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Leibarbe.

Schiller-Theater N.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Bauernkomödie mit Gesang in 4 Akten von Ludwig Angenieder.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.

Schwank in 3 Akten v. R. Hamequin und B. Wilhaud.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Zum 151. Male:
Die Meyerhains.

Komödie in drei Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorherf. 11-2 Uhr.
In Vorbereitung:
Der Familientag.
Eine Größtkomödie von Anton und Donat Herrnsfeld.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Direkt.: W. Reimer.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Am glänzendsten und
elektr. beleucht. Stablfestem.
Hofmanns
Norddeutsche Sängers
und Tanztruppen.
Sonntag Beginn 5 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Dienstags und Mittwoch:
Edle-Ensemble.
Die Waise aus Lowood.
Kabale und Liebe.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Lustspiel in 4 Akten v. Thilo v. Trotha.
Freitag, abends 8 Uhr:
Nora.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Leibarbe.

Schiller-Theater N.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Bauernkomödie mit Gesang in 4 Akten von Ludwig Angenieder.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.

Schwank in 3 Akten v. R. Hamequin und B. Wilhaud.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Zum 151. Male:
Die Meyerhains.

Komödie in drei Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorherf. 11-2 Uhr.
In Vorbereitung:
Der Familientag.
Eine Größtkomödie von Anton und Donat Herrnsfeld.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Direkt.: W. Reimer.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Am glänzendsten und
elektr. beleucht. Stablfestem.
Hofmanns
Norddeutsche Sängers
und Tanztruppen.
Sonntag Beginn 5 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Dienstags und Mittwoch:
Edle-Ensemble.
Die Waise aus Lowood.
Kabale und Liebe.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Lustspiel in 4 Akten v. Thilo v. Trotha.
Freitag, abends 8 Uhr:
Nora.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Leibarbe.

Schiller-Theater N.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Bauernkomödie mit Gesang in 4 Akten von Ludwig Angenieder.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.

Schwank in 3 Akten v. R. Hamequin und B. Wilhaud.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Zum 151. Male:
Die Meyerhains.

Komödie in drei Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorherf. 11-2 Uhr.
In Vorbereitung:
Der Familientag.
Eine Größtkomödie von Anton und Donat Herrnsfeld.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Direkt.: W. Reimer.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Am glänzendsten und
elektr. beleucht. Stablfestem.
Hofmanns
Norddeutsche Sängers
und Tanztruppen.
Sonntag Beginn 5 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Dienstags und Mittwoch:
Edle-Ensemble.
Die Waise aus Lowood.
Kabale und Liebe.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Lustspiel in 4 Akten v. Thilo v. Trotha.
Freitag, abends 8 Uhr:
Nora.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Leibarbe.

Schiller-Theater N.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Bauernkomödie mit Gesang in 4 Akten von Ludwig Angenieder.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.

Schwank in 3 Akten v. R. Hamequin und B. Wilhaud.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Zum 151. Male:
Die Meyerhains.

Komödie in drei Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorherf. 11-2 Uhr.
In Vorbereitung:
Der Familientag.
Eine Größtkomödie von Anton und Donat Herrnsfeld.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Direkt.: W. Reimer.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Am glänzendsten und
elektr. beleucht. Stablfestem.
Hofmanns
Norddeutsche Sängers
und Tanztruppen.
Sonntag Beginn 5 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Dienstags und Mittwoch:
Edle-Ensemble.
Die Waise aus Lowood.
Kabale und Liebe.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hofgunst.
Lustspiel in 4 Akten v. Thilo v. Trotha.
Freitag, abends 8 Uhr:
Nora.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Leibarbe.

Schiller-Theater N.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Bauernkomödie mit Gesang in 4 Akten von Ludwig Angenieder.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der G'wissenswurm.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Ein Wintermärchen.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage
Anfang 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.

Schwank in 3 Akten v. R. Hamequin und B. Wilhaud.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Zum 151. Male:
Die Meyerhains.

Komödie in drei Akten mit den Autoren
Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorherf. 11-2 Uhr.
In Vorbereitung:
Der Familientag.
Eine Größtkomödie von Anton und Donat Herrnsfeld.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 24. September, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater.
7./8. Abteilung
Nummer Achtzig
und
Der Panzer
von Herm. Hoyeremans.
Carl Weiß-Theater.
2./3. Abteilung
Egmont.
Trauerspiel in 5 Akten von
W. Goethe.
Musik von L. v. Beethoven.

Dienstag, den 17. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr,
im Rathaus:
Schumann-Heine
Vortragender: Dr. Max Hirschberg, Dozent der
Musikgeschichte an der Humboldt-Akademie.
Alle neuen Mitgliedskarten müssen aus den
Zahlstellen abgeholt werden und müssen 2 Marken a 80 Pf.
enthalten.
Sonnabend, 23. September, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus:
Ordner-Sitzung.
Das Erscheinen aller Ordner mit ihren Mitglieds-
karten ist unbedingt erforderlich.
Der Vorstand. 229/16
Die Geschäftsstelle und Kassenverwaltung: G. Winkler.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 24. September, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater.
7./8. Abteilung
Nummer Achtzig
und
Der Panzer
von Herm. Hoyeremans.
Carl Weiß-Theater.
2./3. Abteilung
Egmont.
Trauerspiel in 5 Akten von
W. Goethe.
Musik von L. v. Beethoven.

Dienstag, den 17. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr,
im Rathaus:
Schumann-Heine
Vortragender: Dr. Max Hirschberg, Dozent der
Musikgeschichte an der Humboldt-Akademie.
Alle neuen Mitgliedskarten müssen aus den
Zahlstellen abgeholt werden und müssen 2 Marken a 80 Pf.
enthalten.
Sonnabend, 23. September, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus:
Ordner-Sitzung.
Das Erscheinen aller Ordner mit ihren Mitglieds-
karten ist unbedingt erforderlich.
Der Vorstand. 229/16
Die Geschäftsstelle und Kassenverwaltung: G. Winkler.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 24. September, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater.
7./8. Abteilung
Nummer Achtzig
und
Der Panzer
von Herm. Hoyeremans.
Carl Weiß-Theater.
2./3. Abteilung
Egmont.
Trauerspiel in 5 Akten von
W. Goethe.
Musik von L. v. Beethoven.

Dienstag, den 17. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr,
im Rathaus:
Schumann-Heine
Vortragender: Dr. Max Hirschberg, Dozent der
Musikgeschichte an der Humboldt-Akademie.
Alle neuen Mitgliedskarten müssen aus den
Zahlstellen abgeholt werden und müssen 2 Marken a 80 Pf.
enthalten.
Sonnabend, 23. September, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus:
Ordner-Sitzung.
Das Erscheinen aller Ordner mit ihren Mitglieds-
karten ist unbedingt erforderlich.
Der Vorstand. 229/16
Die Geschäftsstelle und Kassenverwaltung: G. Winkler.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 24. September, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater.
7./8. Abteilung
Nummer Achtzig
und
Der Panzer
von Herm. Hoyeremans.
Carl Weiß-Theater.
2./3. Abteilung
Egmont.
Trauerspiel in 5 Akten von
W. Goethe.
Musik von L. v. Beethoven.

Dienstag, den 17. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr,
im Rathaus:
Schumann-Heine
Vortragender: Dr. Max Hirschberg, Dozent der
Musikgeschichte an der Humboldt-Akademie.
Alle neuen Mitgliedskarten müssen aus den
Zahlstellen abgeholt werden und müssen 2 Marken a 80 Pf.
enthalten.
Sonnabend, 23. September, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus:
Ordner-Sitzung.
Das Erscheinen aller Ordner mit ihren Mitglieds-
karten ist unbedingt erforderlich.
Der Vorstand. 229/16
Die Geschäftsstelle und Kassenverwaltung: G. Winkler.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 24. September, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater.
7./8. Abteilung
Nummer Achtzig
und
Der Panzer
von Herm. Hoyeremans.
Carl Weiß-Theater.
2./3. Abteilung
Egmont.
Trauerspiel in 5 Akten von
W. Goethe.
Musik von L. v. Beethoven.

Dienstag, den 17. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr,
im Rathaus:
Schumann-Heine
Vortragender: Dr. Max Hirschberg, Dozent der
Musikgeschichte an der Humboldt-Akademie.
Alle neuen Mitgliedskarten müssen aus den
Zahlstellen abgeholt werden und müssen 2 Marken a 80 Pf.
enthalten.
Sonnabend, 23. September, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus:
Ordner-Sitzung.
Das Erscheinen aller Ordner mit ihren Mitglieds-
karten ist unbedingt erforderlich.
Der Vorstand. 229/16
Die Geschäftsstelle und Kassenverwaltung: G. Winkler.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 24. September, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater.
7./8. Abteilung
Nummer Achtzig
und
Der Panzer
von Herm. Hoyeremans.
Carl Weiß-Theater.
2./3. Abteilung
Egmont.
Trauerspiel in 5 Akten von
W. Goethe.
Musik von L. v. Beethoven.

Dienstag, den 17. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr,
im Rathaus:
Schumann-Heine
Vortragender: Dr. Max Hirschberg, Dozent der
Musikgeschichte an der Humboldt-Akademie.
Alle neuen Mitgliedskarten müssen aus den
Zahlstellen abgeholt werden und müssen 2 Marken a 80 Pf.
enthalten.
Sonnabend, 23. September, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus:
Ordner-Sitzung.
Das Erscheinen aller Ordner mit ihren Mitglieds-
karten ist unbedingt erforderlich.
Der Vorstand. 229/16
Die Geschäftsstelle und Kassenverwaltung: G. Winkler.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 24. September, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater.
7./8. Abteilung
Nummer Achtzig
und
Der Panzer
von Herm. Hoyeremans.
Carl Weiß-Theater.
2./3. Abteilung
Egmont.
Trauerspiel in 5 Akten von
W. Goethe.
Musik von L. v. Beethoven.

Dienstag, den 17. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr,
im Rathaus:
Schumann-Heine
Vortragender: Dr. Max Hirschberg, Dozent der
Musikgeschichte an der Humboldt-Akademie.
Alle neuen Mitgliedskarten müssen aus den
Zahlstellen abgeholt werden und müssen 2 Marken a 80 Pf.
enthalten.
Sonnabend, 23. September, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus:
Ordner-Sitzung.
Das Erscheinen aller Ordner mit ihren Mitglieds-
karten ist unbedingt erforderlich.
Der Vorstand. 229/16
Die Geschäftsstelle und Kassenverwaltung: G. Winkler.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 24. September, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater.
7./8. Abteilung
Nummer Achtzig
und
Der Panzer
von Herm. Hoyeremans.
Carl Weiß-Theater.
2./3. Abteilung
Egmont.
Trauerspiel in 5 Akten von
W. Goethe.
Musik von L. v. Beethoven.

Dienstag, den 17. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr,
im Rathaus:
Schumann-Heine
Vortragender: Dr. Max Hirschberg, Dozent der
Musikgeschichte an der Humboldt-Akademie.
Alle neuen Mitgliedskarten müssen aus den
Zahlstellen abgeholt werden und müssen 2 Marken a 80 Pf.
enthalten.
Sonnabend, 23. September, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus:
Ordner-Sitzung.
Das Erscheinen aller Ordner mit ihren Mitglieds-
karten ist unbedingt erforderlich.
Der Vorstand. 229/16
Die Geschäftsstelle und Kassenverwaltung: G. Winkler.

Freie Volksbühne.

Berliner Nachrichten.

Der Alkohol als Mittel zur Stärkung

stand früher bei den Ärzten in hohem Ansehen. „Teils dieserhalb teils außerdem“ wurde der Nat. ihn zu solchem Zweck zu gebrauchen, von gläubigen Laien auch gern und eifrig befolgt.

Der Laie mag den Rückweg, den ihm die Ärzte jetzt weisen, nicht immer so willig gehen wie den Hinweg, auf dem er ihnen gefolgt war. Aber von Krankenkassen und Krankenhäusern wird ihm die Umkehr in anerkannter Weise erleichtert.

Für stillende Mütter galt es früher gleichfalls als sehr wünschenswert, daß sie sich fleißig durch Alkohol „stärkten“.

Die Vorbeugungsmaßregeln gegen die Cholera

werden nach dem Bericht der Sanitätskommission in Berlin zweifellos mit anerkanntem Eifer durchgeführt.

Die Markthallen-Deputation, welche am Dienstag tagte,

hatte eine Reihe von wichtigen Angelegenheiten zu erledigen.

werden verlangt: Anfangslohn 4 M., nach 2 Jahren 4,25 M., nach 4 Jahren 4,50 M., nach 6 Jahren 4,75 M., nach 8 Jahren 5 M.

Die Stadtverordneten Cassel, Kaempf und Mitglieder der Fraktion der Linken haben bei der Stadtverordneten-Versammlung folgenden Antrag eingebracht:

Ueber die Verhaftung von Senna Hoy (Johannes Holzmann), die wie wir berichteten, in Zürich erfolgt ist, berichten Schweizer Blätter: Senna Hoy hatte sich in Zürich ein Ingenieur Hobanow ausgeben.

Ein patriotischer Festtag zweiter Ordnung war gestern in Berlin; die feierlichen Gebäude sagten reglementmäßig, eckige Postleferanten aus Begeisterung.

Die Lindenstraße soll nach Festlegung einer neuen Baufluchtlinie nach der Reuthstraße in der Richtung nach dem Spittelmarkt zur Entlastung der Leipzigerstraße durchgebrochen werden.

Riefenbau der Deutschen Bank. Das Bankviertel wird in den nächsten Jahren um einen Monumentalbau bereichert werden.

Die ersten dänischen Milchbussen sind gestern mittig in Berlin auf den Stettiner Bahnhof eingetroffen.

Denunziantenarbeit. Wegen Nichtauflösung einer Pädler-Versammlung, in welcher der Graf zu Nord und Raub gegen die Juden auftraten, hatte sich der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens beschwerend an das Polizeipräsidium gewandt.

sich daraufhin beim Minister des Innern. Die Antwort des Ministers berührt die strittige Frage in dem besondern Falle nicht, enthält jedoch die Zusicherung, es sei Vorkehrung getroffen, daß bei etwaigem weiteren Auftreten des Grafen Pädler in öffentlichen Versammlungen im Falle von Ausschreitungen die Auflösung erfolge.

Wer es mit der Bekämpfung des Antisemitismus ernst meint, muß mit Bedauern Notiz davon nehmen, daß die Denunziantenarbeit des Staatsbürgervereins nur geeignet ist, der Pädler-Anhänger zuzuführen.

Ein tragisches Ende. Der Doppelselbstmord eines Ehepaares am Spanauer Berg, worüber wir gestern berichteten, hat jetzt seine volle Aufklärung gefunden.

Die optische Anstalt G. P. Goerz, Aktiengesellschaft, Berlin-Friedenau, teilt uns mit, daß sie ihrer gesamten Arbeiterschaft, gleichwie im Vorjahre, für die Zeit vom 18.—25. September einen Erholungsurlaub bei voller Lohnzahlung gewähre.

Für 5000 Mark Brillanten felsen in der vergangenen Nacht einem Einbrecher in der Französischen Straße in die Hände.

In Hamburg festgenommen wurde gestern ein internationaler Ladendieb, der kürzlich auch in Berlin in einem Kaufhaus eine Goldtruhe gab.

Lehrlingsausbeutung. Eine Lokalkorrespondenz meldet: Eine Menschenhanderei verursacht in der Gegend der Velleuestraße und des Potsdamer Platzes eine größere Menschenansammlung.

Strafensperrung. Das Bundesrats-Ufer von der Stromstraße bis zur Wochumerstraße ist behufs Asphaltierung vom 10. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Der Mord in der Hasenheide. Ueber den Selbstmord des Ritters, des Mörders der Marie Pioch, wird noch folgendes berichtet: Als gestern vormittag ein leeres Remontelack des zum Gestalt Bärenlau gehörenden Depots Leberdemars zur Aufnahme von Pferden zurückgemacht werden sollte, fand man darin die Leiche eines Mannes.

Zu dem Gerücht von einem Morde hat ein geheimnisvoller Todesfall im Osten der Stadt Veranlassung gegeben.

manns Kowal sei dort in der Küche tot aufgefunden und ein Verbrechen an ihr verübt worden. Frau K. hatte den ganzen Tag über nichts von sich hören lassen, worauf die Schwester, Verdacht schöpfend, die Tür zur Wohnung gewaltsam öffnen ließ. In der Küche auf dem Fußboden lag die Vermisste als Leiche neben dem Herd. Die Haare, die sonst gewöhnlich in einem Pops zusammengeflochten waren, waren geöffnet. Der Arzt, der sofort zur Stelle kam, vermachte die Todesursache mit Bestimmtheit nicht festzustellen. Die Polizei wurde von dem seltsamen Leichenfund in Kenntnis gesetzt und ist bemüht, die Angelegenheit aufzuklären.

Im Verfolgungswahnsinn hat sich der 42 Jahre alte Schuhmacher August Hoffmann aus der Frankfurterstr. 14 das Leben genommen. Der Mann zeigte schon länger hin und wieder Spuren geistiger Verwirrung. Vorgespiert nachmittags kam der Verfolgungswahnsinn zum Ausbruch, und ehe seine Frau es verhindern konnte, trank der Kranke Hydol, um sich den vermeintlichen Verfolgern zu entziehen. Frau Hoffmann holte sofort einen Arzt, aber während dieser ihren Mann noch den Wagen auspumpt, starb er schon.

Feuerbericht. Mittwoch gegen Mittag kam in der Markgrafenstraße 6 in einer Wohnung Feuer aus, das indes vom 17. Löschzuge leicht beseitigt werden konnte. — In der Eichhornstr. 1 und in der Braunsbergerstr. 81 mußten dann zwei Kellerbrände unterdrückt werden. In beiden Fällen wurde allerlei Gerümpel, Verpackungsmaterial und alter Hausrat eingeküchert. — Weiten, Möbel, Kleidungsstücke zc. gingen weiter in der Domänenstr. 15, Emdenerstr. 48 und in der Graunstr. 98 in Flammen auf. — Am Luisen-Platz 22 hatte schließlich noch Feuer in einer Küche gefangen. — Nach der Invalidenstraße wurde die Wehr nachmittags gerufen, weil dort vor dem Hause Nr. 11 das dreijährige Söhnchen des Arbeiters Wilhelm Guffke unter einen Straßenbahnwagen der Linie Schönhauser Allee-Friedenau geraten war und nicht wieder herabgeholt werden konnte. Das Kind wurde mit großer Mühe unter dem Vorderperron herabgezogen. Es hatte eine starke Kopfverletzung davongetragen. —

Theater. Im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) wird Donnerstag und Sonntag abend „Hofgünst“, Freitag „Kora“ und Sonnabend zum letztenmal „Der Leibarzt“ wiederholt. Für die Sonntag-Nachmittagsvorstellung „Der Traum ein Leben“ neu einstudiert. — Im Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-Straße) wird Donnerstag und Freitag „Der Wissenschaftler“, Sonnabend „Ein Wintermärchen“ und Sonntag abend „Kora“ gegeben. Sonntag nachmittags wird „Fahrgast Henschel“ wiederholt. — Die auf Donnerstag angelegte Erstaufführung von „Sibilla“ im Kleinen Theater mußte bis nächsten Dienstag, den 28. d. M., verschoben werden, da Franz Bedelind, der bekanntlich selbst die Hauptrolle in seinem Stücke spielt, in einer dringenden Prozeßangelegenheit nach München abberufen wurde. Statt dessen werden Donnerstag, Sonnabend und Sonntag abend „Der zerbrochene Krug“ und „Die Laune des Verliebten“ gegeben. — Im Bahnhallen-Theater (vormals National-Theater am Weinbergsweg) sind die Proben zur Eröffnungsvorstellung unter der Leitung des Direktors Richard Schulz im vollen Gange. Die neue Aera beginnt mit einer Neu-Ausgestaltung der Berliner Posse mit Gesang und Tanz: „Eine tolle Nacht“ von J. Freund, Musik von J. Fiedlerhofer. — Im Apollo-Theater ist die erste Nachmittags-Vorstellung am 1. Oktober. U. a. treten die amerikanischen Künstler mit ihrer urkomischen Burleske: „Ein Abend in einem amerikanischen Zingeltanz“ auf, außerdem wird sich Preciosa Grigolatis mit ihren liegenden Eisen produzieren. — Fräulein Lucie Höflich ist vom 1. September 1909 ab dem Lessing-Theater auf 5 Jahre verpflichtet worden. Der Vertrag der Frau Else Lehmann an das Lessing-Theater bindet, erndigt am 31. August 1909. Im Theater des Westens erscheint vom Freitag ab die Operette „Der Opernball“ täglich auf dem Spielplan. Nur in Rücksicht auf die Abonnenten werden die Serienvorstellungen von „Opernball“ am Dienstag und Freitag nächster Woche durch die Aufführung von „Die lustigen Weiber“ unterbrochen. — Madame Sorera, Schwan in drei Akten von Jules Hancel, deutsch von Max Schönau, ist die nächste Novität des Trianon-Theaters. — Das Rigdorfer-Theater wird am 27. September eröffnet. Zur Aufführung gelangt Minna v. Barnhelm. Es ist ein Abonnement eröffnet, das bei Richard, Rigdorfer, Bergstr. 13, zur Ausgabe gelangt.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Der Bau der Straßenbahn von Spandau nach dem Spandauer Wald wird in diesem Jahre nicht mehr ausgeführt, obwohl die landespolizeiliche Genehmigung dazu vor einigen Wochen erteilt worden ist. Da die neue Linie Anknüpfung an die schmaltspurige Spandauer Straßenbahn erhalten soll und die Abfahrt bester, später eine direkte Verbindung mit der normalspurigen Charlottenburger Linie herzustellen, hat die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft als Unternehmerin in Erwägung gezogen, auch in Spandau und auf der geplanten neuen Strecke die normale Spurweite der Gleise einzuführen. Hierüber sind wegen der Kostenbedeutung Verhandlungen mit der Spandauer Stadtverwaltung eingeleitet worden, deren Ergebnis abzuwarten ist.

Schöneberg.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Heute Donnerstag, abends 9 Uhr, veranstaltet die Abteilung Schöneberg bei Obst. Weiningerstr. 8, einen Vortrag über „Krankenpflege und Transport Verunglückter“. Gäste sind willkommen.

Das Automobil im Dienste der städtischen Verwaltung. Dem Kreise Teltow, der bekanntlich schon vor einiger Zeit die Anschaffung eines Kreisautomobils beschlossen hatte, will nun auch die Stadt Schöneberg nicht nachsehen. In der letzten Sitzung der Kanalisationsdeputation wurde die Frage der Verwendbarkeit des Automobils im städtischen Baubereich eingehend erörtert und der Beschluß gefaßt, zunächst einen Versuch mit einem derartigen Verkehrsmittel zu machen. Bevor die neue Pumpstation zur Beförderung der Abwässer auf das Schöneberger Rieselfeld in Betrieb gesetzt wird, muß das große Druckrohr auf seine Dichtigkeit geprüft werden. Zu diesem Zweck wird das rund 30 Kilometer lange Rohr mit Wasser gefüllt und die ganze Strecke behufs dauernder Kontrolle mit dem Automobil möglichst schnell befahren. Vorläufig ist ein solches Fahrzeug auf zehn Tage zum Preise von 50 Mark pro Tag gemietet worden, und es wird von dem Ergebnis dieser Versuche abhängen, in welchem Maße das Automobil im städtischen Dienste weitere Verwendung finden soll.

Die Erholungsküche der Stadt Schöneberg in Eichkamp ist mit dem Ende des vorigen Monats geschlossen worden, um mit den Arbeiten des Erweiterungsbauens beginnen und diese auch bis zum Frühjahr fertigstellen zu können. Die Kosten des Erweiterungsbauens belaufen sich auf 15 000 Mark. Er ist notwendig, um den bisher nur auf die Sommermonate beschränkten Betrieb auch auf die Frühjahrs- und Herbstmonate ausdehnen und eine Station für volle Verpflegung schaffen zu können, so daß eine bestimmte Anzahl von Patienten Tag und Nacht in der Anstalt verbleiben können. Die Auswahl soll nach besonderen Grundfragen erfolgen, nach Möglichkeit sollen nur Kranke im allerersten Stadium der Krankheit Aufnahme finden, unter besonderer Berücksichtigung derjenigen, die trotz Zugehörigkeit zu Krankenkassen gegen Verantw. Redakteur: Heinrich Westler, Groß-Lichterfelde, für den

Alter und Invalidität nicht versichert sind, also vor allem Sehlänge. Es besteht ferner die Absicht, die Heilstätte nach Fertigstellung des städtischen Krankenhauses auch als Genesungsheim zu benutzen. — Der Besuch der Anstalt im verflochtenen zweiten Geschäftsjahre war noch reger als im Vorjahre.

Wilmerdorf.

Der Preußendamm. Nach ministerieller Anordnung wird die neue, durch Wilmerdorf und Schmargendorf in der Grunewald führende und von der Kaiserallee in der Nähe des Joachimsthalschen Gymnasiums ausgehende Brachstraße innerhalb der Gemarkung Wilmerdorf „Preußendamm“, nicht „Hohenzollernsdamm“, wie zuerst verlautete, genannt werden.

Die Erwartung der Wilmerdorfer Bürgerchaft, daß dem Vorort Wilmerdorf schon zum 1. April n. J. die Stadtrechte würden verliehen werden, wird sich nicht erfüllen. In dem nicht öffentlichen Teile der letzten Gemeindevertreter-Sitzung wurde, wie im Hausbesitzerverein von Hakensee und Umgegend am Dienstagabend ein Gemeindevorordneter berichtete, mitgeteilt, daß nach einem Schreiben des Landrats an die Gemeindeverwaltung von Wilmerdorf die Stadtwerdung vor dem 1. April 1907 nicht zu erwarten sei. Bekanntlich schwebt seit längerer Zeit zwischen der Gemeindeverwaltung und dem Teltower Kreisaußenamt über die Bedingungen des Ausschreibens aus dem Kreisverband Verhandlungen, die sich außer auf die an den Kreis zu entrichtende Abfindungssumme auch darauf beziehen, daß die zukünftige Stadt mit dem Kreis betreffs des Teltowkanals und anderer kommunaler und wirtschaftlicher Anlagen und Einrichtungen eine Interessengemeinschaft bilden soll. Die Verhandlungen sind nun noch nicht soweit gediehen, daß ein baldiger Abschluß und demnach die Stadtwerdung bereits zu Ostern n. J. erfolgen können. Die Nachricht hat in Wilmerdorf nicht angenehme Berührt, da man bestimmt zum 1. April nächsten Jahres auf die Verleihung der Städteordnung rechnete.

Lichtenberg.

Eine Prüßelzene im Rathaus zu Lichtenberg lag einer Anklage wegen Körperverletzung zugrunde, die den Gemeindevorstand Bedmann vor das Schöffengericht II führte. Zwischen dem Angeklagten und dem Gemeindevorstand Nikolaus war es schon häufig aus Kleinlichen Anlässen, die sämtlich in das Reich des „heiligen Bureaucratismus“ gehörten, zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Eines Tages hatte Nikolaus einen Straßennamen falsch geschrieben. Bedmann fühlte sich verpflichtet, dies zu rügen. Es kam in dem Amtsbureau zu einem kleinen Wortgeplänkel, welches damit endete, daß Bedmann sagte: „Nikolaus, schreiben Sie lieber richtig und seien Sie nicht so frech!“ Am Tage darauf stand B. auf dem Platz des Rathauses, als Nikolaus vorbeiging. Der Angeklagte rief seinem Gegner einige höhnische Worte zu, denen eine Flut von Rojenamen folgte, die sämtlich aus dem Tierreich entlehnt waren. Als R. Herrn Bedmann empfahl, einmal gründlich Knigges-Umweg mit Weischen“ zu studieren, erhielt er von B. als Antwort mehrere Faustschläge ins Gesicht. Es kam nunmehr auf dem Platz des Rathauses zu einem wütenden Handgemenge, bis schließlich die beiden Kampfschäfte in völlig derangiertem Zustande getrennt wurden. Diese Prüßelzene sollte gegen B. ein gerichtliches Nachspiel haben. Nikolaus erstattete Strafanzeige und schloß sich gleichzeitig unter Beistand des Rechtsanwalts Bahm dem Verfahren als Nebenkläger an. Vor Gericht mußte B. seinen Ingrim gegen seinen Gegner mit einer Geldstrafe von zwanzig Mark büßen.

Steglitz.

Ein interessantes Straßenbahnprojekt beschäftigt die Vorortgemeinde Steglitz. In eigener Regie der Gemeinde soll eine Straßenbahn vom Steglitzer Bahnhof über Dahlem bis an das Gatter des Grunewalds gebaut werden. Trotz der ungewöhnlich ungünstigen Witterung der letzten Wochen sind die Bauarbeiten schon soweit gefördert, daß die Eröffnung des Betriebes für Mitte Oktober in Aussicht genommen werden kann; in der ersten Oktoberwoche sollen bereits die Probefahrten zwecks Einschulung des Betriebspersonals beginnen. Die Bahnanlage wird für Rechnung der Gemeinde Steglitz hergestellt und der Betrieb ist für die ersten 3 1/2 Jahre an die Aktiengesellschaft Siemens u. Halske übertragen worden. Die Wagen sind nach den neuesten Erfahrungen gebaut und mit elektrischer Heizung versehen. Im Sommer wird ein Anhänger als Sprengwagen so oft mitgeführt werden, daß die Bahnlinie im Interesse der Fahrgäste und Passanten möglichst staubfrei bleibt. Unterbau und Maschinenmaterial sind derart ausgewählt, daß ruhiger und möglichst geräuschloser Gang gesichert ist. Man nimmt an, daß sich der Verkehr sehr schnell und stark entwickelt, so daß Zehnminuten-Verkehr und Zehnpendel-Tarif sofort eingeführt werden kann. Das im Bau begriffene Depot der neuen Bahn befindet sich in der Nähe des Bahnhofes Steglitz. Am Endpunkte der Strecke, am Grunewaldgatter hinter Dahlem, wird eine entsprechend ausgestattete Wartehalle errichtet. Die Strecke erhält auch eine eigene Fernsprechanlage, so daß mittels tragbaren Sprechapparates von jedem beliebigen Punkte der Strecke mit den beiden Endpunkten gesprochen werden kann. Nach allem diesem scheint es, daß die Große Berliner von der Steglitzer Straßenbahn noch sehr viel lernen kann.

Groß-Lichterfelde.

Eine Viertelmillion-Anleihe hat die Gemeindevertretung von Groß-Lichterfelde aufzunehmen beschlossen. Das Darlehen wird von der Kur- und Neumärkischen Ritterschaftsbank zum Tageskurse von 90,40 mit einer Verzinsung von 3 1/2 Prozent, einem Amortisationszins von 1 und einem Zuschuß von 1/10 Prozent zu den Verwaltungskosten der Gemeinde gewährt. Die Hälfte der Summe dient zur Rückzahlung einer früheren bei der Teltower Kreisparisse aufgenommenen Anleihe.

Berlin.

Die erste Volksversammlung in der Kolonie Königinthal tagte am Sonntag. Genosse Störmer aus Berlin sprach über die politische Lage und wußte sich mit seinen kernigen Ausführungen die Zustimmung der Anwesenden zu sichern. Hauptsächlich ist seine Aufforderung, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren, auf gutem Boden gefallen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Kordend. Heute abend 8 1/2 Uhr öffentliche Versammlung bei Bahf. Plantenfeldstr. 19. Genosse Dhl referiert über: Das Proletariat im Massenstaat. Die Genossen von Wilhelmshuch sind hierauf aufmerksam gemacht.

Gerichts-Zeitung.

Eine etwas dunkle Geschichte beschäftigte gestern die höchste Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz der Oeffentlichkeit. Am 7. Januar abends ging eine Räuberin Jeanette B. durch die Bellevue-Allee, um sich mit ihrer aus geschäftlicher Tätigkeit in der Leipzigerstraße heimkehrenden Schwester zu treffen. Etwas dreißig Schritte südlich der Charlottenburger Chaussee vernahm sie plötzlich einen Hisslaut und als sie sich umah, sah sie einen Schu h m a n n zwischen den Ääumen in einer ganz unständigen Verfassung stehen, der ihr zulächelte. Das Mädchen war empört, rief dem Beamten zu: „Na, das wird ja immer schöner!“ und ging weiter. Sie traf dann ihre Schwester und sah in deren Begleitung gehn

Minuten später auf dem Heimwege in der Nähe des „Meinen Sterns“ denselben Schu h m a n n in derselben unständigen Verfassung. Er wandte sich ab, als die Mädchen ihrer Empörung Ausdruck gaben und dem Unhold zuriefen: „Sie müssen nicht etwa denken, daß Sie dumme Jöhren vor sich haben, wir lassen die Sache nicht durchgehen!“ Erst am 12. Januar wurde das Verkommen durch eine anonyme Anzeige zur Kenntnis der Behörde gebracht und es fanden eingehende Recherchen statt. Auf Grund der von den beiden Mädchen gegebenen Personalbeschreibung wurde der Angeklagte als der vermeintliche Täter ermittelt. Er hatte, wie aus dem Postenbuch nachgewiesen werden konnte, am dem fraglichen Abend zwischen 8 und 10 Uhr Posten am „Meinen Stern“ innegehabt und wurde bei der Konfrontation mit den beiden Mädchen von diesen mit Bestimmtheit wiedererkannt. Mit derselben Bestimmtheit hat der Angeklagte von Anfang an die Täterschaft bestritten und behauptet, daß er unbedingt das Opfer einer Personenvertauschung sei. Er hat nachzuweisen versucht, daß bei den Mädchen auch ein Irrtum im Tage abzuwählen könne und daß sie ihn nicht in einer so schmachvollen Situation gesehen haben können. Die Sache ist dadurch komplizierter geworden, daß mehrere andere Schu h m a n n n derselben Revier dem Angeklagten ähnlich sehen sollen und die beiden Mädchen eines Tages am Potsdamer Platz einen Schu h m a n n gesehen haben, der ihnen auch genau so ausgesehen schien wie der Unhold vom „Meinen Stern“. In der gestrigen Verhandlung stellte Rechtsanwält Bahm den Antrag, sämtliche 37 Schu h m a n n n des in Frage kommenden Reviers als Zeugen vorzuladen, eventuell aber auch den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Der Gerichtshof entsprach diesem Antrage, indem er beschloß, weitere Zeugen zu laden, und den Gerichtsarzt Medizinalrat Dr. Hoffmann zu beauftragen, den Angeklagten auf seinen Geisteszustand zu untersuchen.

Der schwere Unfall in der Philharmonie, der sich am 3. April 1908 ereignete, unterlag gestern der Prüfung der 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Langner. Am gedachten Tage war im Oberlichtsaal der Philharmonie zu 6 Uhr eine Sitzung des Vereins für Kinder-Volkstänche anberaumt. Während der erste Eingang von der Bernburgerstraße aus für den Oberlichtsaal frei war, galt der zweite Eingang rechts von jenem für gesperrt, da hier von Bauarbeitern gearbeitet worden war. In diesem zweiten Korridor befand sich eine etwa zwei Meter breite Klappe, die ein Kellerloch bedeckte. Dieses Kellerloch war, da dort hindurch die umzusehenden Soffitten und Klaffen befördert werden, an jenem Tage offen gehalten worden. Kurz bevor die Versammlung des Vereins beginnen sollte, wollte Herr Abraham, der Begründer der Kinder-Volkstänche, der den Rechenchaftsbericht erstatten sollte, eine Toilette aufsuchen. Er begab sich zu seinem Unglück durch eine unverschlossene Tür auf den dunklen Korridor hinaus, hatte aber kaum zwei Schritte getan, als er an der Öffnung geriet und in den fast zwei Meter tiefen Schacht hinabstürzte. Die auf seine gelassenen Hüften herbeieilenden Vereinsmitglieder fanden Herrn Abraham in einer überaus bedauerlichen Verfassung vor: er hatte beide Oberschenkel gebrochen, erhielt von dem anwesenden Sanitätsrat Dr. Lorenz einen Notverband und mußte schleunigst mittels Krankenwagens nach der königlichen Klinik in der Ziegelstraße befördert werden. Er hat dort ein 9 Monate langes Schmerzlager durchgemacht, dann noch 6 Monate in steter Behandlung gestanden und ist für die Zeit seines Lebens ein Krüppel geworden. Er kann sich nur mit Hilfe zweier Stöcke mühsam vorwärts bewegen. Der Unfall hat zu einer Anklage wegen fahrlässiger Körperverletzung gegen den inzwischen verstorbenen Direktor Saerbohn, den Direktor Sally Landecker, den Geschäftsführer Hugo Dettlaff und 6 Arbeiter, die schon jahrelang im Dienst der Philharmonie stehen, geführt. Sie wurden von den Justizräten Dr. Sello, Cassel und den Rechtsanwält Jareki und Dr. Berthauer verteidigt. Neben dem Strafprozeß läuft noch ein Zivilprozeß gegen die Direktoren der Philharmonie auf Schadenersatz. Diese sind in erster Instanz glatt verurteilt worden, weil zur Sicherung des Schades durch Umwechlung nicht genügende Vorsicht gebraucht worden sei. Die zweite Instanz hat die Direktoren nur zur Erstattung der Hälfte des Schadens verurteilt, weil auch Herr Abraham selbst, der ohne genügende Vorsichtsmahregeln einen dunklen Raum betreten habe, von einer Fahrlässigkeit nicht freisprechen sei. Das Reichsgericht hat die von Herrn Abraham eingelegte Revision verworfen, auf die von den Direktoren eingelegte Revision aber die Sache an das Kammergericht zurück verwiesen. Das Reichsgericht hat festgestellt, daß eine vertragliche Haftung der Direktoren in keinem Falle vorliege, da der Teil der Garderobe, den Herr Abraham betreten und in welchem der tief bellagende Unfall sich ereignet hat, Herrn Abraham nicht mit vermietet worden war. Es bleibe zu prüfen, ob etwa die Direktoren bei der Auswahl der Leute, denen die in Frage stehenden Arbeiten oblagen, es an der genügenden Vorsicht haben lassen. Am Dienstag hat nun beim Kammergericht abermalen Termin anstanden und das Gericht hat Beweishebung angeordnet. — Die gestern erfolgte Erörterung der Frage, ob und welchem der Angeklagten die strafrechtliche Verantwortung für den Unglücksfall aufzubürden sei, nahm viele Stunden in Anspruch. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Herrn Landecker 500 M., gegen Herrn Dettlaff 300 M. und gegen jeden der übrigen Angeklagten 100 M. Geldstrafe. Die Verteidiger beantragten Freisprechung der sämtlichen Angeklagten. Der Gerichtshof erkannte nach kurzer Beratung auf Freisprechung der Angeklagten Landecker und Dettlaff, denen eine strafbare Fahrlässigkeit in keiner Weise nachgewiesen sei. Auch die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen, weil auch bei ihnen ein schuldbares Verhalten durch die Beweisaufnahme nicht festgestellt werden konnte.

Ein Schulmädchen als Kindesmörderin vor dem Hamburger Landgericht. Das am 5. März 1891 in Dorchum geborene Mädchen Gertrud Luise Mann, das bei ihren Eltern der Epitelerstraße 85 in einem Hofe wohnt, hat am Nachmittage des 21. Februar dieses Jahres in der elterlichen Wohnung ein Kind geboren und wird beschuldigt, dieses gleich nach der Geburt mittels einer Schnur erdrosselt zu haben. Das Kind stammt aus einem Verlehe, den das Mädchen mit einem in der Nähe wohnenden Krämer Tamke unterhielt; letzterer ist vor einiger Zeit von der Hamburger Strafkammer IV wegen dieses Verlehes zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die er augenblicklich verbüßt. Er wurde gestern als Zeuge vernommen und stellte diesen Verlehe entschieden in Abrede; er behauptete, zu Unrecht verurteilt zu sein. Charakteristisch ist, daß Tamke seinerzeit der Stiefmutter des Mädchens gegenüber geäußert hat, man könne ihm nichts machen, er sei ein Hamburger Kaufmann und die Gertrud sei ein Arbeiterkind, dem man vor Gericht seinen Glauben schenke. Die Angeklagte bestreitet, das Kind vorsätzlich und abhätlich getötet zu haben; das Kind habe bei der Geburt nicht gelebt, wenigstens habe es kein Lebenszeichen von sich gegeben. Sie schildert den Hergang bei der Geburt folgendermaßen: Am Morgen des verhängnisvollen Tages hat sie nach die Schule besucht, ist aber dann nach Hause geschickt worden, weil die Schmerzen zu groß wurden; sie hat sich dann zu Bett gelegt und das Kind zur Welt gebracht. Da es ihrer Meinung nach tot war, hat sie die Leiche in eine Nachtjade eingewickelt und unter der Bettdecke versteckt. Am anderen Morgen hat sie die Leiche in eine Zeitung gehüllt und mit einem Bande umschürt; da sie für ihre Mutter etwas einholen mußte, nahm sie das Paket mit und legte es auf die Treppe eines Nachbarhauses, wo es bald darauf gefunden wurde. Das Mädchen ging Tags darauf wieder zur Schule, wurde aber dann verhaftet, da es als die Mutter und die vermeintliche Mörderin ermittelt wurde. Der ärztliche Sachverständige, der die Leiche sezirt hat, äußerte sich dahin, daß das Kind bei der Geburt gelebt habe und erstickt worden sei; ob es durch die Schnur erdrosselt oder durch die Bettdecke erstickt sei, lasse sich nicht feststellen. Daraufhin ließ der Staatsanwalt die Anklage auf vorsätzliche Tötung fallen und hielt lediglich eine fahrlässige Tötung für vorliegend, wofür er eine Gefängnisstrafe von einem Jahr beantragte. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, da man mit Rücksicht auf das Alter des Mädchens keine Fahrlässigkeit annehmen könne.

Zirkus Albert Schumann
 Heute Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr:
 Elite-Abend. Gala-Programm. U. a.
 Die größte Truppe der Welt. Neu!
40 Russen 40 in ihren ausge-
 zeichneten Leistungen.
 Jeden Abend stürmischer Beifall!
 Die neueste Sensation!
Damen-Ringkampf in d. Luft
12 fische Engländerinnen 12
 und
12 Amerikanerinnen 12
 Sensation! Sensation!
 Neu, noch nie gesehen! Einen halben
Saltomortale schlagendes Pferd.
 Neu! Mit Alice. Mit Cashmore. Neu!
 Neu! Mr. Craston. Neu!
 Sensation! Noch nie dagewesen!
Vor- und Rückwärts-Saltomortale
 mit dem Zweifad, ausgeführt von
John & Louis Keller.
 Dr. M. Schumanns neueste
 Winterdrehscheiben und die groß-
 artigen neuen Spezialitäten.

Passage-Theater.
 Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr,
 nachm. Sonnt. 3, Woche. 5 Uhr.
Poldi Augustin
 die feiste Soubrette.
Herr Tacianu
 Damen-Fuitor.
 Das glänzende
 September-Programm.

Theater Folies Caprice
 Budapest Posen-Theater
 132 Linienstr. 132
 Ecke Friedrichstraße.
Nach dem Zapfenreich.
 Militär-Humoreske von Satyr.
 Vorher:
Soll und Haben
 und der ausgezeichnete
Spezialitätenteil.
 Kasseneröffnung 7 Uhr.
 Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater
 Burgstr. 24, 2. Min. d. Bb. Börse.
 Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Das brillante September-Programm.
Les Miltons
 Rockpantomime
Fred Stern
 Ueberzirkus
Per Rohrpost
 u. a. m. Schwank
 Familienarten sind in allen
 Barbier, Friseur u. Zigarren-
 geschäften sowie im Theater-
 bureau unentgeltlich zu haben.

Deutsch-Amerikan. Theater.
 Köpenickerstraße 67/68.
 Jed. Abend 8 Uhr, Gastp. Ad. W. Hipp
Der erste Schläger
 der Saison
Aber Herr Herzog.
 Neben Sonntag nachmittags 3 Uhr,
 halbe Preise:
Ueber'n großen Teich.

WINTERGARTEN
 Eröffnungs-Programm.
Loie Fuller
 die berühmte Phantasietänzerin.
 Louise Blot Pariser Sängerin.
 4 Luokens amerik. Gymnastiker.
 Sisters Gasch Akrobatinnen.
 Kapitän Woodward
 dress. Seehunde u. Seelöwen.
 Bedini und Artur
 amerikanische Exzentriks.
 Die mysteriösen Husaren.
 Die Trombeltas italien. Duett.
 Paul Spadolli Kraft-Jongleur.
 in Japan Ballettdivertissement.
 Tina Clementa
 Pferd- und Hundedressur.
Der Biograph.

Otto Pritzkows
 Berliner
Abnormitäten-Theater
 Münstr. 16.
Jocki Tocki
 the Elastic Skin Man,
 der Reif mit der Gummihaut.
Mne-Mno-Mni ???
 Entree 20 Pf.

XI. Berliner Saison.
Zirkus Busch.
 Gala-Première.
Zum 1. Male!
Mexiko.
 Große Ausstattungs-Pantomime
 aus dem mexikanischen
 Pflanzereien.
 Inszeniert vom Kommissions-
 rat Busch. Verfaßt und ein-
 studiert von Herrn Burkhardt-
 Footitt. Tänze vom italienisch.
 Hofballtänzer Ottavi. Musik
 vom Kapellmstr. Taubert.
 Zum 1. Male in Europa:
Die Helden vom Yalu u. Port Arthur
 in ihren militärischen Exerziten.
Japanische Infanterie.
 Ausgesuchte Repräsentanten der
 Armee des Mikado.
Vier Secours Athleten
 und die vorzüglichsten Gala-
 Programmnummern.

Fröbels Allerlei-Theater
 Schönhauser Allee Nr. 148.
 Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch:
Gr. Theater- u. Spezialit.-Vorstellung.
 Sonntag, den 21. September:
 Extra-Vorstellung.
 Neue Spielfolge — Neue Kunststücke.
 Nach der Vorstellung: **Großer Tanz.**
 Beginn 7 Uhr. Anf. 8 Uhr. Entr. 40 Pf.

Nach beendeter
Saison
Ausnahmepreis!
Reichgestickte
Portieren
 abge-
 paßte
 Die komplette
Dekoration
 (best. aus 2 Flügeln u. 1 Querb.)
 in Viktoriatuch . 5²⁵ (Wert
 8,50)
 in Wollserge 5⁸⁵ (Wert
 10,50)
 in Plüsch . . . 10⁵⁰ (Wert
 16,00)
 Eine Partie Wollportieren mit
 allerliebster Blumenkante per
 Schal 2 Mark.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
 Berlin Oranienstr. 158.
 Nach auswärts per Nachnahme.
Pracht-Katalog ca. 600
 Abbild.
gratis u. franko.
Extra billig!
div. Teppiche
 mit kleinen
Webefehlern!

Extra-Unterstützungskasse für
 Buchbinder etc.
 Sonntag, 24. September, vormittags
 prägn. 10 Uhr,
 Relistorstraße 15 bei Lippe:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Berlesung der Protokolle. 2. Be-
 richt des Revidenten. 3. Vorstands-
 wehl. 4. Verschiedenes.
 Der Vorstand. 37/5
 J. H. H. Herzhoff, Vorsitzender.
 Dr. Lell Rosenthaler-
 strasse 26 II.
 Homöopath und Spezial-Arzt
 für Haut-, Darm- und Geschl.-Leiden.
 11-2 u. 5-8. Sonnt. 11-3.

Achtung! Achtung!
Zentral-Verband der Töpfer.
 Filiale Berlin.
 Freitag, den 22. September, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause,
 Engel-Allee 15, Saal 1: 106/13
Bau-Vertrauensmänner-Sitzung.
 Vollzähliges Erscheinen erwartet
 Der Vorstand.

**Einsegnungs-
 Anzüge**
 ein- oder zweireihige, moderne schicke Form, hochelegant
 und tadellos sitzend.
Beste Verarbeitung.
**Vollständiger Ersatz für
 Massarbeit.**
Die Preise sind je nach Größe.
**Anzüge in Satin-Kammgarn oder
 Krepp-Cheviot von . . . von 22 M. an**
**Anzüge in Rips-Kammgarn oder
 Diagonal-Cheviot . . . von 23 M. an**
**Anzüge in schmal geripptem
 Kammgarn o. Kammgarn-Cheviot
 von 17 M. an**
**Anzüge in Rips-Kammgarn, schmal
 geripptem Kammgarn oder Satin-
 Kammgarn von 20 M. an**
**Anzüge in Corscrew-Kammgarn
 o. Rips-Kammgarn . . . von 22 M. an**
**Anzüge in sehr gutem Kammgarn-
 Cheviot oder Rips-Kammgarn
 von 25 M. an**
**Anzüge in feinstem Tuch-Kamm-
 garn oder hochelegantem Twill
 von 30 M. an**
**Gesellschaftsanzüge
 für Herren.**
**Rock-Anzüge von Twill, Cheviot,
 Rips-Satin oder Tuch-Kammgarn 27,
 33, 38, 43, 48 und 53 M.**
**Gehrock-Anzüge von Tuch-
 Rips- oder Satin-Kammgarn 30, 36,
 42, 48, 54 und 60 M.**
**Smoking-Anzüge von Rips- oder
 Tuch-Kammgarn, 33 und 43 M.**
**Frack-Anzüge von hochfeinem Tuch- oder Satin-Kammgarn,
 äußerst sauber mit Seide abgefüttert, . . . 54 und 60 M.**
 Der Verkauf findet nur gegen Barzahlung
 und zu streng festen Preisen statt.
Carl Stier
 Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe.
 Berlin SO. Berlin W.
 Oranien-Strasse 166, Potsdamer Strasse 113a.
 Potsdam, Nauener Strasse 23.
 Nach ausserhalb sende Muster und Massanleitung.

Moabit! 6. Kreis! Moabit!
 Sonntag, den 24. September, abends 6 Uhr, im Moabiter Gesellschaftshaus,
 Wicelstr. 24 und Emdenerstr. 34/35:
Oeffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Paul John** über: **Erklärung der Religion zur
 Privatsache.** 2. Diskussion.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein
 Der Vertrauensmann. 219/10*
 Nach der Versammlung gemüthliches Beisammeln.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
Branchen der Musikinstrumentenarbeiter.
 Montag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause,
 Engel-Allee 15 (Saal 1):
Branchen-Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers **W. G. Voege** über:
 Die Entstehung und Abstammung des Menschen. 2. Branchenangelegen-
 heiten. 3. Verschiedenes.
 Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Die Vertrauensmänner haben in
 ihren Betrieben auf diese Versammlung die Kollegen noch besonders auf-
 merksam zu machen.
 Mitgliedsbuch legitimiert. Gäste willkommen.
 Die Branchenkommission.

Möbelpolierer.
 Montag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr, im Königstadt
 Kasino, Alexander- und Holzmarktstraße:
Branchen-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **G. Pösch**: „Partei und Gewerkschaft.“
 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
 Die Kollegen werden ersucht, die Adressen von Heimarbeitern und
 Heimarbeiterinnen dem Kollegen **H. Niese**, Landsberger Allee 151, mitzu-
 teilen.
 Mittwoch, den 27. September, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Kommissionssitzung
 bei Kubat, Blumenstr. 38.

Sonnabend, den 30. September:
Großes Herbst-Vergnügen
 im Lokale **Königshank**, Gr. Frankfurterstr. 117:
Großes Konzert.
 Auffreten von Komikern und Humoristen unter der artistischen Leitung des
 Herrn **Schulte** vom Schwergarten.
 Nach dem Konzert: **Großer BALL.**
 Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
 Billets a 25 Pf. sind bei den Kollegen **G. Schulz**, Bornborfer-
 strasse 57, und **H. Niese**, Landsberger Allee 151, zu haben. Für regen
 Vertrieb der Billets haben die Kollegen zu sorgen.
 Der Obmann.

Berliner Konsum-Verein.
 Sonntag, den 24. September 1905, vorm. 9 Uhr, im Gewerkschafts-
 hause, Engel-Allee Nr. 15:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäftsbericht. 2. Berlesung der Bilanz. 3. Verteilung des Klein-
 gewinns. 4. Gesamtwahl des Verwaltungsrats. 5. Anträge, die bis
 zum 10. September eingegangen sind. 6. Verschiedenes. 127/20
 Die Delegierten werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
 Der Vorstand.

Zentral-Verwaltung: Krautstraße 7.
 Verkaufsstellen:
 1. Michaelkirchplatz 4
 2. Krautstraße 7
 3. Ziebigstraße 7
 4. Bornborferstraße 62
 5. Sabelbergerstraße 6
 6. Rosoderstraße 20
 7. Emdenerstraße 50.
 8. Hummelburg: Türschmidtstraße 6
 9. Berlin-Stralau: Stralauer Allee 20 A
 10. Frankfurter Chaussee 103 } Friedrichsberg-Sichtenberg.
 11. Mainzerstraße 4

Zentralverband der Schmiede.
 Zahlstelle Berlin.
 Bureau: Stralauerstr. 48. Telefon: Amt I, 7772.
 Montag, den 25. September, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentl. Mitglieder-Versammlung
 bei Keller, Koppenstraße 29.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Zentralvorsitzenden **Fritz Lange** Hamburg
 über: Was lehren uns die Kämpfe der Gegenwart. 2. Die Er-
 höhung des Lokalbeitrages und der Streifenunterstützung. 3. Anträge.
 4. Verschiedenes. 182/3*
 Kollegen, wir erwarten von den Bezirksführern, Hand-
 kassierern und Vertrauensleuten, daß sie für zahlreichen Besuch
 agitieren. Kein Kollege darf fehlen.
 Mit Gruß
 Die Ortsverwaltung. J. H. H. Siering, O. 2, Stralauerstr. 48.

Oeffentl. Versammlung
 aller Arbeiter und Arbeiterinnen
 der Wäsche- und Kravatten-Branche
 am Freitag, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr,
 in **Louis Kellers Festsaal**, Koppenstraße 29:
 Tages-Ordnung:
 1. Der Streik bei der Firma **Gebr.
 Borchardt** und der schwarze Brief.
 Referent: Kollege **P. Keller.** 2. Diskussion.
 Kollegen und Kolleginnen, Parteigenossen und Genossinnen!
 Agitiert für obenstehende Versammlung. 251/8
 Verband der Wäsche-Arbeiter (Ortsverwaltung Berlin).
Zähne 2 Mk.
 an. Umarbeitung schlechthender Gebisse. Reparaturen.
 Plomben 1,50 Mark. Zahnoperationen mit örtlicher Be-
 äubung 1 Mark. Zahlreiche Anmerkungen. Beliebige
 Teilzahlung. Garantie für tadellofen Sitz. **Emil Schaefer.** Seit 9 Jahren
 nur Urbanstraße 133, über-als der Ziebigstraße. 465/8*

Gründung 1874 **Konfektions-Haus** Gründung 1874
Leopold Cohnreich, Berlin C.
 Königstraße 30, Ecke der Neuen Friedrichstraße,
 schrägüber Bahnhof Alexanderplatz
Größtes Spezialgeschäft der Branche.
Herbst- und Winter-Neuheiten.
Havelocks 10, 15-25 M.
Paletots aus nur engl. Stoffen 10, 15-30 M.
Winter-Jacketts, nur Neuheiten,
 8, 10, 15-30 M.
Regen-Paletots, nur Neuheiten,
 10, 15-25 M.
Kostüme: Tailor made, Jacken-Kostüme,
 lange Pacons, 20, 25-75 M.
Fußfreie Kostüm-Röcke, nur englische
 Neuheiten in allen Farben, 5, 8-30 M.
Garnierte Kostüme 15, 25-45 M.
Trauer-Kostüme, hochaparte Neuheiten,
 20, 25, 50-75 M.
Abend-Mäntel in schwarz und farbig, hoch-
 aparte Neuheiten, 25, 30-75 M.
Pelz-Konfektion, nur Neuheiten in über-
 wahl, Jacketts, Paletots und Abendmäntel
 aus den besten Pelzarten 30, 50-250 M.
Kinder-Mäntel für jedes Alter
 2, 3, 5-20 M.
Blusen in Seide, Wolle u. Phantasiestoffen, nur
 aparte Neuheiten 2, 3, 5, 10-30 M.
Capes a. d. best. Wollstoffen in farbig u. schw.
 f. Frauen, nur Neuheiten, 7,50, 10, 15-20 M.
 Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstand deutlich in Zahlen vermerkt.
 Sonntags geöffnet von 8-10 und 12-2 Uhr.

